

Umwelt, Freizeit und Sport

Umweltschutz

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien ist einerseits auf legislativer Ebene mit der Ausarbeitung oder Begutachtung von Gesetzesentwürfen in Angelegenheiten, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können, befaßt, andererseits auf planerischer und technischer Ebene in der Grundlagenerarbeitung und Begutachtung tätig. Die Fachgebiete erstrecken sich vom Lärmschutz über Luftreinhaltung, Abfall- und Sonderabfallbeseitigung bis zum Natur- und Landschaftsschutz.

Im Bereich der Legistik wurden 1988 folgende Gesetzesentwürfe ausgearbeitet und dem Naturschutzbeirat vorgelegt:

Verordnung über die Erklärung von Teilen des 23. Bezirkes zu Landschaftsschutzgebieten (Brauhausflur, Zugberg sowie die bereits durch Verordnung zu Landschaftsschutzgebieten erklärten Gebiete Gütenbachtal und Mauer-Kalksburg).

Verordnung über die Erklärung eines Landschaftsschutzgebietes Döbling, bestehend aus den Bereichen

- Wienerwald, Wald- und Wiesenbereiche des Kahlengebirges und des Neubergrückens
- Wienerwaldrandzone — Weinbaugebiete Kahlenbergerdorf, Nußdorf, Heiligenstadt, Grinzing, Sievering und Neustift/Salmansdorf,
- Wienerwaldrandzone — Weinbaugebiet Sievering/Hackenberg und
- Weinbaugebiet Grinzing/Hungerberg.

Verordnung über die Erklärung eines Landschaftsschutzgebietes Prater.

Der Entwurf einer Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz wurde in einem Hearing der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Die dabei vorgebrachten Wünsche und Anregungen werden nun, soweit dies möglich ist, in einem überarbeiteten Entwurf Berücksichtigung finden.

Die Abteilung war in mehreren bundesgesetzlichen Verfahren als Begutachter tätig, so bei der Luftreinhalteverordnung für Kesselanlagen, der Novelle zum Sonderabfallgesetz, beim Abfallwirtschaftsgesetz, bei den Verordnungen nach dem Chemikaliengesetz, bei der Chemikalienverordnung (Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Stoffen sowie Zubereitungen), bei der Novelle zur Bundesverfassung betreffend Kompetenzänderungen bei Luftreinhaltung und Sonderabfall, bei der Novelle zum Wasserrechtsgesetz, bei der Novelle zur Gewerbeordnung, beim Altlastensanierungsgesetz und beim Durchführungsgesetz zum Washingtoner Artenschutzabkommen.

Im Behördenverfahren wurden 19 bescheidmäßige Genehmigungen für die Ausübung der Tätigkeit eines Sonderabfallsammlers bzw. -beseitigers erteilt; eine Erweiterung einer bereits erteilten Genehmigung erfolgte in vier Fällen.

Meist erst nach schriftlicher oder telefonischer Aufforderung durch die Abteilung wurden gemäß § 3 der Sonderabfallnachweisverordnung rund 400 Meldungen erstattet; gemäß § 7 des Altölgesetzes 1986 langten 35 Meldungen ein, die EDV-mäßig erfaßt wurden. Rund 40.000 Sonderabfallbegleitscheine, die eingegangen sind, wurden ebenfalls EDV-mäßig erfaßt und ausgewertet. Bei Verhandlungen der magistratischen Bezirksämter bzw. der MA 36 wurde die Sonderabfallgebarung mehrerer hundert Firmen überprüft. Der österreichweite Datenverbund wurde weiter betreut und an dem vom Umweltbundesamt neu zu erstellenden, verbesserten Datenverbund mitgewirkt.

Im Behördenverfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz wurden insgesamt 8 Naturgebilde zu Naturdenkmälern erklärt, für 14 Naturdenkmäler wurde die Unterschutzstellung widerrufen, davon bei 7 Naturdenkmälern nur zum Teil. Für neun Naturdenkmäler wurden Sanierungsmaßnahmen aufgetragen und in der Folge auch ausgeführt, für insgesamt 38 Vorhaben in Landschaftsschutzgebieten und zwei Eingriffe in Naturdenkmäler unter Vorschreibung verschiedener Bedingungen und Auflagen bzw. nach Anpassung der Projekte an die Erfordernisse des Natur- und Landschaftsschutzes naturschutzbehördliche Genehmigungen erteilt.

Seit April 1988 sind vier Umweltberatungsstellen in Wien eingerichtet worden, die der Bevölkerung zur Auskunftserteilung in umweltrelevanten Fragen, aber auch zur Unterstützung bei Projekten, wie z. B. getrennte Müllsammlung oder Kompostierung, zur Verfügung stehen. Diese Stellen werden vom Verein Wiener Volksbildung geführt und durch Subventionen der Stadt Wien und des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie finanziert.

Als generelle Grundlage für die Beurteilung der Umweltverträglichkeit im städtischen Raum wurde unter Beziehung von Mitarbeitern mehrerer Magistratsdienststellen und externen Experten die Grundstufe eines Umweltleitfadens ausgearbeitet. Die vorliegende Arbeit enthält sowohl die Grundlagen als auch das Werkzeug zur umweltbezogenen Beurteilung von öffentlichen und privaten Projekten, sie geht von den in der EG-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung enthaltenen Grundsätzen aus. Die Grundstufe des Umweltleitfadens soll im wesentlichen eine Hilfestellung für die Berücksichtigung des Umweltschutzes in der Verwaltung geben. Ausgeklammert sind derzeit weitreichende soziale, ökonomische oder stadtstrukturelle Auswirkungen der zu beurteilenden

Projekte. Im vorliegenden Umweltleitfaden werden über die Erörterung der herkömmlichen Umweltmedien Lärm, Luft, Boden, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt hinaus auch Sachinformationen zu komplexen Fragen wie Landschaftshaushalt, Stadt- und Landschaftsbild, aber auch zu Fragen wie Erschütterungen, Trennwirkung, Abfallwirtschaft und Energieverbrauch gegeben.

Auf dem Gebiet des Schallschutzes sind die Amtssachverständigen nicht nur mit der Durchführung von Schallmessungen im behördlichen Verfahren und der Erstellung vom Lärmgutachten befaßt, sie werden auch in die Vorhaben der Stadt- und Verkehrsplanung einbezogen. Beurteilungsgrundlagen werden häufig aus den Ergebnissen der Umwelterhebung 1982 abgeleitet, wodurch Verbesserungsmaßnahmen in Abhängigkeit des subjektiven Störempfindens vorgeschlagen werden können. So wurden für eine künftig vorgesehene Codierung von Industrie- und Betriebsbaugebieten im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan meßtechnische Lärmerhebungen in mehreren Stadtbereichen durchgeführt, die aufgrund der Aussagen der Umwelterhebung ausgewählt worden sind. Aufgrund der langjährigen meßtechnischen Erfahrung bei der Erstellung vom Lärmkarten hat die Physikalisch-Technische Versuchsanstalt für Wärme- und Schalltechnik am Technologischen Gewerbemuseum dieses Projekt im Auftrag der Abteilung durchgeführt. Verkehrswege verursachen immer störende Auswirkungen auf die Umwelt und werden in Erholungsgebieten (Gebiete der Widmungskategorien Schutzgebiete Wald- und Wiesengürtel, Ländliche Gebiete und Erholungsgebiete — Grünflächen) besonders stark empfunden. Schallschutzmaßnahmen wie Wälle, Wände oder Dämme bilden allerdings ein wesentliches gestalterisches Element, das neben seiner Funktion der Lärmabschirmung auch erheblichen Einfluß auf das Landschaftsbild hat. Von Bedeutung ist aus diesem Grund, Schallschutzeinrichtungen in sensibler Umgebung entsprechend zu gestalten und einzuordnen. In einer 1988 begonnenen wissenschaftlich-technischen Untersuchung soll daher der Einfluß bestehender Schallschutzeinrichtungen auf die Qualität des Landschaftsbildes ermittelt werden. Darauf aufbauend werden Vorschläge für mit der jeweiligen Landschaftsstruktur verträgliche Ausbildungen von Schallschutzeinrichtungen erarbeitet. Seit der letzten Veröffentlichung eines Lärmberichtes für Wien im Jahre 1977 haben nicht nur die technischen Methoden der Schallmessung und auch der Lärminderung eine umfassende Entwicklung durchgemacht, auch die medizinische Beurteilung der Wirkung von Lärm auf den Menschen wurde wesentlich vertieft. Um über diese Entwicklungen eine breitere Öffentlichkeit zu informieren, wurde 1988 mit der Ausarbeitung eines umfassenden Lärmberichtes begonnen, der die Themenkreise, wie folgt, behandeln wird:

- Wirkung von Lärm auf den Menschen —
mit einer Darstellung des derzeitigen Standes der Forschung und der Maßnahmen aus medizinisch-hygienischer Sicht;
- Lärmbelastung in Wien —
mit einer Bestandsaufnahme und Darstellung der technischen Möglichkeiten zur Verringerung der Lärmbelastung und
- Rechtsvorschriften, Normen, Richtlinien —
einschließlich der Entwürfe für neue Regelungen.

Die Forschung liefert auch für den Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes die Grundlage für die tägliche Arbeit der Sachverständigen, ob es sich um die Beurteilung von Bauvorhaben in nach dem Naturschutzgesetz geschützten Gebieten oder um die Erklärung neuer Bereiche zum Landschaftsschutzgebiet handelt. Eine der umfangreichsten und bedeutendsten Grundlagen hierfür ist die in den vergangenen acht Jahren erarbeitete „Biotopkartierung Wien“. Die Vorarbeiten zu diesem Projekt, die mehr als ein Jahr in Anspruch genommen haben, waren geprägt von der Suche nach verantwortlichen Mitarbeitern, nach einer geeigneten Kartierungseinheit sowie von der Klärung der Probleme, die eine interdisziplinäre Arbeit mit sich bringt, insbesondere dann, wenn auf der einen Seite stationäre Vegetationseinheiten zu behandeln sind, auf der anderen Seite Tiergruppen wie z. B. Vögel mit ihrem großen Aktionsradius. Es war nicht möglich, für die Kartierung Spezialisten für wirbellose Tiere zu finden, ein Manko das sich heute insbesondere bei der Beurteilung isolierter Biotope im Nordosten und Süden Wiens bemerkbar macht. Dies ist noch eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Da Wien im Gegensatz zu den meisten europäischen Großstädten eine sehr starke morphologische Gliederung hat, war sehr bald klar, daß zur Beurteilung der Biotopausstattung Wiens eine detaillierte geomorphologische Gliederung der Stadt vorliegen muß. Da es eine derartige Gliederung aber nicht gab, wurde eine Arbeitsgruppe „Geomorphologie“ eingerichtet. Diese Entscheidung war für das gesamte Vorhaben von großem Vorteil, da aus der Kenntnis der Grundlagen aus dem Bereich der unbelebten Natur wichtige Interpretationsargumente entstanden. Dieser stark geographische Aspekt führte dann auch zur Festlegung der Kartierungseinheiten: Es wurde die topische Naturraumausrüstung — Ökotope — kartiert, d. h. jene Einheiten, die abgeschlossene, in sich funktionsfähige Ökosysteme sind. In den Bereichen, in denen mehrere Ökotope miteinander in Interaktion stehen, wurden diese zu chorischen Naturraumtypen (zusammengesetzten Naturraumtypen) — Mikrochoren — vereint. Dies war insbesondere im Bereich der Gewässer und bei den Elementen des dichtverbauten Stadtgebietes notwendig, die immer aus mehreren Ökotypen bestehen (bei Gewässern sind dies z. B. der Wasserkörper selbst und die Uferzonen) und bei denen nur ein Schutz der gesamten Mikrochore zielführend ist. Gruppen von Ökotypen, bei denen zwar keine direkte Interaktion festzustellen ist, die aber z. B. als Nahrungs- und Brutstätten für Tiere wesentlich sind, wurden zu Ensembles zusammengefaßt. Ökotope, Mikrochoren und Ensembles bilden die

Ausstattung der nächst größeren Einheit, der Mesochore oder des Naturraumes. Jeder dieser Naturräume hat seine charakteristische Ausstattung — die ökologische Güte eines Teils der Stadt kann aus diesem Grund auch allein unter diesem Gesichtspunkt beurteilt werden.

Im dichtverbauten Stadtgebiet sind die Eigenarten der Naturräume vom Menschen derart überprägt, daß hier eigene Beurteilungskriterien anzuwenden sind. Die Kartierung berücksichtigte diesen Umstand, indem sie eigene mehr oder weniger naturunabhängige Einheiten dafür verwendete, bei denen vor allem humanökologische Überlegungen im Vordergrund standen. Das Ergebnis der Kartierung bestätigte diese Überlegungen: Es wurden insgesamt etwa 40 Prozent der Fläche von Wien als Ökotope kartiert, aber weniger als zwei Prozent davon liegen im dichtverbauten Gebiet.

Die Biotopkartierung hat vor allem die Aufgabe, bei geplanten Maßnahmen ein schnelles Handeln der zuständigen Behörde zu ermöglichen. Der schnelle Zugriff auf die Detaildaten ist gewährleistet, weil alle erhobenen Flächen in einer Flächendatenbank in der MD-ADV mit den dazugehörigen Informationen gespeichert sind. Das ermöglicht auch eine Verwendung der Kartierung als Planungsinstrumentarium. Man weiß bereits bei Planungsbeginn darüber Bescheid, ob Konflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz zu erwarten sind. Die Flächendatenbank hat aber auch den Vorteil, daß ab nun Bilanzierungsmöglichkeiten für die Naturraumausstattung der Stadt Wien bestehen, was sowohl im Hinblick auf die Steigerung der Lebensqualität der Stadtbevölkerung von Bedeutung ist, als auch für den wissenschaftlichen Gebrauch. Wien ist die einzige Großstadt, die über ein derartiges Datenmaterial verfügt.

Neben der Kartierung der Flächen bestand der Auftrag noch in der Ausweisung entwicklungsfähiger Landschaftsteile. Einzelmaßnahmen werden in den jeweiligen Berichten besprochen, zwei großen Landschaftsteilen muß man aber in Zukunft besondere Aufmerksamkeit schenken. Es sind dies die Agrargebiete im Nordosten Wiens und die Kontaktzone zwischen Wienerwald und dichtverbautes Gebiet, die Wienerwaldrandzone und der Bisamberg. Der offene Nordostrand Wiens ist ein wirklich entwicklungsfähiges Gebiet. Hier stehen große Flächen zur Verfügung, auf denen bisher nur ein geringer Besiedlungsdruck lag. Mit Ausnahme des großen Geländes des Verschubbahnhofs Breitenlee sind in diesem Bereich lediglich kleinste Strukturelemente mit naturhafter Vegetation zu finden. Dieses Gelände bietet sich geradezu an, den Plan von einer Schließung des Grüngürtels im Nordosten zu verwirklichen. Anders sind die Verhältnisse in der Wienerwaldrandzone, dem Wiener Weinbaugebiet. In der Biotopkartierung wird auf die Gefahr für die Weinkultur und für wertvolle Biotope hingewiesen, wenn dem Besiedlungsdruck nicht standgehalten wird. Durch die im Abschnitt Logistik genannte geplante Verordnung über ein „Landschaftsschutzgebiet Döbling“ wurde der Forderung nach einem verstärkten Schutz in diesem Gebiet bereits Rechnung getragen.

Im Naturschutzgebiet Lobau wurde eine Untersuchung über das Vorkommen der europäischen Sumpfschildkröte abgeschlossen. Es wurde ermittelt, daß die Sumpfschildkröte in der gesamten Lobau vorkommt, jedoch nur in sehr geringer Dichte. Bevorzugte Lebensbereiche sind kleine, mit umgestürzten Bäumen und Wasserpflanzen strukturierte Altarme, die flache Uferprofile und Schlammböden haben. Der Bestand kann durch Raubfische und Wasservögel, die aber ausschließlich Jungtiere erbeuten, dezimiert werden. Erhöhtes Aufkommen von Wildschweinen, wie dies im Winter 1987/88 der Fall war, führt zu einer gravierenden Störung der Sumpfschildkröten, da deren Überwinterungsplätze von den Wildschweinen als Suhlen benützt werden.

Einen weiteren Beitrag zum Artenschutz im Stadtgebiet von Wien stellen die Bestandserhebung und der Wiederaussetzungsversuch von Bachkrebse dar. Über den Artenschutz hinaus bestand aber auch praktisches Interesse an der Wiederansiedlung des Bachkrebes in geeigneten Bächen, da seine hohen Umweltansprüche ihn als idealen Bioindikator für eine gute Wasserqualität ausweisen. Gegenüber chemischen Meßmethoden der Wasserqualität hat die Überprüfung des Vorkommens von Bachkrebse den Vorteil, einfacher, rascher und auch wesentlich billiger zu sein.

Für den Bereich des Vorfeldes des Lainzer Tiergartens wurde eine Gebietscharakteristik der Kleingartenanlagen erarbeitet. Auf der Grundlage von Fernerkundungsaufnahmen erfolgte eine Analyse des Untersuchungsgebietes. Die durchgeführte Vegetationsbeurteilung sowie die genaue Erhebung der Kleingartenanlagen im Untersuchungsbereich und eine Fotodokumentation ergänzen den Untersuchungsbericht, der die Grundlage für die Abgrenzung eines Schutzgebietes im Vorfeld des Lainzer Tiergartens ist. Als Muster für Kleingartenhäuser in Steilhanglagen wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der der Tradition Wiener Kleingartenhäuser und der speziellen topographischen Situation besonders Rechnung trägt. Dieser Entwurf, für den auch eine Kostenschätzung erstellt wurde, kann auch als Grundlage für Einreichungen verwendet werden.

In der ersten Projektstufe der „Waldzustandserhebung Wienerwald“ im Jahre 1986 wurden in Testbereichen Beurteilungsschlüssel für den Kronenzustand von Buchen erarbeitet und bei der Interpretation von Luftbildern aus den Befliegungen 1980 und 1984 erprobt. Auf der Basis dieser Vorarbeiten wurde in der zweiten Projektstufe im Jahre 1988 erstmals flächendeckend für den Wienerwald der Baumkronenzustand von Buchen und Eichen aus Luftbildern erhoben und damit eine gesicherte Beurteilungsgrundlage für den Zustand des Wienerwaldes geschaffen. Umfangreiches Datenmaterial liegt auch aus der „Zustandserhebung Wienerwald — Boden und Vegetation in Abhängigkeit anthropogener Schadstoffimmissionen“ vor. Diese Daten und die Ergebnisse weiterer Untersuchungen im Bereich des Wienerwaldes werden im nächsten Jahr in einer synökologischen Betrachtung zusammengefaßt werden, woraus wissenschaftlich äußerst fundierte Aussagen über die weitere Entwicklung des Wienerwaldes zu erwarten sind.

Zur Kontrolle der Luftqualität wird ein kontinuierlich registrierendes, automatisiertes Luftmeßnetz mit insgesamt 18 Meßstellen betrieben. In einer zweiten Ausbaustufe wird das Wiener Luftmeßnetz mit fünf weiteren modernen Meßgeräten zur Schwefeldioxidmessung, einem Computersystem zur Aufbereitung, Sichtung und Präsentation von Luftmeßdaten, einem Laserprinter sowie mit Modems zur Datensicherung bei der Datenübertragung ausgerüstet.

So wie in mehreren österreichischen Bundesländern werden auch in Wien nasse Depositionen mittels ionenchromatographischer Bestimmung auf die wichtigsten am Versauerungsprozeß beteiligten Ionen untersucht. In Wien werden an vier Meßstellen Proben gesammelt, die auf Chlorid, Nitrat, Sulfat, Natrium, Kalium und Ammonium untersucht werden.

Bisherige Untersuchungen der Schadstoffbelastung von Verkehrsteilnehmern haben zu der Erkenntnis geführt, daß entgegen der subjektiven Empfindung beispielsweise Autofahrer höhere Schadstoffkonzentrationen im Blut haben als Fahrradfahrer. Dies erklärt sich dadurch, daß der Autofahrer seine Atemluft direkt aus dem Kern der Emission erhält. In einer von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Knoflacher im Auftrag der Abteilung durchgeführten Untersuchung wurde die Schadstoffkonzentration in Fahrzeugen, die sich im normalen Verkehrsstrom befinden, sowie im Inneren von öffentlichen Verkehrsmitteln gemessen und dadurch die Belastung dieser beiden Verkehrsteilnehmer quantitativ ermittelt. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird eingesetzt werden, um das Umweltbewußtsein bei der Auswahl des Verkehrsmittels zu wecken und die Rolle des öffentlichen Verkehrs hervorzuheben.

Im Rahmen einer in den vergangenen Jahren durchgeführten Studie hatte sich gezeigt, daß insbesondere bei sommerlichen Wetterlagen hohe Ozonvorbelastungen im Wiener Raum auftreten, die vermutlich auf eine Ozonbildung in der planetarischen Mischungsschicht während der Transportvorgänge aus entfernteren Gebieten zurückzuführen sind. Es wurde aus diesem Grund 1988 mit der Erstellung eines chemisch-meteorologischen Ausbreitungsmodells begonnen, mit dem der Verlauf der Ozonbildung durch Emissionen benachbarter und weiter entfernt liegender Länder berechnet werden kann.

Fortgesetzt wurde eine Untersuchung über Konzentration chlorierter Kohlenwasserstoffe in der Wiener Luft, in der auch ermittelt wird, welche sekundären Luftschadstoffe aus diesen chlorierten Verbindungen unter Lichteinwirkung und zusammen mit anderen Luftschadstoffen entstehen können und welche Relevanz solche Schadstoffe in der Wiener Atmosphäre haben.

Im Labor der Abteilung wurden Proben aus verunreinigtem Erdreich, Altölen, Sicker- und Abwässern sowie aus Immissionsmessungen untersucht. Weiters erfolgten Schadstoffuntersuchungen im Zuge der Überprüfung wilder Deponien. Das biologische Labor wurde zusammen mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau von der MA 49 übernommen.

Subventionen wurden an die Organisationen vergeben, die in Erholungsgebieten der Wiener Bevölkerung aktiv sind oder in Veranstaltungen und Publikationen das Verständnis für Natur- und Umweltschutz fördern. Darüber hinaus erhielt der Verein Wiener Volksbildung eine Subvention für die Einrichtung der Umweltberatungsstellen.

Der Mitgliedsbeitrag an den Verein Niederösterreich-Wien/Gemeinsame Erholungsräume kam Projekten in Erholungsgebieten, die von der Wiener wie auch von der niederösterreichischen Bevölkerung genutzt werden, zugute, darunter auch dem Projekt für die Landschaftsgestaltung im Bereich Wienerberg Ost.

Für die Fortbildung und den Erfahrungsaustausch waren Mitarbeiter der Abteilung im Jahre 1988 bei folgenden Veranstaltungen als Teilnehmer bzw. Vortragende vertreten:

Vortragsveranstaltung 1988 der Arbeitsgruppe „Verkehr und Umwelt“ der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen in Innsbruck; Internationale Konferenz „Landstraßen und Umweltschutz“ in Prag; Tagung „Lärm und Umweltqualität 1988“ in Budapest; Seminar „Sanierung kontaminierter Standorte 1988“ in Berlin; Expertenreise zur Besichtigung von Verfahren und Anlagen zur Sanierung kontaminierter Böden in Amsterdam und Umgebung sowie in Berlin; Klausurtagung zur Erarbeitung der Normenserie „Deponiebauklassen“ in Mayerling; Seminar des Österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes „Gefährdung des Grundwassers durch Altlasten“ in Ottenstein; Arbeitstagung des Normungsinstitutes „Filterstäube“ in Klagenfurt; Fachtagung des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung in Gmunden; Symposium „Thermische Müllverwertung“ in Graz; Besichtigung von Verbrennungsanlagen in Japan; Koordinationsgespräch betreffend Altölgesetz und Altölverordnung; Fachmesse für Verfahrenstechnik AICHEM in Frankfurt; Tagung des Österreichischen Städtebundes in Innsbruck; Städtetreffen in Zürich; Seminar „Grundlagen der Schallmessung und der Schallintensitätsmessung“ in Schwechat; Seminar des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums zur Ausbildung von Umweltschutzsachverständigen zum Thema „Geruch“ in Wels; Umweltwissenschaftliche Fachtage in Graz; Symposium „Staufstufe Freudenu“ in Wien; Vertragsstaatenkonferenz der Berner Konvention beim ständigen Komitee des Naturschutzes beim Europarat in Straßburg; Expertenkonferenz der beamteten Naturschutzreferenten in Bad Gams; Seminar „Die strukturökologische Bewertung von Fließgewässern“ in Schärfling; Marder-Kolloquium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Velm; DDR-Expertentreffen „Luft“ in Berlin-Ost; Expertenkonferenz der Naturschutzreferenten über Nationalparkkriterien in Klagenfurt; Arbeitstagungen und Jahresversammlung des Österreichischen Nationalen Komitees der Internationalen Alpenschutzkommission in Wien und Salzburg; Tagung des Leitungskomitees zum Schutze und zur Verwaltung der Umwelt und des natürlichen Lebensraumes in Straßburg; Exkursion

des Vereines Niederösterreich-Wien/Gemeinsame Erholungsräume zum Erholungsgebieteverein Augsburg und zum Umlandverband Frankfurt; Kongreß der „Grünen Internationale“ in Luxemburg auf Einladung des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter; Fachmesse für Meß- und Regeltechnik „INTERKAMA“ in Düsseldorf; Kongreßmesse für Umwelttechnik in Linz; Sitzung des Österreichischen Normungsinstitutes „Geräuschmessung an Maschinen“ in Klagenfurt und „Akustik“ in Linz; Fachausschuß für Städtereinigung und Abfallbeseitigung des Österreichischen Städtebundes in Wels; Internationales Symposium für Landwirtschaftsökologie und Umwelt in Padua; Besprechung über die Zusammenarbeit der Länder mit dem Umweltfonds in Linz; PVC-Hearing in Linz; Stickstoffoxyde-Symposium in Wien. Darüber hinaus haben mehrere Mitarbeiter der Abteilung bei der Einschulung der Umweltberater mitgewirkt.

Insgesamt fielen 7.554 neue Akten an, von denen 7.261 diverse Umweltschutzangelegenheiten, 6 Berufungen nach dem Baumschutzgesetz, 24 Straferufungen und 263 Anträge nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen betrafen. Weiters waren insgesamt 12.643 Einladungen anderer Dienststellen zu Verhandlungen und Ortsaugenscheinen zu sichten und hinsichtlich der Notwendigkeit einer Teilnahme der Abteilung hin zu beurteilen.

Über das Umwelttelefon, das über die Telefonnummer der Stadtinformation 43 89 89 oder über die Telefonnummer 42800/Klappe 2012 zu erreichen ist, kommen insgesamt rund 5.300 Anrufe und 50 persönliche Vorgesprächen.

Kanalisation

Mit Verordnung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1987, Pr. Z. 3867, wurden die Kanalgebühren für das Jahr 1988 mit S 9,20 je Kubikmeter festgelegt.

Auf Initiative des amtsführenden Stadtrates Dr. Häupl wurde eine Novellierung der Kanalrenzverordnung in die Wege geleitet und auf der Ebene der technischen Amtssachverständigen der MA 15, 22, 30 und 45 abgeschlossen. Zur Zeit ist die Novelle im juristischen Begutachtungsverfahren.

Wie bereits 1987 nahm der Umfang der Kanalbauarbeiten zu, und zwar waren es Arbeiten an den Sammel- und Entlastungskanälen, für den Netzausbau sowie Kanalumbauten: Das 1. Bauabschnitt des Entlastungskanals für den Rechten Hauptkanal im Bereich vom Knoten Prater bis zur Marxergasse, mit dem bereits 1986 begonnen wurde, konnte baulich fertiggestellt und im März 1988 in Betrieb genommen werden. Durch die damit verbundene Erhöhung der Abfuhrkapazität und das Höhersetzen der Überfallschwellen im Regenauslaß Marxergasse kann die Abwasserleitung in den Donaukanal an dieser Stelle, extreme Regenergüsse ausgenommen, hintangehalten werden. Die bisher notwendigen Ausleitungen im Zuge von Räumarbeiten können durch einen wechselweisen Betrieb der beiden Profile in Zukunft ausgeschlossen werden. Für die Errichtung des nächsten Bauabschnittes, im Bereich von der Marxergasse bis zum Wienfluß, wurden Detailprojekte für Kanal und Oberfläche erarbeitet. Im Bereich der Wienflußsammelkanäle konnten die Netzberechnung und hydraulische Auslegung des Entlastungskanals abgeschlossen werden. Die Ergebnisse sind nun Grundlage und technische Rahmenbedingung für alle weiterführenden Arbeiten.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller Haushalte Wiens bis zum Jahr 1996 vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in der Errichtung von Sammelkanälen, Hebewerken und Aufschließungssträngen im 21. und 22. Bezirk zur Entsorgung von Stammersdorf, Bruckhausen, Eßling und Strebersdorf. Diese Sammelkanäle wurden größtenteils als Stahlbetonkastenprofil mit Trockenwetterrinne ausgeführt. Die große Künettenbreite (rund 3 m) mit einer Lage bis zu 3 m unterhalb des Grundwasserspiegels sowie die Beengtheit der Verhältnisse im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs machen diese Kanäle zu nicht alltäglichen Bauwerken. Neben diesen Sammelkanälen konnte auch eine Vielzahl von kleineren Aufschließungskanälen im 10., 13., 14., 16., 17., 21. und 22. Bezirk errichtet werden.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes des innerstädtischen Bereiches in einer Gesamtlänge von rund 250 km bis zur Jahrtausendwende vor. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag 1988 im Bereich des 2., 10. und 21. Bezirkes. Darüber hinaus wurden einzelne Kanalstränge im 3., 9., 13., 15., 17. und 18. Bezirk zum Teil unter sehr schwierigen Verhältnissen bei Aufrechterhaltung des Kanalbetriebes und Verkehrs umgebaut. Neben der Durchführung des Umbauprogrammes wurde 1988 der unterirdischen Kanalsanierung großes Augenmerk geschenkt. So wurde in Zusammenarbeit mit interessierten Firmen ein Großversuch mit unterschiedlichen Verfahren vorbereitet, der 1989 ausgeführt werden soll. Die meisten dieser Umbauten konnten in terminlicher Abstimmung mit anderen Einbautendienststellen oder dem Straßenbau durchgeführt werden. Ferner wurden Kanalbauten zur Erschließung von Betriebsbaugebieten sowie zur Freimachung von geplanten U-Bahn-Trassen vorgenommen. Die Länge des Straßenkanalnetzes hat bis Ende 1988 1.755.067 m erreicht. Das Bauvolumen betrug insgesamt 34.284 m.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnliche Arbeiten zuständig ist, wurden 5.394 Einsätze geleistet. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug 13.028 m³. Im einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 3.941 m³, aus den Hauptkanälen

3.263 m³, aus den Straßenkanälen 2.331 m³, aus der Kläranlage Blumental 3.296 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 198 m³ geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 600.553 m Rohrkanäle und 700.494 m Profilkänaäle gereinigt. Die Kanalhebwerke förderten 4.947.630 m³ Abwasser und 180.386 m³ Regenwasser.

Im Bereich des Bierhäuslberges (14. Bezirk) mußten im Zuge der Kanalerweiterungsarbeiten vier Kanalpumpwerke neu errichtet werden. Die Pumpwerke sind mit je zwei Tauchpumpen mit einer Leistung von 20 l/sec. ausgestattet. Die Überwachung dieser Anlagen erfolgt über die bereits bestehende Funküberwachung von der Zentrale der Abteilung aus.

In der Kläranlage Blumental wurden 19.632.000 m³ Abwasser gereinigt, wofür 4.477.200 kWh Strom verbraucht wurden. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 310 mg/l BSB₅, die im geklärten Ablauf nur mehr 15,6 mg/l BSB₅. Der Rechengutanfall machte 4.010 m³ aus. Es war notwendig, neue Kondensatoren für die Kompensationsanlage zu kaufen und zu installieren, ebenso drei Getriebe für den Antrieb der Mammutrotoren.

Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal waren 8.808 Schmutzwasserpumpenstunden erforderlich, um das Abwasser der Linken Donauseite zur Hauptkläranlage zu pumpen. Der Energieverbrauch des Pumpwerkes des Linken Donausammelkanals, der Hauptkläranlage und der Entsorgungsbetriebe Simmering betrug 25.825.920 kWh. An Rechengut wurden 1.365 m³ vom Pumpwerk des Linken Donausammelkanals abgeführt. In diesem Pumpwerk wurden die Kondensatoren in der Kompensationsanlage ausgetauscht. Durch die Aufstellung von Containerpressen Ende 1987 konnte die Anzahl der Containerabfuhr von 204 im Jahre 1987 auf 142 im Jahre 1988 reduziert werden.

Im Pumpwerk Kaiserebersdorf wurden 2.485, im Pumpwerk Alberner Hafenzufahrtsstraße 546 sowie im Pumpwerk des Rechten Hauptsammelkanals 23 Pumpenstunden benötigt. Im Pumpwerk Eßling wurde die komplette maschinelle Einrichtung im Zuge des Neubaus geliefert und montiert.

Der Bestand an Senkgruben ist auf 34.952 gestiegen. Die Zahl der Senkgrubenräumungen erhöhte sich auf 26.711 mit einer Gesamtaushubmenge von 155.086 m³. 2.517 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 4.326 m³ betrug. Mit dem Kanalfernsehaube wurden rund 23.300 m Rohrkanäle überprüft. Für die notwendige laufende Überprüfung wurde eine neue Farbfernsehüberprüfungsanlage angekauft, die ebenfalls in einem Fahrzeug eingebaut ist, wobei mit dieser Anlage sofort über eine EDV-Anlage ein Überprüfungsbericht ausgedruckt werden kann.

An rund 2.195 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.612 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 207 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Außerdem wurden Kanalumbauten im Zuge der U-Bahn-Arbeiten überwacht. In einer Reihe von Außenstellen wurden die notwendigen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Das Referat Chemie hat 2.585 Abwasserproben gezogen sowie an 213 Tagen Dauerkontrollen mit Hilfe von Probenahme-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 228 — das sind 8,8 Prozent aller Proben — entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität. In 11 Fällen wurden Strafanträge erstattet. Ferner waren 1.031 Firmen wegen gefährlicher Abwassereinleitung regelmäßig zu kontrollieren. Außerdem wurden noch 2.649 weitere Firmen überprüft, so daß sich ein Stand von 3.680 registrierten Firmen ergab. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen haben die Kontrollorgane des Referats an 547 amtlichen Betriebskommissionen teilgenommen, in 45 Fällen Abscheiderkontrollen durchgeführt und 52 Einsätze wegen Geruchsbelästigungen geleistet. Die Kontrolle des kontaminierten Grundwassers am Gaudenzdorfer Gürtel reduzierte sich auf 27 Kontrolltage. Nach Einrichtung des automatischen Grundwasserpumpwerkes werden sich diese Kontrollen, zeitlich gesehen, auf einige Tage im Jahr reduzieren. Trotz der Kontrollen konnte nicht verhindert werden, daß es 1988 zu einigen gefährlichen Einleitungen in das Wiener Kanalnetz kam. Hievon war ausschließlich die Kläranlage Blumental betroffen. Es wurden ein Benzinstoß (rund 2.000 l durch einen Tankwagenunfall), ein Kokosfettstoß (rund 3 t — Firma Unilever) sowie die Einleitung einer unbekanntenen, giftigen Substanz registriert. Der Giftausstoß konnte, obwohl die MA 15 mittels der Gaschromatografie-Massenspektrometrie Hilfe leistete, nur zum Teil geklärt werden. Die toxische Substanz wurde in Kombination mit Tetrachloraethen, das in der Zulaufmischprobe in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr im Ausmaß von 2,5 mg/l festgestellt wurde, in die Wiener Kanalisation eingeleitet.

Im Labor wurden ein neues BSB₅-Meßgerät (Sapromat) sowie ein Labor-pH-Gerät und ein Leitfähigkeitsmeßgerät angeschafft.

4 Senkgrubenräumfahrzeuge, 3 Hochdruckspülfahrzeuge, 1 Abscheiderräumfahrzeug sowie 3 Mannschaftstransportfahrzeuge, 1 Kanalradlader und 1 Lkw mit Ladekran wurden erneuert. Die Fahrzeuge der Abteilung haben rund 954.085 km zurückgelegt, davon der Funkwagen 71.820 km, der Hochdruckwagen 66.265 km, der Senkgrubenwagen 344.919 km, die Abscheiderräumfahrzeuge 49.016 km und diverse andere Fahrzeuge 422.065 km. Außerdem wurden aus technischen Gründen rund 40 veraltete Fahrzeugfunkgeräte ersetzt.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren 6.021 neue Akte zu erledigen; insgesamt wurden 4.817 Kanalbefunde sowie 5.300 Planbegutachtungen von Hauskanalanlagen bearbeitet. 1.710 unerledigte Aufträge für Kanalinstanzsetzungen und Anschlüsse aus früheren Jahren wurden überwacht.

Im Rahmen der behördlichen Aufgaben waren unter anderem 396 Bescheidänderungen, die die Herabsetzung von Räumzahlen betrafen, 454 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 1.030 Mahnungen wegen Räum-

termine und Kontrollbuch, 679 Überprüfungen von Bescheidaufgaben und rund 1.290 verschiedene Schriftstücke, die Selbsträumbescheide usw., enthielten, zu bearbeiten.

An den 28 Führungen in der Friedrichstraße nahmen 254 Personen teil, an den 3 Führungen in der Kläranlage Blumental 30 Personen und an den 5 Führungen im Pumpwerk Linker Donausammler 22 Personen.

Trotz der intensiven Schulung des Personals kam es zu 54 leichten Unfällen.

Wasserwerke

Das Wetter des Jahres 1988 war von Jänner bis Mitte Februar sehr mild, dann kam es bis Ende März zum Teil zu ergiebigen Schneefällen und Regen. In den Monaten April und Mai herrschte schönes Frühlingswetter, von Juni bis September war Sommerwetter mit ergiebigen Niederschlägen. Nach dem trockenen Herbstwetter im Oktober kam es zu einem Übergang auf Regen und Schneefall im November und Dezember. Die ziemlich gleichmäßige Verteilung der Niederschläge führte zu einem relativ konstanten Wasserdargebot aus allen Quellen.

Im Jahre 1988 wurden insgesamt 151,402.000 m³ (1987: 152,540.100 m³) Wasser aufgebracht, davon 147,116.000 m³ (1987: 147,026.700 m³) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingespeist. 143,409.700 m³ (94,7%) der Gesamtmenge kamen aus den beiden Hochquellenleitungen, 4,271.000 m³ (3,1%) aus Wiener Grundwasserwerken, 2,032.700 m³ (1,3%) aus dem Wientalwasserwerk sowie 424.400 m³ (0,3%) aus dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von rund 814.200 m³ Wasser ergibt sich aus Vorratsveränderungen im Behältervolumen. Der Gesamtverbrauch sank gegenüber dem Vorjahr um 1,138.100 m³, das sind 0,7 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,325.500 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 147,116.000 m³ an das Wiener Rohrnetz und 1,960.500 m³ an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 403.100 m³. Das Tagesmaximum wurde am 26. Juli mit 537.300 m³ erreicht, das Tagesminimum am 1. Jänner mit 294.800 m³. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 28.524 kg Chlorgas und 35.051 kg Natriumchlorit sowie 2.664 l Hypochlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug somit 43.257 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,29 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 49,768.753 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 10,335.970 kWh, Hirschwang 765.967 kWh, Kaiserbrunn 81.170 kWh, Hinternaßwald 2,475.620 kWh, Reithof 361.410 kWh und das Kraftwerk Gaming 35,748.616 kWh.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurden für das Projekt Pfannbauernquelle zu Jahresbeginn der Wetterinstollen im Osttrum auf Station 4.913 m und im Westtrum auf Station 2.526 m vorgetrieben. Im Lärchensteinstollen Westtrum war der Sohlensausbau von Baulosende bei Station 1.300 m bis 752 m (von innen nach außen) fortgeschritten. Im Osttrum des Lärchensteinstollens standen die Vortriebsarbeiten bei Station 46 in sehr schlechtem Gebirge. Im Stollenturm Wetterin West wurde das Vortriebsziel Station 2.536 m im Jänner erreicht, sodann sofort mit dem Sohlensausbau begonnen. Am 8. April wurde im Wetterin Osttrum der Stollendurchschlag von Bürgermeister Dr. Zilk vorgenommen. Hierauf wurde sofort der Sohlensausbau begonnen sowie die Schachtwasserschlösser Wetterin West und Ost und die Unterbrecherschächte bei Station 3.200 m und 4.200 m Ost ausgeführt. Die Herstellung des Schachtwasserschlosses Scheibling wurde im Juni mit der Dichtheitsprobe abgeschlossen. Die Betonsockel für die Rohrleitung wurden zunächst im März im Stollen Lärchenstein West, ab Mai im Scheiblingstollen, ab Juli im Stollen Wetterin West und ab September im Stollen Wetterin Ost versetzt. Mit der Rohrverlegung im Scheiblingstollen wurde im Juli begonnen, die Fortsetzung im übrigen Stollen erfolgte erst im November und Dezember. Im Lärchensteinstollen Ost wurde der Vortrieb in überwiegend schwierigem Gebirge fortgesetzt, am 21. September der Durchschlagpunkt erreicht. Für die Stollenabwässer mußte eine Absetz- und Neutralisationsanlage eingerichtet werden. Das Hebewerksgebäude wurde, nach kurzen wetterbedingten Bauunterbrechungen im Winter, bis Mitte Mai im Inneren für die Einrichtungs montage fertiggestellt. Hierauf wurden die elektrotechnischen und maschinenbaulichen Montagen durchgeführt und der Rohrleitungsanschluß in der Länge von 170 m verlegt. Weitere Rohrverlegungen erfolgten an den Anschlußstellen der Stollenportale in der Gesamtlänge von rund 750 m mit Durchmesser 700 mm. Für die Durchleitung durch den Schneealpenstollen wurde in diesem eine Kunststoffleitung mit Durchmesser 400 und 500 mm in der Länge von 1.090 m verlegt, um die Transportleitung DN 600 mm für das Wasser der Pfannbauernquelle freizuschalten. Damit war auch die Abänderung von Kabelleitungen verbunden. Insgesamt wurden im Jahr 1988 1.917 m Stollen ausgebrochen, 11.856 m Stollensohle ausgebaut, davon 10.686 m mit Gleis, und rund 11.900 m Transportrohrleitung in den Stollen verlegt. Zur Einhaltung der vorgegebenen Termine für die Inbetriebnahme waren Beschleunigungsmaßnahmen erforderlich. Die Leitungsanlagen einschließlich der Schächte waren am 20. Dezember für die Einleitung des Wassers ausgerüstet. Am 19. und 20. Dezember fand die für einen Probetrieb erforderliche Wasserrechtsverhandlung statt, am 21. Dezember konnte Bürgermeister Dr. Zilk den Auftrag zur Inbetriebnahme des Hebewerks und zur Füllung der Leitung geben.

Unter den Neubauten ist ferner das Projekt Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke für die III. Wiener Wasserleitung zu nennen. Für die hydrologische und landwirtschaftliche Beweissicherung wurden Wasserstands- und

Temperaturmessungen in den Grundwassersonden sowie Wasserstands-, Temperatur- und Abflußmessungen im System Piesting/Fischa vorgenommen. Neben der Evidenzhaltung der landwirtschaftlichen Beregnungsanlagen im Absenkbereich wurden Kulturartenaufnahmen im Absenkbereich und eine landwirtschaftliche Testflächenbeobachtung durchgeführt, die jeweiligen Daten verarbeitet und für Behörden und Gutachter zusammengestellt. Für die Untersuchungen auf Chlorkohlenwasserstoffe wurde das bestehende Frühwarnsystem routinemäßig untersucht. Im Areal des Behälters wurde ein Aufbereitungsversuch durchgeführt.

Was die Transportrohrleitung und Verteilungseinrichtungen in Wien betrifft, so konnte die Verbindungsleitung DN 1200 ab Behälter Unterlaa zur Ringleitung Ost 1988 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Für eine mögliche Nutzung von tiefliegenden, geschützten Grundwasserreserven in Notsituationen wurde mit der MA 29 eine Gutachtergruppe erstellt, die ein Notversorgungskonzept erarbeiten soll. Diese Forschungstätigkeit soll mit Bundesmitteln gefördert werden, wobei die entsprechenden Schritte 1987 gesetzt wurden. Erst im Jänner 1989 wird die informelle Verständigung über die MA 29 erfolgen, daß die Bundesmittel bereitgestellt sind. Somit kann erst 1989 der Auftrag an die Gutachtergruppe erteilt werden.

Die Beweissicherungsarbeiten und das hydrologische Programm für das Grundwasserwerk Lobau im Hinblick auf den Kraftwerksbau Hainburg wurden ebenso fortgesetzt wie das hygienische Untersuchungsprogramm. Weiters erfolgte die Durchführung von Bohrarbeiten zur Erstellung eines Grundwassersondennetzes für Untersuchungen der Grundwasserqualität sowie der geologischen Bodenverhältnisse als Vorarbeiten für mögliche Schutzmaßnahmen. Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord wurden das ganze Jahr hindurch Pumpversuche durchgeführt. Hydrologische Beobachtungen und Auswertungen erfolgten durch einen Ziviltechniker. Laufende Qualitätsuntersuchungen an der Donau, der Neuen Donau und den Brunnen sowie Pilotversuche am Brunnenwasser zur Entwicklung optimaler Aufbereitungstechnologien wurden ebenfalls durchgeführt. Im Sommer 1988 erging die Empfehlung der Sachverständigen aufgrund der bisher günstigen Ergebnisse nach Reduktion der Aufbereitungsschritte bei gleichzeitiger Reduktion der Fördermenge und Weiterführung des Pumpbetriebes. Für die Folgezeit ist ein diesbezüglicher Sachkredit vorgesehen.

Die Transportleitung DN 600 stellt die äußere Aufschließung des Gebietes von Eßling und Neueßling dar. Im Jahre 1988 wurde am 2. Bauabschnitt in der Breitenleer Straße gearbeitet. Mit dem Anschluß des Rohrstranges an die DN-800-Transportleitung in der Schukowitzgasse konnte der Rohstrang noch 1988 über die ganze Länge in Betrieb genommen werden. Das Bauvorhaben ist damit abgeschlossen.

Durch den Neubau der Triester Straße sind die Umlegung bzw. der Neubau der Wasserleitungen im Bereich des Straßenprojektes notwendig geworden. Die Arbeiten wurden 1988 abgeschlossen und die Rohrstränge in Betrieb genommen.

Im Bereich Aspern-Mühlau wurden in der Flugfeldstraße, Dittelgasse, Gerlichgasse, Terzaghigasse, Zubergasse, Dumreichergasse und Auspitzgasse Rohrleitungen verlegt, im Bereich Neueßling im Telefonweg, in der Speierlinggasse und in der Thujagasse.

Mit den Arbeiten zur Erneuerung der alten Rohrstränge in der Ausstellungsstraße wurde 1988 begonnen. Die Maßnahme stellt einen Teil des Planes der Abteilung dar, der in der Auswechslung aller alten Rohrstränge besteht und auch die Voraussetzung für die MA 28 zum Neubau der Ausstellungsstraße schafft. Die Arbeiten sollen bis Ende 1988 beendet werden.

Die Anspeisung des Behälters Steinhof, von dem aus einzelne Zonen der höher gelegenen westlichen Gebäude Wiens versorgt werden, besteht aus alten Graugußrohren, an denen sehr oft Gebrechen auftreten. Mit dem Neubau der Leitung wurde im Herbst 1988 begonnen. Im öffentlichen Gut der Waidäckergasse wurde ein DN-300-Versorgungsrohrstrang verlegt.

Zur Unterstützung der beiden bestehenden Hauptleitungen, die das Gerüst der Wasserversorgung in den westlichen und höhergelegenen südlichen Bezirken Wiens bilden, ist der Bau einer 3. Hauptleitung geplant. Diese neue Leitung wird es auch ermöglichen, eine der beiden alten Hauptleitungen für Sanierungszwecke über längere Zeit außer Betrieb zu nehmen. Für dieses Vorhaben wurde 1988 ein Sachkredit für Vorarbeiten genehmigt und die Planungsarbeiten vergeben. Die Abteilung plant, die Versorgung der hochgelegenen Gebiete am westlichen Stadtrand, die derzeit durch viele kleine, einzeln gepumpte Zonen versorgt wird, zu einer einzigen Versorgungszone mit einem neuen Wasserbehälter im Bereich der Jubiläumswarte zusammenzufassen. Im Jahre 1988 wurde ein Sachkredit für Vorarbeiten genehmigt. So wurde auch eine Studie über den Behälterstandort erstellt und mögliche Grundrißvarianten ausgearbeitet. Die betroffenen Dienststellen wurden über den geplanten Behälterneubau informiert. In der Folge wurde ein Konzept für die notwendigen Bodenuntersuchungen in Zusammenarbeit mit der MA 29 — Grundbau — als Vorarbeiten für eine Detailplanung des Behälters Jubiläumswarte erstellt.

Mit den Bauarbeiten zum Neubau des Rohrlagers im Industriezentrum Süd — Laxenburg — wurde im April 1988 begonnen. Die schon in der Ausschreibung vorgesehene Teilübernahme der Lagerhalle und von Teilen der Lagerflächen konnte ohne Bauzeitüberschreitung durchgeführt werden. Mit der endgültigen Fertigstellung dieses Bauvorhabens ist im Herbst 1989 zu rechnen.

Die Planungsarbeiten für den Neubau des Wasserbehälters Schmelz in 15, Possingergasse — Gablenzgasse, und die Ableitung DN 1200/1000 wurden fertiggestellt. Die nach der Geschäftsordnung vorgesehenen Pflichtbesprechungen

konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Das Projekt wurde beim Wasserwirtschaftsfonds für die Förderung, bei der Baubehörde für die Erlangung der Baubewilligung eingereicht. Die Generalunternehmerausschreibung für den Behälterneubau und den dazugehörigen Kanalumbau in der Brüßlgasse wurde zum größten Teil fertiggestellt. Die Bodenaufschließungen wurden durch die MA 29 in Zusammenarbeit mit der Abteilung durchgeführt. Statik und Detailplanung werden von einem Zivilingenieurbüro erstellt. Der Baubeginn des Behälterneubaues erfolgt voraussichtlich im Juni 1989.

Es war wieder eine Reihe von Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Zur Erhaltung und Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen der I. Hochquellenleitung wurden fünf Abkehren mit folgenden Leistungen ausgeführt: Insgesamt wurde Gewölbeschleifputz im Ausmaß von 1.078 m² hergestellt, 230 m³ schadhafter Gewölbeputz und loses Mauerwerk abgeschrämt und 350 m² Spritzbeton aufgebracht. Am Aquädukt Liesing wurden Abdichtungsarbeiten durch Aufbringung von Epoxyharz im Ausmaß von rund 1.500 m² durchgeführt. Bei Station 200 KG Putzmannsdorf wurde der Leitungskanal durch Ausbruch von Innen in einer Länge von etwa 10 m verbreitert. Der Kanal wurde von Station 50 Weikersdorf bis AH Matzendorf und von Station 1 Baden bis Station 1 Baden bis Station 145 Mödling maschinell gereinigt. An einzelnen aus Ziegeln bestehenden Bogentragwerken der Aquädukte Liesing, Mödling, Mauer und Baden haben Schlagregen und Frost starke Zerstörungen bewirkt, die das Abbrechen von Mauerwerksteilen erforderlich machten. Beim Aquädukt Mödling erfolgten Ziegelauswechslungen im Ausmaß von etwa 40 m². Der Aquäduktbogen 45 in Liesing wurde mit Baustahlgitter gegen herabfallende Ziegelteile gesichert. Beim Aquädukt Baden wurden 60 lfm Auflager für die Fertigteilabdeckung hergestellt und 60 lfm Auflager für die Fertigteilabdeckung hergestellt und 60 lfm mit Fertigteilen abgedeckt. Von Kaiserbrunn bis Neusiedl wurde am 19. Juni 1988 ein Fließversuch durchgeführt. Im Rahmen des Ausgestaltungsprogrammes des Grundwasserwerkes Wöllersdorf wurde die Neubohrung des Brunnen 2 hergestellt und das dazugehörige Brunnengebäude errichtet.

Der betriebliche Schwerpunkt lag im Quellgebiet I im Jahr 1988 bei der Herstellung der Anlagen zur Durchleitung der Pfannbauernquelle im bestehenden System der I. Hochquellenleitung. Die Adaptierung des Schnealpenstollens wurde in folgender Art durchgeführt: Im Bereich Schnealpenstollen Süd bei Station 840 m—1590 m wurde das Profil erweitert, neue Kabelrinnen am linken Sohlrand hergestellt, die vorhandenen 20-kV-Kabel sowie die Niederspannungs- und Fernmeldekabel in die neuen Kabelführungen verlegt, eine rund 1.100 m lange glasfaserverstärkte Kunststoffrohrleitung mit Durchmesser 400/500 mm auf verzinkten Profilstahlunterstellungen neu verlegt und die Rohranschlüsse an den beiden Stollenportalen in Stahlrohr mit Durchmesser 600/700 mm hergestellt. Für die Durchleitung der Pfannbauernquelle war die Errichtung eines zweiten Maschinensatzes im Kraftwerk Hinternaßwald (eine Francis-Spiralturbine und ein Synchrongenerator) ebenso erforderlich wie die Anpassung der Transportkapazität an die neuen Erfordernisse durch Verlegung eines Parallelrohrstranges mit Durchmesser 800 mm auf eine Länge von 500 lfm in Reichenau an der Rax. Die Rinnschale der I. Hochquellenleitung wurde um rund 40 cm im Bereich der Wasserleitungsstollen in den Gebirgsstöcken von Rax und Schneeberg auf eine Länge von bisher 200 m erhöht. Im Sinne des Quellschutzes wurden laufend Kontrollen des Schutzgebietes und der Entsorgungseinrichtungen durchgeführt. Im Zuge des Ausbaues des Sicherheitssystems wurden zwei Sicherheitsdeckel am Leitungskanal im Bereich Hirschwang-Reichenau montiert und eine Besuchergalerie im Wasserschloß Kaiserbrunn mittels einer Alu-Sicherheitsglaskonstruktion errichtet.

An der II. Hochquellenleitung wurden im Rahmen von Erhaltungsarbeiten im Leitungskanal im Zuge von je zwei Frühjahrsabkehren und zwei Herbstabkehren folgende Instandhaltungsarbeiten durchgeführt: Zur Verhinderung von Wasseraustritten bzw. Fremdwassereintritten wurden 370 lfm Risse verschlossen und 4.600 m² Beschichtung auf Kunststoff- bzw. Zementbasis aufgebracht. Ferner wurde die Muffensanierung am Pielachdüker fortgesetzt und am linken Rohrstrang abgeschlossen; insgesamt 39 Muffen wurden saniert. Im Zusammenhang mit dem Einbau von Strömungseinrichtungen in vier Dücker-Einlaufkammern wurden die Gewölbedichtputzarbeiten um 620 m² erweitert. Auf etwa 1.000 m Leitungslänge mußten Abdichtungsarbeiten kleineren Umfanges durchgeführt werden. Die Korrosionsschutzarbeiten in Dükereinrichtungen wurden fortgesetzt. Diverse Armaturen, Dichtklappen, Schieber wurden erneuert bzw. repariert. Zur Sicherung der Leitung wurden Sohl drainagen in einer Länge von rund 300 m aufgebohrt und 10 Stk. Drainageputzschächte hergestellt. Weiters wurden umfangreiche Bolzenmessungen durchgeführt. Im Göstlinger Hauptstollen wurde mit der Fassung und Ableitung eines Wassereintrittes begonnen. Um Aufschlüsse über die Betonqualität bzw. des Bauzustandes zu gewinnen, wurden 25 Bohrkern gebohrt. Außerhalb der Abkehren wurde die Untersuchung über Bauzustand, Betonqualität und Bodenbeschaffenheit fortgesetzt. Im Bereich Hendorf, Kirnberg und Hofstetten wurden 15 Probegrabungen quer zum Leitungskanal abgetäuft, Bodenproben, Wasserproben, Betonkerne entnommen, um über Laborversuche weitere Aufschlüsse zu erzielen. Besonders geachtet wurde auf die bestehende Hangentwässerung; sie wurde auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft, erweitert und instand gesetzt. Für die Instandsetzung von 30 Ableitungen der Sohl drainagen wurden 2.100 m PVC-Rohre verlegt, zur Sicherung von Rutschhängen 2.100 m Sickerschlitzrohre für 14 Hangentwässerungen aufgewendet. Der bestehende Überfallgraben Michelbachdüker wurde durch eine Verrohrung DN 800 AZ ersetzt. Sicherungsarbeiten an acht Aquädukt Pfeilern wurden mittels Kunstharzinjektion durchgeführt. 200 m² Aquäduktoberflächen wurden mit Kunststoff beschichtet. An acht Einstiegtürmen wurden die Fugen mittels zwei Komponenten-Kunststoffmaterial instand gesetzt. Um Verwitterungen an Steinen zu verzögern, wurden die Einstiegtürme mit einer

Hydrofobierung behandelt. Nach umfangreichen Verhandlungen konnten vier Einstiege bei den Autobahnquerungen umgebaut werden.

Im Quellgebiet II wurde das Hebewerk fertiggestellt, die Elektroinstallationen, Hochspannungs-, Starkstrom- und Schwachstromanlagen geliefert und installiert, die zwei Pumpen aufgestellt und die Rohrleitungen verlegt. Am Wechselboden erfolgten im Rahmen des Frühwarnsystems die Errichtung einer Stromleitung (950 V) von der Umspannstelle Kläffer bis zur Edelbodenhütte sowie der Einbau von zwei Glaswänden im Kläfferstollen. Der 20-kV-Regeltrafo beim Kraftwerk Höll wurde einer Revision unterzogen. Die neue Ortswasserleitung mit Durchmesser 80 mm zwischen der Rechenbrücke und der Höllbrücke wurde verlegt. Für die Ortswasserleitung Hinterwildalpen wurde im Kraftwerk S-Kammer eine Sicherheitschlorierung mit Trübungsfeststellung zur UV-Anlage eingebaut. Zwei Tauchpumpen in Holzäpfeltal wurden repariert. Ein 5-kV-Trafo samt 5-kV-Kabel Einleiter-Abzweig in O-Kammer wurde neu errichtet. Melde- und Telefonkabelverlegungen mußten wegen des Neubaus der Siebenseebrücke und Teufelsmühlbrücke durchgeführt werden. Sämtliche Quellschutzbegehungen wurden laut Begehungsplan durchgeführt. Zweimal fand eine Befliegung des Wasserschongebietes mit einem Hubschrauber des Innenministeriums statt.

Im Wientalwasserwerk wurden die Elektroinstallationsanlagen instand gehalten, Störungen behoben sowie die Neuinstallation von Meßeinrichtungen durchgeführt. Weiters wurden die elektrische Schaltstation auf ÖVE-NORM und die entsprechenden Anschlußwerte umgerüstet sowie ein neuer Schaltschrank im Dienstzimmer installiert. Die hydraulischen Schieber, Wasserleitungen, Ventile und Schieber wurden instand gehalten und teilweise erneuert. Diverse Leitungen wurden entrostet und gestrichen. Am Feinfilter, Schnellfilter, Chemie- und Absetzbecken wurden Aufbereitungs- und Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Im Sammelkanal von Tullnerbach und Preßbaum wurden die Sandfänge und Düker mittels Schlammsaugwagen geräumt und durchgespült.

An den Anlagen in Wien waren gleichfalls Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Das im Jahr 1987 erstellte Sanierungskonzept für den Behälter Lobau konnte im Jahr 1988 realisiert werden. Die Bausubstanz sowie Teile der Einrichtungen des Behälters, der im Jahr 1966 in Betrieb genommen worden war, waren durch Ausgasung des zur Trinkwasserdesinfektion verwendeten Chlorgases bereits stark in Mitleidenschaft gezogen. Der überwiegende Teil der Sanierungsarbeiten erstreckte sich auf das Einlaufbauwerk. Die verrosteten Schützen wurden entfernt und der Behälterzulauf aus den fünf Brunnen durch verschiedene Umbauten, wie Herstellung von zusätzlichen Rohrverbindungen und Einbau von Absperrschiebern in der alten Meßkammer, neu gestaltet. Sämtliche nicht benötigten Öffnungen wurden zugemauert, alle erforderlichen Türen durch Sicherheitstüren ersetzt und die Be- und Entlüftungseinrichtung des Behälters auf eine indirekte Belüftung mit dazwischengeschalteten Luftfiltern umgebaut. Die letztgenannten Arbeiten erfolgten entsprechend dem Konzept des Frühwarn- und Sicherheitssystems, das realisiert wird. Schließlich wurden alle Rohrleitungen in der Einlaufkammer und in der alten Meßkammer durch Sandstrahlen entrostet und neu beschichtet sowie beide Behälterkammern einer gründlichen Reinigung unterzogen. Die Oberflächenentwässerung auf der Behälterdecke mußte ebenfalls vollkommen saniert und größtenteils umgeändert werden. Die Chlorstation Lobau, in der bisher das Rohwasser der fünf Brunnen nur mit Chlorgas desinfiziert werden konnte, wurde auf Chlordioxidbetrieb umgestellt. Hiezu waren umfangreiche Umbauarbeiten an der hydraulischen, verfahrenstechnischen, steuerungstechnischen und elektrischen Einrichtung erforderlich. Ein Betrieb mit Chlorgas bei Ausfall der Chlordioxidanlage ist nach wie vor möglich. Bei der Aufbereitungsanlage Markethäufel wurde zur Senkung der Betriebskosten (Einsparung von rund 100 000 S/Jahr) eine von der Abteilung entwickelte Trocknungsanlage für den anfallenden Filterschlamm errichtet. In der Schieberkammer des Behälters Hackenberg, der wie viele andere Behälter ebenfalls einer dringenden baulichen Sanierung bedarf, konnten zunächst sämtliche Armaturen und teilweise die Verrohrung, soweit dies erforderlich war, erneuert werden. Die bauliche Sanierung des Objektes wird erst erfolgen, sobald die dafür erforderlichen Mitteln aufgebracht werden können. Beim Behälter Unterlaa wurde die Behältereinspeisung umgestaltet, ein neues Ringkolbenventil für kavitationsfreie Zuflußregulierung sowie eine neue Meßeinrichtung installiert. Weiters wurde durch Umbauten an den Rohrleitungen in der Schieberkammer des Behälters die Möglichkeit geschaffen, Hochquellwasser zum Behälter Moosbrunn zu leiten, damit dieser ebenfalls bei Bedarf zur Wasserspeicherung für Wien nutzbar gemacht werden kann. An der elektrischen und steuerungstechnischen Einrichtung im Hebewerk Unterlaa mußten umfangreiche Eingriffe durchgeführt werden, um den Behälterzufluß und die damit verbundenen Umstellungen ferngesteuert vom Behälter Laerberg (Schaltwarte) aus regulieren bzw. durchführen sowie alle dazu erforderlichen Daten dorthin übertragen zu können. In beiden Behälterkammern mußten außerdem Abdichtungsarbeiten auf der Seite der Schieberkammer durchgeführt werden. Anschließend an diese Arbeiten wurde der Behälter gründlich gereinigt. Im Hebewerk Rosenhügel mußten die defekten und nicht mehr reparierbaren Ringkolbenventile gegen neue Anfahrklappen ausgewechselt werden. Zwischen roter und brauner Druckabgangsleitung des Hebewerkes wurde eine DN-400-Verbindungsleitung mit einem Clayton-Druckreduzierventil eingebaut, um bei Stromausfall während des Pumpbetriebes in beiden Druckzonen die Versorgung der roten Druckzone aufrechterhalten zu können. Außerdem wurde der Anstrich der Pumpen, Armaturen und Verrohrungen ausgebessert und zum Teil erneuert. Im Schieberhaus der A-B-Kammer des Behälters Rosenhügel wurden ebenfalls die Armaturen, Rohre und alle metallischen Teile gestrichen sowie die Innenwände mit einem Spezialanstrich versehen. Schließlich wurde die A- und B-Kammer einer Reinigung unterzogen. Im Hebewerk

Krapfenwald waren bei allen Pumpenaggregaten Störungen an den Anlassern aufgetreten. Da sie nicht mehr repariert werden konnten, mußten neue Motoren mit Sanftanlassern angeschafft werden. Die alten und nur mehr bedingt funktionsfähigen Armaturen wurden durch neue, dem letzten Stand der Technik entsprechenden Armaturen ersetzt. Bei den übrigen Objekten, wie Behältern, Pumpwerken, Desinfektionsanlagen, Druckreduzieranlagen (Claytonventile) und Mengenmeßstellen, wurden Revisionsarbeiten größeren und kleineren Umfanges durchgeführt, ebenso Störungsbehebungen an den hydraulischen und elektrischen Einrichtungen. Die neue Lastverteilungszentrale Grabnergasse konnte nach dreijähriger Umbauzeit fertiggestellt und im Rahmen einer kleinen Feier am 16. September in Betrieb genommen werden. Der Umbau gestaltete sich insofern äußerst schwierig, als der Betrieb der Lastverteilung stets in vollem Umfang aufrecht erhalten werden mußte.

Die neue Zentrale weist gegenüber der alten eine völlig neue Konzeption auf. Die für die Lastverteilung erforderlichen Informationen wie Wasserstände, Verbräuche, Drücke, Zuflußmengen usw. erhält das diensthabende Personal nicht mehr wie bisher über diverse Anzeige- und Schreibergeräte, sondern in erster Linie über eine zentrale Rechneranlage mit sechs angeschlossenen Farbmonitoren. Die Arbeiten für die Errichtung des Frühwarn- und Sicherheitssystems konnten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel fortgesetzt werden. Im Zusammenhang mit Arbeiten anderer Dienststellen und den U-Bahn-Arbeiten mußten im Fernmeldekabelnetz der Abteilung zahlreiche Kabelumlegungen verschiedenen Umfanges durchgeführt werden. So erfolgten z. B. Kabelumlegungen im Bereich Wienerberg-Wienerbergstraße, beim Knoten Kaisermühlen, von der Krottenbachstraße bis zum Behälter Hackenberg, in der Triester Straße, in der Altebergenstraße — Lützowgasse und Dietrichgasse. In den Quellgebieten, wie z. B. bei der Pfannbauernquelle, in Mürzsteg, im Karlgraben und Tirolergraben wurden ebenfalls Kabellegungen durchgeführt. Außerdem mußten im Laufe des Jahres zahlreiche Kabelgebrennen, z. B. in der Buchengasse, Wittgensteinstraße, Drorygasse, Felbigergasse, Mariahilfer Straße und am Neubaugürtel, behoben werden.

Im Amtsgebäude in 6, Grabnergasse 4—6, wurde mit den Vorarbeiten zur Unterbringung der neuen Telefonzentrale begonnen. Auf einer erweiterten Außenstelle der Abteilung, in Mauer, wurden die neu hinzukommenden Räume entsprechend den Erfordernissen des Personals ausgestaltet. Im Zuge der Instandsetzungsarbeiten am Wasserturm Wienerberg in 10, Windtenstraße 3, wurden die Erneuerung der Blecheindeckung des Zwiebelturmdaches und die Montage der neuen Zierwetterfahne vorgenommen. Außerdem wurde des kegelstumpfförmige Hauptdach mit glasierten, mehrfarbigen Biberschwanddachsteinen neu eingedeckt und die hofseitige Rohziegelfassade einschließlich der Natursteinteile gründlich gereinigt und restauriert.

Neben den Bauarbeiten sind Wartungen und der Ausbau des Rohrnetzes von großer Bedeutung. Im Versorgungsgebiet Mauer, in dem Rohrlegungen zur Vereinfachung der Betriebsführung und die Zusammenlegung von Versorgungsgebieten durchzuführen sind, wurden Arbeiten in der Heudörfelgasse, am Maurer Hauptplatz, in der Endresstraße und in der Kaserngasse durchgeführt. Für die Erneuerung der vor dem Jahre 1914 verlegten, alten und größtenteils undichten Rohrstränge wurden Arbeiten mit einem Gesamterfordernis von rund 80,0 Millionen Schilling durchgeführt. Die Gesamtlänge der verlegten Rohrstränge betrug 9.600 m. Über Antrag von Interessenten wurden, insbesondere in den Fällen, in denen die Grundwasserqualität nicht ausreicht, öffentliche Rohrstränge in einer Gesamtlänge von rund 20.070 m verlegt. Im Zuge von Arbeiten in Bundesstraßen wurden Rohrstränge der Dimension 150, 200, 250, 400 und 700 mm in einer Länge von etwa 1.290 m verlegt. Ausgelöst durch das Wohnbauprogramm der Stadt Wien kamen Rohrstränge in einer Gesamtlänge von etwa 270 m zur Verlegung. Im städtischen Rohrnetz wurden insgesamt 41.418 m Versorgungs- und Verteilungsrohrstränge neu verlegt sowie 33.328 m Rohrstränge ausgewechselt. 1.100 Gebrechen traten auf, wovon 580 Rohr- und 520 Armaturengebrechen waren. Die Rohrnetzlänge betrug mit Stand vom 31. Dezember 1988 3.033.341 m. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 1.909 Einsätze erforderlich, wobei von zwei Einsatzfahrzeugen 39.417 km zurückgelegt wurden.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreuen. Bis Jahresende wurden 1.580 Abzweigungen und T-Abzweigungen neu hergestellt, außerdem 1.503 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 2.460 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 22.919 Wasserzähler ausgewechselt, in der betriebseigenen Werkstätte 21.709 Wasserzähler repariert. 107 Abzweigungen mußten verstärkt, 170 ergänzt werden. Für die Neuherstellungen und Erhaltungsarbeiten wurden insgesamt 29.624 Rohre verlegt. 2.072 Hausinstallationsanlagen wurden überprüft, dabei 340 Gebrechen festgestellt. Durch ihre Behebung konnte eine Wassermenge von 7.848 m³ pro Tag eingespart werden.

Neue Gesetze und Verordnungen traten in Kraft. Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 5. Oktober 1987, G 42/87-7, wurde der § 25 Abs. 1 des Wasserversorgungsgesetzes 1960, LGBl. für Wien Nr. 10, wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes als verfassungswidrig aufgehoben, da bis jetzt das Wasserversorgungsnetz 1960 eine unbeschränkte Haftung des Wasserabnehmers als Hauseigentümer vorsah. Der § 25 Abs. 1 bzw. der gesamte § 25 wurde daher mit Novelle zum Wasserversorgungsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 30/1988, neu gefaßt. Die wesentliche Änderung besteht nun darin, daß sich die Haftung nunmehr auf die Zeit des letzten vor dem Wechsel der Wasserabnehmer liegenden Kalenderjahres bezieht. Aufgrund dieser Gesetzesänderungen sowie Änderungen aus dem Vorjahr wurde die von der Abteilung jeweils verfaßte Ausgabe des Wiener Wasserversorgungsgesetzes in seinem derzeitigen Wortlaut neu überarbeitet und mit Stichtag 26. August 1988 neu herausgegeben.

Mit Verordnung vom 11. Dezember 1987, Pr.Z. 3803, hat der Wiener Gemeinderat die Wassergebührenordnung 1987 geändert. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1988 wurde die Wassergebühr von bisland S 10,20/m³ auf S 11,—/m³ einschließlich 10 Prozent Umsatzsteuer erhöht. Die Wasserzählergebühren wurden unverändert belassen.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war im Jahre 1988 durchzuführen. Im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung waren die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich. Zu erwähnen sind unter anderem die eisenbahnbehördlichen Verfahren im Zusammenhang mit der Aufschließung der Gebiete jenseits der Donau und der laufenden Erneuerung des Stadtrohrnetzes, die Einleitung und der Abschluß von wasserrechtlichen Lösungsverfahren von Klein- und ehemaligen Notwasserwerken und diversen Wasserverteilungsanlagen in Wien, wie die Weiterführung des wasserrechtlichen Lösungsverfahrens für die Laudon'sche Wasserleitung und den behördlichen Verfahren für das Grundwasserwerk Donauinsel Nord, die Erwirkung von Bewilligungen und privatrechtlicher Vereinbarungen, die die Errichtung des Wasserbehälters „Auf der Schmelz“ betreffen. Ebenso wurde die Erwirkung der erforderlichen Genehmigungen für die Errichtung des Rohrlagers Laxenburg sowie die privatrechtlichen Vereinbarungen zu dessen Ausgestaltung durchgeführt. Im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung wurden mehrere Verfahren für die Realisierung von Projekten durchgeführt, insbesondere für Kleinprojekte im Quellenschutzgebiet sowie in den Grundwasserwerksanlagen. Zu nennen sind vor allem die Weiterführung des wasserrechtlichen Verfahrens für die Ausgestaltung von drei Brunnen des Grundwasserwerkes Wöllersdorf sowie der Ausbau eines Wasserleitungsaufsehergebäudes. Die erforderlichen Genehmigungen für die Umgestaltung einiger Querungsbauwerke der Hochquellenleitung mit der Südautobahn konnten ebenso erwirkt werden. 1988 wurden die Verfahren für zahlreiche Projekte der II. Wiener Hochquellenleitung neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei insbesondere die vielfältigen Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse zu nennen sind. Das wasserrechtliche Verfahren für die Sanierung der Entleerung beim Michelbachdüker konnte durchgezogen werden, ebenso wurden die erforderlichen Genehmigungen für die Umgestaltung der Querungsbauwerke der Hochquellenleitung mit der Westautobahn erwirkt. Da die anhängigen Bewilligungsanträge der noch offenen Detailprojekte für die III. Wasserleitung von der Wasserrechtsbehörde eher schleppend behandelt wurden, konnte im Jahre 1988 kein eigentlicher Fortgang in den Bewilligungsverfahren verzeichnet werden. Durch eine leichte Zunahme der Zahl an Ölunfällen im Schutzgebiet der III. Wiener Wasserleitung waren die Interessen der Stadt Wien im Rahmen dieser Vorfälle zu wahren. Im Zuge der Weiterführung des Bauvorhabens Pfannbauernquelle wurden die anfallenden behördlichen Verfahren durchgeführt und zahlreiche Entschädigungsvereinbarungen mit den betroffenen Grundeigentümern abgeschlossen. Im Rahmen einer zweitägigen Wasserrechtsverhandlung konnte die Bewilligung für einen provisorischen Betrieb im Rahmen eines wasserwirtschaftlichen Versuches erwirkt werden.

1988 traten etwa 30 Wasserrohrgebrechen auf, bei denen Schadenersatzforderungen zu verzeichnen waren. Die Liquidation der Schadenersatzforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Zur Vermeidung weiterer Schadensfälle konnte nach Abschluß entsprechender privatrechtlicher Vereinbarungen mit den betroffenen Grundeigentümern bzw. Wasserabnehmern eine alte und gebrechensanfällige Rohrleitung im 14. Bezirk aufgelassen werden, wobei neue Hausanschlußleitungen verlegt wurden. Ferner konnten Schadensakte im Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen abgeschlossen werden. Die Beträge, die teilweise anstandslos, anderenteils im Klagewege eingebracht wurden, beliefen sich auf rund 2,583.000 S. Kostenersätze wurden für beschädigte Wasserzähler vorgeschrieben, ferner fielen mehrere Berufungen gegen Kostenvorschreibungen an, auch Berichtigungen von Abgabenbescheiden waren vorzunehmen. Aufgrund von Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane kam es zur Einleitung von rund 30 Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen des Wasserversorgungsgesetzes. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen mußten 70 Bestand-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abgeschlossen bzw. entsprechend geändert werden. Ferner wurden 134 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen ausgestellt. Rund 300 behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurde lagerbuchmäßig bearbeitet. Bemerkenswert ist, daß auch die Problematik fremder Aktivitäten (Sportklettern, Mountainbikern) in Wasserschutzgebieten einer rechtlichen Begutachtung zu unterziehen war. Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder wurden Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien auf Antrag der Abteilung genehmigt, und zwar für den Verein der Freunde des Neuberger Münsters 9.000 S, die Berg- und Naturwacht Gloggnitz 4.500 S, die Freiwillige Feuerwehr Naßwald 18.000 S und für die Trachtenmusikkapelle Wildalpen 27.500 S. 93 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen waren durchzuführen. Schließlich wurden mehrere Grundtransaktionen eingeleitet und abgeschlossen. Diese Grundtransaktionen hatten sowohl den Liegenschaftsankauf zur Erweiterung und Arrondierung der Quellenschutzgebiete als auch den Abverkauf von Grundflächen, die aus betrieblichen Gründen nicht mehr gebraucht wurden, zum Inhalt. Es mußten auch Grundabtretungen im Zuge des Ausbaus öffentlicher Straßen im Bereich der Anlagen der I. und II. Hochquellenleitung behandelt werden. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Liegenschaftsvermögens, das im Besitz der Abteilung ist, waren aufgrund der Hauptfeststellung zum 1. Jänner 1988, die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens betrifft, Einheitswerterklärungen

zu 46 Einheitswertakten zu erarbeiten, zum Teil ist deren Bearbeitung noch anhängig. Außerdem konnte im Zusammenwirken mit der MA 40, Zentrale Liegenschaftsevidenz, eine Liegenschaftskartei für alle Grundstücke, die die Abteilung verwaltet, neu erstellt werden. Die Richtlinie für deren weitere Bearbeitung und Gebrauch wird erstellt. Neben den sonstigen Rechtsbehelfen war im Berichtszeitraum die Aufarbeitung von 26 Lieferungen des „Österreichischen Rechtes“, von 18 Lieferungen des „Landesgesetzblattes für Niederösterreich“, von je zwei Lieferungen der „Wiener Rechtsvorschriften“ und der „Rechtsvorschriften zu Umweltschutz und Raumordnung“ erforderlich.

Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes besteht in der Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Das Stadtgartenamt ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern sowie durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten. Im Jahr 1988 wurden 2.384 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 17.587.062 m², darunter 23 Lagerwiesen mit 905.048 m² und der „Grüne Prater“ mit 6.143.984 m² gepflegt und erhalten. Ebenso wurden 243 Schulgärten mit 661.751 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 233 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 471.745 m², 8 Jugendspielplätze mit 14.182 m² sowie 4 Grünflächen in Kinderfreibädern mit 2.584 m² gärtnerisch betreut.

Die Sicherung und Erweiterung des Baumbestandes ist eine der vordringlichsten Aufgaben. An den 76.380 im Straßenbereich stockenden Bäumen werden zur Verbesserung der Standortsituation verschiedene Maßnahmen durchgeführt: Die Bäume werden gegen mechanische Beschädigung durch das Versetzen von Baumbügeln geschützt, die Wachstumsbedingungen durch Einbau von Bewässerungsanlagen verbessert, die Alleen durch die Anlage von Grünstreifen mit erhöhter Einfassung saniert, ein Bodenaustausch, besonders entlang von Hauptverkehrsstraßen, sowie Bodenverbesserungsmaßnahmen durch Bodenlockerung und das Einbringen von Bodenverbesserungsmitteln durchgeführt, schließlich überaltete und teilweise sicherheitsgefährdende Baumbestände durch entsprechende Neupflanzungen verjüngt, wobei Gehölze, die für das extreme Stadtklima geeignet sind, verwendet werden. Die Alleebaumdasei, die seit 1987 aufgebaut wird, dient als Grundlage für die jährlichen (genauen) Haupt- und (oberflächlichen) Nebenkontrollen im Hinblick auf die Verkehrssicherheit der Bäume. Anhand der Ergebnisse wird ein Konzept zur Sanierung erstellt. Ferner werden die Ursachen für die auftretenden Wachstumsstörungen in Zusammenarbeit mit anerkannten Fachleuten des In- und Auslandes erforscht, neue Methoden erprobt, neue Produkte zur Verbesserung der Standortbedingungen geprüft, Bäume gepflanzt sowie neue Alleen angelegt.

Das Referat Planung arbeitet Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für Grünanlagen, Kinderspielplätze und Erholungsflächen aus. Ebenso wirkt das Stadtgartenamt bei der Erstellung von Grünkonzepten mit, wenn es sich um strukturverändernde städtebauliche Projekte handelt. Dies erfolgt besonders im Hinblick auf die Erhaltung und den Schutz bestehender Grün- und Erholungsräume sowie in bezug auf die Festlegung der Rahmenbedingungen für die Schaffung zusätzlicher Grünräume. Im Jahre 1988 waren dies unter anderem die Projekte „Gürtel, West- und Südeinfahrt“, „Wiental“, „Liesingbach“, „Wienerberggelände“ und der „Donauraum“.

Eine Reihe von Gartenanlagen wurde neu hergestellt, umgestaltet und instand gesetzt: Im 1. Bezirk wurde die Sanierung des Baumbestandes auf der Ringstraße fortgesetzt und zwar im Bereich Babenbergerstraße—Schottengasse. Es wurden standortverbessernde Maßnahmen für die Alleebäume durch Bodenaustausch und den Einbau von Bewässerungsanlagen durchgeführt, die Einfassung der Rasenflächen erneuert und instand gesetzt, aber auch neue Rasenflächen angelegt. Die Gesamtkosten betragen 60 Millionen Schilling, die Baurate 1988 belief sich auf 15 Millionen Schilling. Im 2. Bezirk wurde nach dem Ausbau der Oberen Augartenstraße die gärtnerische Ausgestaltung fertiggestellt. Am 5. Bezirk wurde im Bereich der Grüngasse—Rüdiggasse auf einer Fläche von rund 1.500 m² eine Parkanlage mit Kinder- und Jugendspielplätzen, einer Ruhezone mit Sitzplätzen sowie einem Brunnen und einer Pergola errichtet. Im 6. Bezirk wurde an der Linken Wienzeile eine Parkanlage im Ausmaß von 9.654 m² mit Kinderspielplätzen, einem Ballspielplatz und Kommunikationsbereichen errichtet. Durch Bodenmodellierungen und differenzierte Bepflanzungsmaßnahmen konnten die verschiedenen Bereiche räumlich und optisch getrennt werden. Im 7. Bezirk wurde im Johann-Strauß-Park mit den Umgestaltungsarbeiten im Bereich Eingang Kaiserstraße begonnen. Es wurden ein Kleinkinderspielplatz und neben dem Ballspielplatz ein Kinderspielplatz errichtet. Im 11. Bezirk wurde in der Luise-Montag-Gasse auf einer Fläche von 11.000 m² eine Parkanlage mit Kinderspielplätzen, einem Rodelhügel, einer Ruhezone sowie einer Hundepromenade angelegt. Im 15. Bezirk wurde in der Ullmannstraße eine öffentliche Parkanlage auf der Fläche der ehemaligen Tennisplätze errichtet. In diesem dichtverbauten Teil des 1. Bezirkes besteht ein geringes Angebot an Naherholungsflächen. Aus diesem Grund wurde im Stadterneuerungsgebiet „Storchgrund“ die Errichtung von Spielplätzen, aber auch die Schaffung von Ruhezeiten gewünscht. Die Gesamtfläche beträgt 3.700 m². Im 19. Bezirk wurde in der Weinberggasse im Zentrum der neuen Wohnhausanlage der Stadt Wien eine öffentliche Grünanlage errichtet. Diese Anlage als Naherholungsbereich für die Bewohner ist mit Spielmöglichkeiten und Sitzgelegenheiten ausgestattet. Die Gesamtfläche beträgt 5.500 m². In

der Raimund-Zoder-Gasse (19. Bezirk) entstand auf einer Fläche von 13.600 m² eine naturnahe Parkanlage. Für die Bepflanzung wurden nur einheimische Gehölze verwendet. In einem Teil der Anlage wurde ein kleines Biotop mit einer Wasserfläche angelegt, die Uferländer mit Sumpf- und Wasserpflanzen bepflanzt. Die Wegflächen sind mit einer wassergebundenen Decke ausgeführt. Ab 1988 werden die verschiedenen Grünaktivitäten gemeinsam mit den Bezirksvertretungen erarbeitet und alle Neuanlagen bzw. Umgestaltungen von Grünanlagen aus dem jeweiligen Bezirksbudget finanziert.

Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 4.965 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung der Gartenbesitzer wurden ein Vortrag, eine Filmvorführung sowie drei Baumschnittkurse veranstaltet. Weitere Kurzinformationen wurden anlässlich des Besuches von 65 Fachberatersitzungen und 24 Vereinsversammlungen bekanntgegeben. Aufgrund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/54, wurden 6.662 Sendungen, aufgrund der Verordnung nach dem Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/67, 5.546 Sendungen (Pflanzen, Obst und Gemüse) kontrolliert.

Bäder

Im Jahre 1988 waren 58 städtische Bäder, und zwar 12 Hallenbäder (davon 7 mit angeschlossenem Sommerbad), 10 Sauna- und Warmbäder (davon eines mit Sommerbad), 11 Sommer-, 22 Kinder- und 5 Volksbäder in Betrieb.

Verschiedene bauliche und betriebliche Veränderungen wurden durchgeführt. So wurden die Bauarbeiten für die Errichtung eines Sommerbades zum Hallenbad Döbling in 19, Geweygasse 6, abgeschlossen. Das Bad wurde am 1. Mai eröffnet. Die Bauarbeiten für den Zubau eines Sommerbades zum Hallenbad Simmering in 11, Florian-Hedorfer-Straße 5, wurden im November 1988 begonnen, die Eröffnung wird zu Beginn der Sommerbadesaison 1990 erfolgen. Die Generalsanierung des Kongressbades in 16, Julius-Meinel-Gasse 7a, wurde im Sommer 1988 fertiggestellt, das Bad am 15. Juli eröffnet. Die Sanierungsarbeiten am Sportbecken samt Beckenumgängen und Filteranlagen im Krapfenwaldbad in 19, Krapfenwaldgasse 65–73, wurden im Frühjahr 1988 begonnen, die Sanierungsarbeiten am Sportbecken im Laaer-Berg-Bad in 10, Ludwig-von-Höhnel-Gasse 2, ebenfalls im Frühjahr in Angriff genommen.

In der Saison 1988 waren in den städtischen Bädern mit 4.619.607 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 183.399 oder 4,1 Prozent mehr Badegäste. Auf die Schwimmhallen entfielen 1.365.034 (29,5%), auf die Saunabäder 644.920 (14,0%), auf die Brausebäder 544.048 (11,8%) und auf die Wannengebäder 48.088 (1,0%) Besucher. In die Sommerbäder kamen 1.865.871 (40,4%), in die Kinderfreibäder 144.860 (3,1%) Badegäste.

Die Zahl der Besucher hat im Vergleich zum Vorjahr in den Schwimmhallen (–22.378 oder 1,6%) und in den Saunabädern (–40.167 oder 5,9%) abgenommen. Der Rückgang in den Saunabädern ist vor allem auf die Tarifierhöhung am 1. April zurückzuführen. In den Brause- und Wannengebädern (–31.572 oder 5,5% und –2.408 oder 4,8%) ist die Frequenz schon seit Jahren rückläufig. Die Sommerbäder waren stärker besucht (+246.671 oder 15,2%), ebenso die Kinderfreibäder (+33.051 oder 29,6%).

Wasserbau

Im Rahmen der Gruppe Allgemeines, die sich hauptsächlich mit der Administration der Abteilung befaßt, konnten die Arbeiten auf der Deponie Rautenweg mit der Herstellung des Einfahrtsbereiches, den Arbeiten für die Wasserhaltung und der Ausgestaltung des Randgrabenbereiches erst am 30. Dezember abgeschlossen werden, da außer dem Randgrabenbereich mit der dazugehörigen ersten Berme auch die zweite und dritte Berme ausgestaltet werden mußten.

Am 10. Oktober wurde mit den Arbeiten zur Absicherung der Altlast Heuberggstätten (10. Bezirk) begonnen: Dabei wurden Gasbrunnen und Gasdrainagen zur Sammlung des Deponiegases, eine Dichtwand als nördlicher Abschluß der Deponie gegenüber der angrenzenden Siedlung zur Verhinderung von Gasmigrationen, ein Sammelkanal am südlichen Rand der Deponie zur Sammlung der anfallenden kontaminierten Sickerwässer im Quartärbereich, ein Ableitungskanal für die gesammelten Sickerwässer zur Einleitung in das öffentliche Kanalnetz sowie Quartär- und Tertiärbrunnen errichtet. Die Arbeiten mit einem Kostenaufwand von rund 65 Millionen Schilling wurden, beginnend mit 10. Oktober, in nur 12 Wochen durchgeführt und waren bis auf witterungsbedingte Restarbeiten am 31. Dezember abgeschlossen.

Im Bereich der Gruppe Amtssachverständige wurde neben der laufenden Arbeit, die unter anderem in der Prüfung von 117 genehmigungsfähigen Projekten nach § 104 WRG 1959 und der Kollaudierung von 101 wasserrechtlich genehmigten Anlagen bestand, an 236 wasserrechtlichen, 214 gewerberechtlichen, 38 schiffahrtsrechtlichen und an 141 sonstigen Verhandlungen teilgenommen. Zusätzlich wurden 222 Ortsaugenscheine, Erhebungen bzw. Überprüfungen durchgeführt sowie 61 wasserbautechnischen Stellungnahmen abgegeben.

Laut Schiffspatentverordnung, BGBl. Nr. 120/1936, wurden von Amtssachverständigen 52 Großschiffe, 283 Sportboote sowie 491 Mietboote überprüft, gemäß dem Schiffsanlagengesetz, BGBl. Nr. 12/1973, Schiffsanlagen, die zu den Mietbooten gehören, kontrolliert.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für das Projekt Rechter Donaudamm weitergeführt. Die Arbeiten am Abschnitt II C + D — Innstraße bis zum Gelände der Ersten Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG), die bis zum Vorliegen des Ergebnisses des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum“ vorübergehend eingestellt waren, wurden wieder aufgenommen. Das nun realisierte neue Projekt sieht eine Vorschüttung in die Donau und die Errichtung einer Ufermauer im Bereich der Reichsbrücke vor und trägt damit der Bedeutung dieses Bereiches für die Schifffahrt Rechnung. Stromab der Brigittenauer Brücke ist am Beginn der Vorschüttung eine Insel dem Ufer vorgelagert. Der gesamte Dammabschnitt wird wie die bisher fertiggestellten Bereiche als Naherholungsgebiet ausgestaltet.

Die Bauarbeiten am Rechten Donaudamm Abschnitt 4 A — Lößlweg bis Meiereistraße, Scandic Crown Hotel, — wurden weitergeführt und konnten rechtzeitig zur Eröffnung des Hotels fertiggestellt werden. In diesem Bauabschnitt, der von km RD 5,972 bis km RD 6,322 reicht, wird die Linienführung des Dammes bzw. der seitlichen Begrenzungen einerseits durch die bestehende Uferkante, andererseits durch das Hotel mit seinen Nebeneinrichtungen (Terrasse, Parkplätze, Tennisplätze) bestimmt. Parallel zum Ufer ist ein beleuchteter Treppelweg vorgesehen. Der hochwasserfreie Hauptweg wird landseits des Hotels geführt. Die Anbindung an den Handelskai erfolgt über eine Straßenbrücke, die im Zuge des Hotelumbaus errichtet wurde. Um neuerliche Bauarbeiten im unmittelbaren Hotelbereich bei Errichtung einer Staustufe Wien zu vermeiden, werden im Namen und auf Kosten der Österreichischen Donaukraftwerke AG verschiedene Bauteile (Ufersicherungen, Dichtungen) mithergestellt.

Die Planungsarbeiten bezogen sich auf die Ausführungsplanung des Rechten Donaudammes sowie auf Projektierungen und Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ und der Parteienstellung der Stadt Wien im wasserrechtlichen Verfahren für eine Staustufe Freudenau.

Am linken Donauufer konnte beim Bau des Entlastungsgerinnes im Baulos 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von rund 12 km erstreckt, die letzten Querriegel (Überfahrten für Baufahrzeuge) aus der Neuen Donau entfernt werden. Im Zuge der Ausbau- und Gestaltungsarbeiten stromab der Reichsbrücke konnte das linke Ufer der Neuen Donau vor Kaisermühlen zum größten Teil fertiggestellt werden. Der Oberflächenausbau der Donauinsel in diesem Bereich wurde ebenfalls weitgehend abgeschlossen. Mit dem Ausbau des Segelhafens Süd wurde begonnen. Am Baulos 1, das sich vom Hafen Lobau bis zum Wehr 1 über eine Länge von rund 10 km erstreckt, konnten die Ausbau- und Gestaltungsmaßnahmen auf der Donauinsel und auf der linksufrigen Dammverstärkung im Bereich des Wehres 2 weitgehend fertiggestellt werden. Die Bauarbeiten am Wehr 2 wurden weitergeführt. Die Wehranlage (Gesamtbreite rund 167 m) mit fünf hydraulisch betriebenen Klappenverschlüssen und das auf der Insel gelegene Wartengebäude sowie die Betriebsbrücke, die auch die elektrischen und hydraulischen Steuerleitungen enthält, konnten bis auf geringe Restarbeiten fertiggestellt werden. Durch die Betriebsbereitschaft des Wehres 2 und den genannten Anschluß der Restbaggerarbeiten an der Neuen Donau kann diese nun die ihr zugeordnete Aufgabe der schadlosen Abfuhr von extremen Hochwässern voll erfüllen.

Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs sowohl im Bereich des Südtails der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 100 ha als auch im Bereich der Alten Donau (60 ha) fachgerecht zurückgeschnitten. Erstmals war auch der „Inselstaubsauger“ zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern erfolgreich im Einsatz.

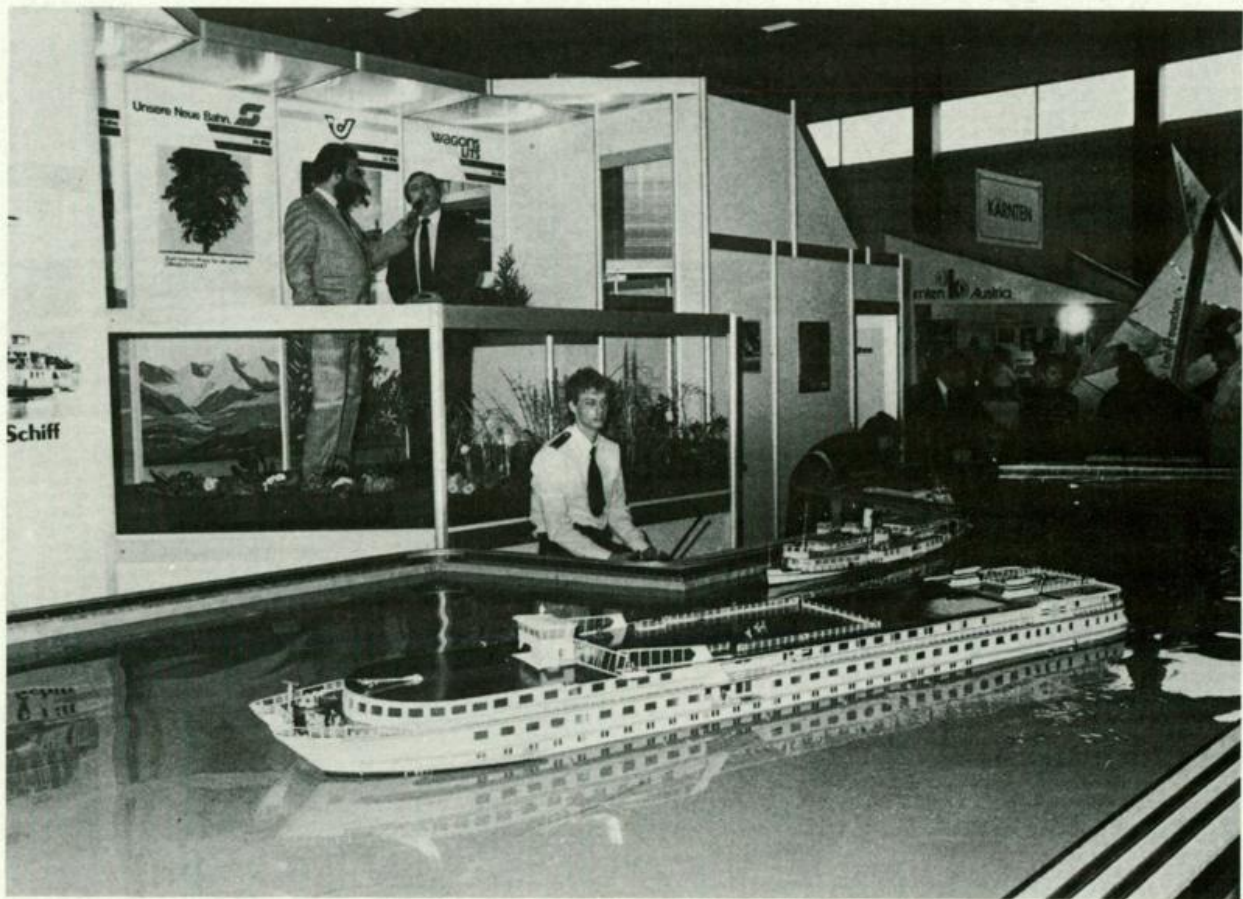
Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht wurden neben der laufenden Arbeit unter anderem Anzeigen hinsichtlich der Gewässergefährdung nach 61 Schadstoff- bzw. Ölunfällen sowie 3 Fälle von Fischsterben überprüft. Im Hinblick auf die komplizierten Sanierungsmaßnahmen war in 41 Fällen der Einsatz der Amtssachverständigen notwendig. Weiters erfolgte die Teilnahme an insgesamt 6 wasserrechtlichen, 386 gewerberechtlichen, 20 baubehördlichen sowie an 75 sonstigen Verhandlungen bzw. Besprechungen. Überdies wurden 1.393 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt. 207 Senkgruben, 254 Kläranlagen und 4 Benzinabscheider wurden durch Augenschein auf ihren Zustand überprüft. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 162 Wasserproben, die Kläranlagen entnommen worden sind, untersucht und ausgewertet. Konnten Mißstände festgestellt werden, erfolgte die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen. Ferner wurden 67 Schottergruben und Planien kontrolliert. Im gleichen Zeitraum mußten 113 Brunnen auf ihren Zustand und die Einhaltung des wasserrechtlichen Konsenses sowie 66 Feuerlöschbrunnen auf ihre Ergiebigkeit überprüft werden. Im Zuge der Altlastenerhebungen und 1.110 Gewässerüberprüfungen wurden 1.236 Wasserproben entnommen und der MA 15 — Institut für Umweltmedizin zur Überprüfung übergeben. 29 Fließgewässer und stehende Gewässer wurden einer turnusweisen Überprüfung unterzogen. In 3 Fällen wurde Fischsterben gemeldet, in 4 Fällen behördliche Auflagen ausgesprochen, 11 Strafanzeigen erstattet und 5 Strafen verhängt. Im Einzugsgebiet des Liesingbaches wurden zahlreiche Betriebsanlagen auf grundwasser- und niederschlagswassergefährdende Produkte und Lagerungen untersucht. Die Ausbreitung der Borverunreinigung, die



Al Bano und Romina Power, die Stars am „Tag der offenen Tür“

Eröffnung des Schönbornparkes





Stadtrat Dr. Michael Häupl auf der Wiener Freizeitmesse

Die hochmoderne Nachrichtenzentrale der Feuerwehr wird durch den Bürgermeister in Betrieb genommen



vom Betriebsgelände der Cheka HandelsgesmbH in 22, Gotramgasse 11, ihren Ausgang nahm, wurde in zwei-monatigen Abständen weiterhin beobachtet. Um die Ausbreitung von chlorierten Kohlenwasserstoffen (ClKW) im Untergrund feststellen zu können, wurden insgesamt 152 Bodenluftmessungen durchgeführt. In den Gebieten 10, Absberggasse, und 16, Herbststraße, in denen man chlorierte Kohlenwasserstoffe im Grundwasser feststellte, wurden weitere Sonden niedergebracht, um die Stelle, an der es zur Verunreinigung kam, zu lokalisieren. Für den Bereich in 2, Handelskai 385, der mit chlorierten Kohlenwasserstoffen verunreinigt ist, wurde ein Zivilingenieurbüro mit der Ausarbeitung eines Sanierungsprojektes beauftragt. Die Verunreinigung des Bodens im Ortskern von Aspern wurde mittels Bodenluftabsaugung behandelt. Am Handelskai (20. Bezirk) wurden im Bereich der Brigittenuferbrücke erhöhte Chlorwerte im Grundwasser festgestellt. Aus vorhandenen Brunnen sowie neu errichteten Sonden wurden Proben gezogen, um die Ursachen der Kontamination feststellen zu können. Da sich im Gebiet der Katastralgemeinde Stadlau eine Aufwärmung des örtlichen Grundwassers zeigte, wurden in 38 Brunnen Temperaturmessungen durchgeführt.

Die Gruppe Hydrologie hat im Rahmen des Hydrographiegesetzes 145 Grundwasser-, Oberflächenwasser- und meteorologische Meßstellen beobachtet und die Daten entsprechend den Richtlinien aufbereitet. Das gesamte Meßnetz der Gruppe umfaßt rund 1.100 Grundwassermeßstellen, 30 meteorologische Meßstellen — an 11 Stellen wird die Temperatur erfaßt — und etwa 20 Pegelstellen an Oberflächengewässern. Auf niederösterreichischem Gebiet wurden am Wienfluß, am Mauerbach und am Tullnerbach vier neue Pegelstellen errichtet, die der Eichung des Niederschlag-Abflußmodells für den Wienfluß dienen. Die Grundwassertemperaturmessungen wurden intensiviert (195 Meßstellen), über die Ergebnisse wurde im Rahmen einer Hydrographentagung referiert.

Die Grundwasserbeweissicherung zum Donauhochwasserschutz — Rechtes Ufer — wurde 1988 abgeschlossen. Die qualitative Untersuchung der Neuen Donau wurde weiter intensiviert und als neuer Untersuchungsparameter die Virologie überprüft. Was die Dotation der Lobau betrifft, wurde der Ist-Zustand durch quantitative und qualitative Simultanmessungen dokumentiert. Für das Kraftwerk Freudenufer wurden Untersuchungen über die Sohlstabilität und den Grundwasserhaushalt in der Neuen Donau, mit und ohne Stau, in Auftrag gegeben und abgeschlossen.

Die Gruppe Schutzwasserbau-Neubau war mit Planungsarbeiten, der Verbesserung des Hochwasserschutzes, Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung sowie vielfältigen Baumaßnahmen für Bäche, Gerinne und den Hafen befaßt. So wurden die Projektierungsarbeiten für die Verbesserung der Abflußverhältnisse am Reumanngerinne (19. Bezirk) sowie im Bereich Dennweg—Nußberggasse abgeschlossen. Mit den Bauarbeiten am Reumanngerinne soll nach Abschluß der Verhandlungen mit privaten Grundeigentümern über deren Beitragsleistung zu den Herstellungskosten begonnen werden. Die Maßnahmen entlang des Dennweges, die in der Herstellung des Muldenprofils und des Auffangschachtes für Niederschlagswässer bestehen, werden zur Zeit durchgeführt.

Im Hafen Kuchelau wurden die Arbeiten zur Instandsetzung des Böschungspflasters weitergeführt und Stiegen hergestellt. Für einen Abschnitt am linken Ufer der unteren Alten Donau südlich der Großen Buchtstraße wurden die Detailplanungen für einen landschaftsgerechten Ausbau genommen und größtenteils fertiggestellt.

Bei der Herstellung des früheren Zustandes der ehemaligen Hafentraße Lobau wurden Maßnahmen für die Gerinnegestaltung am Mühlwasser im Bereich der Ostbahnbrücke und für die Revitalisierung des Kleinen Schilloches durchgeführt.

Die Abdichtung der beiden Teiche im Kur- und Erholungspark Oberlaa nördlich der Kuranstalt wurde abgeschlossen.

Die Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing wurden mit der Errichtung dreier Hochwasserrückhalteanlagen mit Mehrzweckfunktion weitergeführt. Die im Jahr 1984 begonnenen Arbeiten umfassen neben örtlichen Ufererhöhungen auch die Einbindung eines Radweges in die begleitenden Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung.

Von den naturnah ausgestalteten und bepflanzten Rückhalteanlagen wurde nach dem Becken westlich des Wohnparks Alt Erlaa auch die Anlage im Bereich Draschepark fertiggestellt. Die Bauarbeiten am Rückhaltebecken westlich der Triester Straße und in Gestaltungsbereichen wurden weitergeführt, die Hochwasserschutzmaßnahmen in Form einer naturnahen Ausgestaltung im 10. Bezirk ebenfalls fortgesetzt.

Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf — Bauabschnitt Wien — wurde die Herstellung der Grundbuchordnung weitergeführt sowie die Grundwasser-Beweissicherung abgeschlossen.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation der Lobau“, das eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Alarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind die Errichtung bzw. der Umbau von Stauhaltungen sowie die Aktivierung von Altarmen in der Lobau geplant. Da die Umsetzung des Projektes schrittweise und zunächst über einen wasserwirtschaftlichen Versuch erfolgen soll, war vorerst die Erstellung eines Einreichprojektes erforderlich, das 1988 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt werden konnte. Als erste Baumaßnahme wurde die Querung der A22-Donauufer Autobahn mit einem Abschnitt der Überleitung Neue Donau — Alte Donau fertiggestellt — eine Vorleistung, die durch den Baufortschritt der A22 erforderlich geworden war.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau — Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß. In Zusammenarbeit mit

den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer zwischen Wienfluß und U4 im Bereich flußauf der Pilgrambrücke weitergeführt.

Die Zustandsfeststellung der alten Einwölbung des Lainzerbaches, die in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts hergestellt wurde, mußte zurückgestellt werden, da geprüft wurde, ob die Sanierung in den Kompetenzbereich der Stadt Wien fällt.

Die Sanierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer und den Wehren in Hadersdorf wurden fortgesetzt, wobei die Arbeiten im Becken VII fertiggestellt und mit den Abmauerungsarbeiten und der Torkretierung auf der Wienflußseite des Beckens begonnen werden konnte.

Die Regulierungsarbeiten am Halterbach im Bereich Bujattigasse wurden fertiggestellt und die Uferflächen begrünt.

Für den Bereich des Rosenbaches flußab des Dehneparks bis zur Mündung in den Kanal der Abteilung, der Schäden aufweist und bereits in Abschnitten die Böschung zur Dehnegasse gefährdet, wurde die Erarbeitung eines besonders naturnah gestalteten Detailprojektes weitergeführt.

Nach Ausarbeitung eines Vorprojektes zur Herstellung kleiner naturnaher Rückhaltebecken unter Ausnutzung natürlicher Geländemulden im Oberlauf des Kräuterbaches konnte mit der Detailprojektierung begonnen werden. Die Teiche und Biotope, die als Rückhaltebecken auszubilden sind, sollen die Wässer bei Hochwasserereignissen zurückhalten und verzögert abgeben.

Ab Sickerteich „Laimergrube“ konnten die Bauarbeiten an den zwei Beckenabschnitten der Wurzelraumtungsanlage fertiggestellt werden. Mit den Begrünungsarbeiten und der eventuellen Räumung der Sickerfläche soll im kommenden Jahr begonnen werden.

Das Vorhaben „Sickerteich Krottenhofgasse“, in den verunreinigte Oberflächenwässer aus den Weingärten und Straßenflächen des Bisamberges sowie geklärte Abwässer gelangen, da keine Kanalisation besteht, wurde durch Errichtung einer Wurzelraumtungsanlage weitergeführt. Dabei wurde eine Trennmauer zwischen dem Hochwasserrückhalteteil und dem Bereich der Entsorgungsanlage hergestellt. Die Arbeiten an der Anlage konnten größtenteils fertiggestellt werden.

Die naturnahe Teilregulierung der „Dürren Liesing“ im Bereich Pfitznergasse wurde abgeschlossen.

Im Trockengerinne Zemlinskygasse konnte ein geregelter Wasserabfluß hergestellt werden. Die Begrünungsarbeiten im Bereich der Mauer des Kalksburger Friedhofes wurden fortgesetzt. Mit den Sanierungsarbeiten an der Uferstützmauer am linken Ufer der „Dürren Liesing“ wird 1989 begonnen werden, da erst Ende 1988 geklärt werden konnte, ob die Niederösterreichische Landesregierung und die Gemeinde Perchtoldsdorf einen Beitrag leisten.

Die Projektierungsarbeiten zur Sanierung des Asenbauergrabens in Mauer sowie die Einigung mit den betroffenen Anrainern konnten im wesentlichen abgeschlossen werden.

Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Projektierungen sind die Fortsetzung der Arbeiten an der Gewässerkartei für Wien, am Detailprojekt Ufermauersicherung-Dürre Liesing und der Beginn der Dammsanierung im Auslaufbereich des Grünauerteiches zu nennen.

Neue Projekte waren die Erstellung einer naturnahen Variante zum „Projekt 1986 Wlassakgraben“, die Überarbeitung des Vorprojektes Hochwasser-Schutzdamm des Wienflusses zwischen Mauerbach und Bahngasse sowie die weitere Ausarbeitung eines Gefahrenzonenplanes für den Gütenbach; die Schlammräumung im Teich des Volksparkes Laaerberg wurde 1988 abgeschlossen.

Die Schwerpunkte in der Tätigkeit der Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung bildeten auch 1988 wieder die Erfassung, Untersuchung und Absicherung von Altlasten sowie die umfassende Bearbeitung von Grundwasserdaten.

Was die Altlasten und Deponien betrifft, wurden sämtliche Projekte unter der Prüfung von Absicherungsvarianten erstellt. Die Untersuchungen umfaßten jeweils eine Vielzahl von Erkundungsbohrungen, Schürfen, Wasseruntersuchungen, Bodenuntersuchungen, Bodenluftuntersuchungen, Gasmessungen und „Vor Ort“-Erhebungen. Sanierungsvorschläge wurden ausgearbeitet bzw. verschiedene Sanierungsmaßnahmen eingeleitet.

Auf dem Grundwassersektor wurde das Forschungsprojekt WA 1c „Erarbeitung von Grundlagen für einen langfristigen Plan zur Nutzung und zum Schutz des Grundwassers“, das in Zusammenarbeit mit den MA 29 und 39 durchgeführt wird, fertiggestellt. Das Projekt stellt die Basis für eine wasserwirtschaftliche Grundwasser-Datenbank dar und ist der Kern des Grundwasserbewirtschaftungsplanes. Weiters wurde eine Untersuchung zur Grundwasserbilanz im rechten Donauniederungsbereich durchgeführt und Sondenmeßnetzpläne, die die Grundwasserqualität und -quantität sowie die Auswertung von Untersuchungen im Zusammenhang mit der thermischen Nutzung des Grundwassers über Erdwärmesonden betreffen, erstellt. Ferner wurden Maßnahmen zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung für den Schutz tertiärer Grundwasservorkommen im Hinblick auf eine Notwasserversorgung Wiens eingeleitet.

Das auf dem Oberflächengewässer-Gütesektor geplante Pilotprojekt, das die Errichtung einer Meßstation zur Überwachung von Regenwasserkanalsystemen am Liesingbach vorsah, wurde ausgeführt.

Im Zusammenhang mit der Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt wurde an den Planungen, die das Wiental betreffen, mitgewirkt. In der Folge wurden Retentionsuntersuchungen über den Wienfluß durchgeführt und Vorarbeiten zu einer Flutwellenberechnung für den Wienerwaldstausee geleistet.

In einer Reihe von Arbeitskreisen wurde ferner an der Bearbeitung wasserwirtschaftlicher Sachthemen, wie z. B. Bodengrenzwerte bzw. Bodenschutz, Erdwärmesonden und Bodeninjektionen usw., mitgearbeitet und in der Funktion eines wasserwirtschaftlichen Planungsorganes in behördlichen Verfahren eine Vielzahl von Projekten erarbeitet und Stellungnahmen verfaßt. Außerdem wurden zu diversen Gesetzesentwürfen und Richtlinien, die das Wasserrecht, das Altlastsanierungsgesetz (ALSAG), die Bauordnung, die Kanalgrenzwertverordnung sowie Mülldeponien betreffen, Stellungnahmen ausgearbeitet.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Abteilungsleitung stand vor der schwierigen Aufgabe, gleichzeitig den Betrieb führen und umfassende Reformen einleiten zu müssen. Alle Änderungsvorschläge sowie deren Realisierung sollten von der gesamten Abteilung getragen werden. Aus diesem Grund wurde ein Informationsinstrument eingerichtet, das alle wichtigen Informationen und Entscheidungen laufend dem Führungsteam zugänglich macht. In diesem Sinn wurden zwei Besprechungskreise geschaffen; so nimmt an der Direktionssitzung die gesamte Abteilungsleitung und Personalvertretung teil. In den Leiterbesprechungen werden Vereinbarungen zwischen dem Abteilungsleiter und den leitenden Mitarbeitern getroffen. Über das Ergebnis der Direktionssitzungen und Leiterbesprechungen wurden auch die vorgesetzten Ebenen informiert. Bis Ende 1988 wurden insgesamt 81 Leiterbesprechungen und 17 Direktionssitzungen abgehalten. Ferner ist das gesamte Aufgabengebiet der Abteilung in einem Stichwortsystem untergliedert. Sämtliche Vorschläge und Regelungen werden in dieses Stichwortsystem eingeordnet, wodurch ein Nachschlagewerk zu allen Fragen der Abteilung entsteht. Routinearbeit, die gemäß Geschäftseinteilung zu erledigen ist, und Aktionen im Rahmen des Bereitschaftsdienstes sind nicht enthalten. Die Inhalte der Protokolle sind grundsätzlich als Weisung anzusehen, solange kein Einspruch erfolgt. Allen Betroffenen, also den Mitarbeitern der Abteilung und Vorgesetzten, ist durch die Informationen in den Protokollen die Möglichkeit gegeben einzugreifen, um Änderungen herbeizuführen. Gleichzeitig wird die gesamte Abteilung genauso wie der Kreis der Vorgesetzten ständig über die Reformen und sonstigen Aktivitäten am laufenden gehalten.

Durch die Umstrukturierung der Abteilung, neugeschaffene Referate und Aufstockung des Personalstandes ist der Aufgabenbereich der Kanzlei sowohl hinsichtlich der qualitativen als auch der quantitativen Anforderungen gewachsen. Das bestehende Protokoll mußte erweitert, der Postlauf geändert sowie der um rund 100 Prozent gestiegene Anfall von zu vervielfältigenden Drucksorten, Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen usw. bewältigt werden. Hinzugekommen ist auch die laufende Betreuung eines Telefax-Gerätes, das im Kanzleibereich neu installiert wurde. Durch Übersiedlung der Buchhaltungsabteilung VI mußten die freigewordenen Räume für die hinzugekommenen Referate und Bediensteten neu adaptiert und in diesem Zusammenhang auch zahlreiche andere Büroräume mit dem erforderlichen Inventar ausgestattet werden. Die Anschaffung von Diktier- und Wiedergabegeräten für sämtliche Betriebsabteilungen und Referate sichert in Verbindung mit dem IBS-System einen reibungslosen Arbeitsablauf. Ein neuer Dia- sowie ein neuer Overheadprojektor erleichtern die Öffentlichkeitsarbeit, aber auch die Schulung des Personals.

Neben der laufenden Betreuung der Projekte Materialwirtschaft, Auftragsabrechnung und Fakturierung, Kfz-Verwaltung und Personalwesen sowie der Erstellung diverser Auswertungen waren in der EDV folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Änderung der Programme im Bereich des Kfz-Material- und Auftragswesens bedingt durch Änderungen der Haushaltsordnung und Buchhaltungsvorschrift;
- Programmänderungen bei der Nebengebührenerfassung infolge des Einkommensteuergesetzes 1988 sowie Änderungen im Bereich der Überstundenverrechnung (begünstigte und normal versteuerte Überstunden) und der anderen Zulagen;
- Erweiterung der Auswertungen (Statistiken) im Bereich der Müllbeseitigung;
- Erstellung eines Grobkonzeptes über die künftige Datenverwaltung für die Systemmüllabfuhr in Zusammenarbeit mit der MD-ADV, MA 6 und dem Konsulentenbüro Prof. Dr. Vogel;
- IBS-Installationen in den Betriebsabteilungen Technik, Müllbeseitigung, Straßenreinigung und der Kanzlei;
- Einsatz eines Software-Paketes zur Koordinierung der Fahrzeugentfernungen (Wracks, Verzichtserklärungen und Fahrzeuge ohne Kennzeichen) mit der MD-VR;
- Umstellungen im Bereich der Datenerfassung (Materialbewegungen, Auftragsabwicklung, Arbeits- und Tankscheine) auf ONLINE-Systeme.

Für die Abteilungsleitung sind laufend Statistiken und interne Kostenrechnungen zu erstellen, wie z. B. über den Treibstoffverbrauch pro Fahrzeug, Fahrzeuggruppe und Kilometer, die Kilometerleistung der einzelnen Fahrzeug-

gruppen, den Wasserverbrauch von Waschmaschinen, die Sondereinsätze von Fahrzeugen, aber auch Detailauswertungen aus dem Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien sowie Kostenaufstellungen über einzelne Fahrzeuge oder Fahrzeuggruppen.

Bedingt durch die Übersiedlung der Buchhaltungsabteilung VI von den Gebäuden in 5, Einsiedlergasse 2 (Zentrale der Abteilung), nach 12, Pohlsgasse 26, waren umfangreiche Änderungen in den Bereichen Rechnungsprotokollierung, Beleglauf zwischen Buchhaltungsabteilung VI und Abteilung sowie Belege und Drucksorten erforderlich.

Das Vergabereferat als kaufmännische Schaltstelle der Abteilung soll vom „Bestellbüro“ zum echten Einkaufsreferat ausgebaut werden. Durch die Forcierung öffentlicher Ausschreibungen sowie von Preiserhebungen ergaben sich neue Einsichten in den Markt. Man war bemüht, das Wissen bisher beschäftigter Firmen zu erlangen und deren Verkaufsabteilungen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit für die Erreichung der neu gesetzten Ziele — auch im Hinblick auf den zukünftigen europäischen Binnenmarkt — zu gewinnen. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit wird im Jahr 1989 ein Preisspeicher erstellt werden. 1988 wurden 21 Ausschreibungen teils öffentlich, teils beschränkt durchgeführt. Die Ausschreibungen betrafen den Fuhrwerks-Winterdienst, die Altpapiersammlung, den Muldentransport, die Auftau- und Streumittel, die Ausstattung der Mistplätze mit Büro- und Abfallcontainern, die Bewachung, die Abfallsammelbehälter, die Stahllieferung und die Unterstützung neuer Konzepte, wie Kältemittelentsorgung, getrennte Sammlung von Friedhofsabfällen oder das angestrebte Splittrecycling. Insgesamt 3.735 Bestellungen wurden durchgeführt, hauptsächlich für Kfz-Ersatzteile, Schneeketten, Reifen, Treibstoffe, Schmiermittel, Betriebsstoffe usw. Neu waren Bestpreisgarantien von Firmen zur Sicherstellung günstiger Einkaufspreise, fortgesetzt wurden Preisvergleiche, die Kontrolle der Leistungen, Rechnungsprüfungen sowie Inventuren. Im Bereich des Verkaufes wurden vor allem Abnehmer von Altstoffen gesucht, die im zunehmenden Maße aus der getrennten Altstoffsammlung anfallen. Bei 9 Verhandlungen wurden gemeinsam mit der Betriebsabteilung — Technik 143 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte skartiert, wobei die Veräußerung dieser Geräte eine Erlös von 4.291.664 S erbrachte. Die Preisprüfungskommission wurde am 5. Juli 1988 konstituiert. Sie hat zur Aufgabe, die Preisangemessenheit von Vergaben aller Art zu prüfen. 1988 wurden 16 Angebote auf Preisangemessenheit gesichtet.

Gemäß der Geschäftseinteilung ist das Baureferat für die „Grundverwaltung und Erhaltung der abteilungseigenen Betriebseinrichtungen, Gebäude und Grundflächen sowie für die Planung, Errichtung, Erhaltung und Führung des Betriebes öffentliche Bedürfnisanstalten“ zuständig. 1988 wurden über 500 Objekte verwaltet.

Für 24 neu zu benennende Straßen mußten 104 Straßentafeln montiert werden. 220 Straßentafeln wurden gereinigt, bei 1.214 Straßen- und Platzbenennungstafeln waren 8.558 Reparaturen erforderlich. Das Baureferat hat ferner größere Erhaltungsarbeiten durchgeführt. So wurde in der Hauptwerkstätte ein hydraulischer Lastenaufzug im Hauptlager eingebaut, das Dachgeschoß zu einem Lagerraum ausgebaut, ein Kran aufzug im Objekt XVI eingebaut und der Dachraum für das Dienstkleiderlager verkleidet. In der Garage 5 mußten Betonfelder im Bereich des Hofes und der Wagenhallen instand gesetzt, Pflasterarbeiten bei der Hofeinfahrt durchgeführt, ein Schiebetor umgebaut, ein zweites elektrisches Falttor eingebaut und die elektrischen Leitungen verstärkt werden. In der Garage 17 wurden die Dacheindeckung, Heizanlage und die elektrischen Installationen saniert, die Tankstellenüberdachung erneuert, eine Abwasserreinigungsanlage (Rotationssieb) errichtet sowie diverse Maler- und Anstreicherarbeiten im ganzen Garagenbereich durchgeführt. In der Garage 20 wurden die Heizanlage, Pumpen und Leitungen instand gesetzt, ein elektrisches Rollschiebetor eingebaut sowie diverse Maler- und Anstreicherarbeiten im kompletten Garagenbereich durchgeführt. Im Amtshaus in 5, Einsiedlergasse 2, wurden die Steigleitung mit Sicherungs- und Verteilerkästen erneuert, Leitungen für die neuen IBS-Bildschirme installiert sowie diverse Umbau- und Sanierungsarbeiten durchgeführt. In der Müllbehälter-Reparaturwerkstätte wurde das Dach saniert, die Fundamente trocken gelegt und eine Lüftung eingebaut. Eine Naßgruppe in der Unterkunft in 13, Lainzer Straße 168, mußte saniert, ein Betriebsgebäude, Wiegehaus sowie eine Garage auf der Deponie Rautenweg errichtet werden. In der Abfallbehandlungsanlage wurden zwei Bäder und die Bunkerwände saniert, ein Abstellplatz für Container, die Feuerlöschanlage und eine Rotteplatte für die Kompostierung errichtet, ein Schiebetor eingebaut, einzelne Einfahrten, Zufahrten, Tore und Betonfelder im ganzen Bereich der Anlage instand gehalten sowie die Standsicherheitsprüfung durch Ziviltechniker durchgeführt. Ferner wurden die Depots der Straßenreinigung in 19, Feilergasse 3, 13, Dr.-Schober-Straße 14—18, 13, Lainzer Straße 168, 6, Gumpendorder Straße 86, und 1, Fischerstiege, saniert. Weiters waren Fundamente für die Aufstellung von Silos zur Lagerung von Auftaumitteln auf Sandlagerplätzen herzustellen und die laufenden Instandhaltungsarbeiten der Straßenreinigungsdepots und Sandlagerplätze durchzuführen.

Insgesamt 215 öffentliche Bedürfnisanstalten, 27 Pissoire und 55 Trockenaborte standen zur Verfügung. Die 3 fahrbaren Toilettenanhänger waren an 105 Tagen eingesetzt, die 6 transportablen Toilettenanlagen an 1.632 Tagen bei diversen Veranstaltungen und auf Lagerwiesen. 1988 konnten die öffentliche Bedürfnisanstalt auf dem Satzberg (14. Bezirk), 4 Betonfertigteil-WC-Anlagen im Bereich der Neuen Donau errichtet und die öffentliche Bedürfnisanstalt im Volksprater beim Calafattiplatz fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Die Bedürfnisanstalten in 19, Hohe Warte, 2, Mexikoplatz ggü. O.Nr. 24, 6, Linke Wienzeile ggü. O.Nr. 26 und 12, 1, Albertina, Opern- und Babenbergerpassage, Weiskirchnerstraße, sowie in 10, Puchsbaumplatz, wurden saniert. Ferner mußten zahlreiche Schäden, die durch Vandalismus entstanden sind, behoben werden.

Das Planungsreferat hat in Zusammenarbeit mit der WU-Wien und anderen Magistratsabteilungen das Diskussionspapier „Entscheidungsgrundlagen zur Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes“ erarbeitet, das von der Abfallmengenerhebung ausgeht und mögliche sinnvolle Lösungsvarianten für das Entsorgungsproblem aufzeigt. Durch eine ganzheitliche Betrachtung der Abfallproblematik konnte ein zukunftsweises Entscheidungskonzept vorgelegt werden. So mußte im Zuge dieser Arbeit für jede der 36 denkbaren Varianten ein Rechenmodell erstellt und die für die Ausarbeitung notwendigen Daten teils durch Versuche, teils durch Auswertung von vorhandenen Ergebnissen des Betriebes ermittelt werden.

Im Auftrag der Abteilung haben verschiedene Institutionen Gutachten ausgearbeitet, und zwar wurden eine Baurestmassensorgung (Adaption 1988) von der Gesellschaft für umweltfreundliche Abfallbehandlung GmbH durchgeführt und diverse Einzelgutachten zur Deponieproblematik (Filtermaterialien, Deponiegas, Abdeckmittel auf Basis von Emulsionen) von Dr. Strunz, Forschungsaufträge des Ökologie-Institutes, Forschungsprojekte zum Modellversuch „Biotonne“ sowie Analysen (Deponien, Mistplätze) erstellt und am „Abfallwirtschaftskonzept“ mitgearbeitet. Neben den Gutachten wurden einige Versuchsreihen durchgeführt. So läuft in Zusammenarbeit mit mehreren Universitäten auf der Deponie Rautenweg und in der Abfallbehandlungsanlage ein Großversuch mit etwa 120 t/Woche zur Ermittlung des für Wien günstigsten Kompostierungsverfahrens. Ziel ist es, jenes Verfahren zu ermitteln, das unter ökologischen und ökonomischen Aspekten naturnah die Erzeugung von biologisch hochwertigem Kompost ermöglicht. Weiters haben in zwei Großversuchen Privatunternehmen im Auftrag der Abteilung etwa 9.000 t gebrauchten, wiedereingekehrten Streusplitt auf zwei verschiedene Methoden gereinigt und aufbereitet. Die Ergebnisse wurden nach technischen, ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten verglichen. Aufgrund dieser Ergebnisse erfolgte eine Ausschreibung, die bereits im Jahr 1989 das Wiederaufbereiten von gebrauchtem Streusplitt sicherstellen soll. Ferner wurden alle Typen von Streufahrzeugen hinsichtlich Streumenge, Streubreite und Streubild mit Splitt verschiedener Körnung und diversen Tausalzen getestet. In einem anderen Versuch, der mehrere Wochen durchgeführt wurde, konnte eine einfache und umweltfreundliche Methode zur Lösung des Geruchs- und Hygieneproblems in den Toilettenanlagen auf der Donauinsel entwickelt werden; diese Methode wurde für alle Anlagen eingeführt. In einer anderen mehrere Wochen dauernden Testreihe wurden Geruchsüberdecker für Toilettenanlagen getestet und eine Umstellung auf umweltfreundliche Produkte in die Wege geleitet. Für den Winterdienst wurden insgesamt sieben verschiedene Tausalze nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten und zum Teil auch auf ihre Praxistauglichkeit untersucht. Auch die Auswirkung der verwendeten Tausalze auf Karosseriebleche bei unterschiedlicher Betriebsweise wurde in einem Langzeitversuch getestet, in der Folge Richtlinien zur Verbesserung erarbeitet. Um die Umweltbelastung aus dem Werkstättenbereich zu verringern, wurden neue, der ÖNORM B 5104 entsprechende, umweltverträgliche Motorkaltreiniger getestet. Aufgrund dieser Ergebnisse sollen im Jahr 1989 alle Werkstätten und Garagen mit diesen umweltverträglichen Produkten ausgestattet werden. Nach einer Reihe von Versuchen wurde eine Serie von Verbesserungsmaßnahmen zur effizienteren Reinigung von Müllbehältern erarbeitet und deren Realisierung in die Wege geleitet. Zur Umweltentlastung und Wiedergewinnung von gebrauchten Kältemitteln aus Kühlschränken wurde in Zusammenarbeit mit der Industrie eine Anlage zur Kältemittelsammlung entwickelt und in der Abfallbehandlungsanlage aufgebaut. Diese Anlage kann täglich die Absaugung und Verflüssigung von Kältemitteln aus 200 Kühlschränken durchführen. So wird es möglich sein, pro Jahr etwa 2.000 kg Kältemittel zur Wiederverwertung zurückzugewinnen. Schließlich hat die Abteilung auch an der Realisierung des Entsorgungskonzeptes für Krankenanstalten, Labors und Arztpraxen mitgearbeitet.

Seit Herbst 1988 nimmt ein Vertreter der Abteilung am Normenausschuß 157 „Abfallwirtschaft“ teil. Ferner wurden in sieben Fällen zu ÖNORM-Entwürfen und Gesetzesentwürfen Stellungnahmen erarbeitet.

Ziel des Abfallwirtschaftsgesetzes ist die Einbindung der Grundsätze und Ergebnisse des Abfallwirtschaftskonzeptes 1985 in ein neues Gesetz. Dieses unterscheidet sich vor allem vom alten Müllabfuhrgesetz 1965 dadurch, daß vom reinen Entsorgungsgedanken abgegangen wird und ein System zur Bewirtschaftung von Abfällen und zum gezielten Recycling entstehen soll. Am Entwurf dieses Gesetzes hat die Abteilung mitgearbeitet.

Das Planbüro hat im Bereich der Straßenreinigung die Kehrstrecken in Kehrgebiete mit klarer Gebietsfestlegung und Verantwortlichkeit des einzelnen Straßenarbeiters umorganisiert, die Kehrgebietsgrenzen unter Berücksichtigung der Bezirksgrenzen festgelegt und dementsprechend das Personal nach Arbeitsintensität und Gebietsgröße aufgeschlüsselt. Im Bereich des Winterdienstes wurden die Lkw-Routenpläne komplett neugeplant, da das Wiener Straßennetz durch straßenbauliche Maßnahmen, insbesondere Fahrbahnversmälnerungen, immer weniger mit großen Pflug- und Streugeräten bearbeitet werden kann. Die erstellten Pläne setzen sich aus 24 A-Plänen, 185 B-, C- und D-Plänen sowie aus 12 U- und 15 S-Plänen zusammen. In den 24 A-Plänen ist die Betreuung der wichtigsten Verkehrsträger Wiens durch Lastkraftwagen der Abteilung festgelegt, in den B-Plänen sämtliche Straßenzüge, die im Verzeichnis „Straßen mit erhöhter Verkehrsbedeutung“ der MA 46 aufscheinen sowie zusätzlich sämtliche Straßen, die von öffentlichen Autobussen befahren werden. In den C-Plänen sind alle Nebengassen, die noch mit Lastkraftwagen befahrbar sind, zusammengefaßt, in den D-Plänen wichtige Örtlichkeiten der Stadt, in denen der Schnee rasch abtransportiert werden muß. In den U-Plänen sind die Zufahrtswege zu den wichtigsten Einrichtungen der Stadt ausgewiesen, wie z. B. Zufahrten zu Spitälern, Märkten, Feuerwehrstationen, Bezirkspolizeikommissariaten und Fußgängerzonen, in den S-Plänen Straßenstücke, wie z. B. Brücken und Steilstücke, die für den öffentlichen Verkehr

von großer Bedeutung sind und nach Genehmigung mit wirksamen Auftaumitteln behandelt werden. Zur Erstellung eines Wettervorhersagesystems für den Großraum Wien wurden ferner Vorarbeiten geleistet und Kontaktgespräche mit Experten der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik Wien und der Universität für Bodenkultur Wien geführt. Schließlich war an 392 Verkehrsverhandlungen, 157 Projekt- und Einbautenbesprechungen sowie an 22 Koordinationsgesprächen in Bezirksvorstellungen teilzunehmen.

Das Informationsreferat wurde nach der Wintersaison 1987/88 als Servicestelle der Abteilung für die Bevölkerung Wiens geschaffen. Die Hauptaufgaben bestehen in der Information und Beratung der Bevölkerung, in der Betreuung des Mist- und Schneetelefon sowie in der Beratung von Gewerbebetrieben. Während des Winters 1987/88 wurde erstmals das „Schneetelefon“ als Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden der Wiener Bevölkerung eingerichtet. Nach Beendigung des Winters wurde unter der Nummer 55 16 61 das „Misttelefon“ eingerichtet, das unter anderem durch großflächige Aufkleber auf den kommunalen Müllfahrzeugen beworben und von der Bevölkerung sehr gut angenommen wurde. Es konnte sich rasch als unbürokratische Auskunftsstelle etablieren. Im Zeitraum von Anfang August bis Ende Dezember 1988 konnten 18.238 Anrufe verzeichnet werden. Die Anrufer wurden zu allen Fragen der getrennten Sammlung, über den Umgang mit Problemstoffen und die Serviceleistungen der Abteilung, wie z. B. über die Mistplätze, das Abschleppen von Autowracks und den Entrümpelungsdienst, beraten. Die Mitarbeiter sind bemüht, die Anrufer in Richtung Abfallvermeidung, Wiederverwertung und Abfallverringerung zu motivieren. Anfallende Beschwerden wurden, soweit sie nicht selbst erledigt werden konnten, an die zuständigen Betriebsabteilungen der Abteilung weitergegeben. Darüber hinaus ist das Misttelefon im Winter als Schneetelefon eingerichtet und unter derselben Telefonnummer erreichbar. Das Schneetelefon wird bei entsprechender Wetterlage sowohl für die Rückmeldung der über Funk alarmierten privaten Fuhrwerker als auch zur Entgegennahme von Beschwerden eingesetzt. In der Zeit vom 25. Februar bis 11. März konnten an 16 Tagen 708, vom 21. November bis 31. Dezember an 13 Tagen insgesamt 560 Anrufe registriert werden. Außerdem wurden noch rund 250 Anrufe entgegengenommen, die Beschwerden über mangelnde Gehsteigreinigung und diesbezügliche Kompetenzunklarheiten betrafen.

Gemeinsam mit der MA 53 wurde im letzten Quartal des Jahres 1988 eine breitgestreute Inseratenkampagne durchgeführt. Themen waren die getrennte Müllsammlung, der Winterdienst, „Schenken ohne Verpackung“ und die Bewerbung der Aktion „Wir zahlen S 200,— für Ihr Wrack“ in den großen Tageszeitungen. Das Referat erstellt auch einen Pressespiegel aus verschiedenen aktuellen fachspezifischen Artikeln der Wiener Tageszeitungen, die genauso wie verschiedene Fachzeitschriften und themenrelevante wissenschaftliche Bücher zur allgemeinen Einsicht aufliegen. Es ist auch Anlaufstelle für Zeitungen und den ORF. Bei Bedarf wurden die nötigen Drehgenehmigungen besorgt. Ferner wird am Aufbau einer Fotodokumentation gearbeitet. Vorbereitet wurde eine Kurzfassung der Entscheidungsgrundlagen zur Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes, die im Frühjahr 1989 in einer Auflage von rund 40.000 Exemplare erscheinen wird. Diese Broschüre ist eine Information für Lehrer und interessierte Laien. Man hat ferner Gruppen und Schulklassen bei Führungen zu den Mistplätzen, in die Abfallbehandlungsanlage und auf der Deponie betreut. Gemeinsam mit der MA 13 wurde eine „Station“ im Winterferienspiel in der Zeit vom 27. bis 30. Dezember eingerichtet. Es handelte sich um die Aufschüttung eines „Müllberges“ im Haus der Begegnung Leopoldstadt durch die teilnehmenden Kinder. Für einen Schülerwettbewerb, der im Frühjahr 1989 stattfinden soll und gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien veranstaltet wird, wurden bereits verschiedene Vorarbeiten durchgeführt.

Vor Beginn der Wintersaison wurde zur verstärkten Bewerbung der getrennten Sammlung in den neu umgestellten Bezirken jeweils drei Tage einer der drei als Problemstoffsammelstelle ausgerüsteten Citybusse eingesetzt. Diese kamen über Anforderung bei verschiedenen Veranstaltungen, wie Kirtagen, Umweltaktionen, Problemstoffsammlungen in großen Wohnhausanlagen usw., sehr oft zum Einsatz. Regelmäßig wurden — über Anfrage — verschiedene Unterlagen und Broschüren, z. B. zum Thema Kompost, getrennte Müllsammlung, Standorte von Mistplätzen und Problemstoffsammelstellen, für interessierte Bürger, Schulen und Organisationen versandt. Ferner wurden verschiedene Anfragen auch von offiziellen Stellen, wie Bezirksämtern, Bezirksvertretungen und Gewerbebetrieben, beantwortet. Bei der Beratung von Gewerbebetrieben waren die Mitarbeiter bemüht, Anregungen zum Thema „Weg von der reinen Abladementalität — hin zur Wiederverwertung“ zu geben. Zu den weiteren Aufgaben des Referates gehörte auch die Betreuung von drei Aufträgen des Ökologie-Institutes, und zwar mit den Themen „Abfallvermeidung und -verminderung im Haushalt“, „Abfallvermeidung und -verminderung bei Gewerbebetrieben“ und „Möglichkeiten der Verwertung von Altstoffen, die an die Mistplätze angeliefert werden“. Bei diesen drei Arbeiten handelt es sich um Pilotstudien, die im Jahre 1989 in größerem Umfang fortgeführt werden sollen. Auf Anregung der Bevölkerung schlug das Referat auch eine Sammlung von Joghurtbechern vor, die auf den Mistplätzen und Problemstoffsammelstellen durchgeführt werden soll. Eine Sammlung von Textilien für die Erdbebenopfer von Armenien brachte binnen drei Wochen rund 130 t Alttextilien, die mit Lkw und Schiffen in die Sowjetunion versandt wurden. Diese Aktion fand ein großes Echo in der Bevölkerung Wiens und auch in den Bundesländern.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Referates besteht in der Schulung der Platzmeister der 18 Mistplätze. Diese Schulungen umfaßten sowohl alle Bereiche der getrennten Sammlung als auch den Umgang mit Problemstoffen. Die

Schulung und die regelmäßigen Kontrollen der Mistplätze bewirkten, daß ein relativ hoher Reinheitsgrad der Altstoffaktionen erreicht werden konnte.

Im Jahre 1988 wurde die Organisation der Abteilung den neuen Aufgabenstellungen angepaßt und durch die Schaffung eines Planungs- und eines Informationsreferates sowie durch eine Verstärkung des Vergabereferates wesentlich verbessert.

Mit 1. Jänner waren ohne Saisonarbeiter 2.657, mit 31. Dezember 2.645 Dienstposten systemisiert. Diese Reduktion ist mit der Änderung der Systemisierung des Dienstkraftwagenbetriebes zu erklären. Durch eine Aufstockung der Führungsmannschaft konnte das Verhältnis „leitende Mitarbeiter zu Gesamtpersonal“ von 1 zu 147 am Jahresbeginn auf 1 zu 115 am 31. Dezember verbessert werden.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren an 1.270 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen konnten von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 1.804.380 S hereingebracht werden. Für die Beschädigungen von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden 267.230 S eingebracht. Ferner wurden 892 Sondereinsätze (Reinigung nach Verkehrsunfällen, Beseitigung von Ölspuren, Einsätze im Auftrag der Feuerwehr) verrechnet.

Als wesentlichste Neuerung muß das neue Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, vom 29. Juli 1988, gesehen werden. Dazu waren umfangreiche Änderungen und Vorarbeiten für eine reibungslose Durchführung der Leistungsverrechnung erforderlich.

Wesentliche gesetzliche Änderungen in kraftfahrrechtlichen Belangen waren 1988 nicht zu verzeichnen. Da mit 1. Jänner 1989 alle Fahrzeuge über 7,5 t Gesamtgewicht ein Antiblockiersystem haben müssen, hat die Technik bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen und Absprachen mit den Fahrgestellherstellern gehalten.

In der Zentrale wurden verschiedene technische Versuche durchgeführt. Um einerseits die Wendigkeit der Kleinfahrzeuge (Reformmuli), andererseits die universelle Einsetzbarkeit des Fahrzeuges ohne Abbau des Streuers zu gewährleisten, wurde ein neuer Anbaustreuer entwickelt. Die aus Gründen des Umweltschutzes fortgesetzten Versuche mit asbestfreien Brems- und Kupplungsbelegen ergaben zum Teil eine Verdoppelung der Bremsenstandzeiten. Weiters wurde, um die Kosten für Hydrauliköl zu senken, eine neue Filteranlage getestet und angeschafft, die neben der Ausfilterung von Verunreinigungen auch das Wasser vom Öl trennen kann. Dadurch erspart man sich die Erneuerung der Hydraulikölfüllungen bei Wassereintritten. Versuche mit einem Dieselizeusatz und der Einbau eines Verzögerungsgliedes für die Drehzahlerhöhung beim Beladevorgang des Müllwagens, um die Rußemission von Dieselmotoren zu vermindern, zeigten positive Ergebnisse. Ebenfalls zur Verminderung der Schadstoffemission wurden fast ausschließlich nur mehr Rasenmäher mit Katalysator angeschafft. Man begann auch, versuchsweise Biosprit statt Diesel in einem Kleintraktor einzusetzen. Ferner wurden Überlegungen über den Einsatz eines VW-Pritschenwagens mit Elektroantrieb angestellt und entsprechende Gespräche zur Abklärung der Antriebe und der neu entwickelten Zink-Brom-Batterie geführt. Der Einbau von sogenannten Spurstreuern bei 10 Winterdienst-Lastkraftwagen stellen eine Anfahrhilfe bei Glatteis bzw. schneeglatter Fahrbahn dar und ermöglichen den Lastkraftwagen, auch bei Glatteis auf Steigungen den nötigen Vortrieb zu erzielen. Ferner brachte die Ausarbeitung der Software für ein elektronisches Datenverarbeitungssystem (GCS-System) eine einfachere Verrechnung der Einsätze der privaten Winterdienst-Lastkraftwagen. Um die Effizienz des Winterdienstes zu steigern, wurde ein Dreischichtbetrieb für die Winterdienst-Lastkraftwagen eingeführt. In diesem Zusammenhang wurde eine Führerscheinaktion durchgeführt, die den Zweck hatte, Mitfahrer und Straßenarbeiter zu Lenkern für Winterdienst- und Klein-Lastkraftwagen der Straßenpflege auszubilden.

Die Betriebsabteilung — Technik schaffte für die Abteilung Maschinen und Geräte mit einem Investitionsvolumen von 151 Millionen Schilling an, und zwar 24 Müll-, 6 Glasmüll- und 1 Spitalmüllwagen, 1 Papierkorbsammelfahrzeug, 1 Schlammsauge-Lastkraftwagen, 3 Großkehrmaschinen, die im Winter mit Großraumstreuern ausgerüstet werden, 5 kleine und mittlere Kehrmaschinen, 20 Reformmuli mit Anbaustreuern und Schneepflügen, 10 Rasant-Kommunal-Traktoren einschließlich Schneefräsen, Schneeschilder, Streuer und Anhängekehrmaschinen, 8 Lastkraftwagen (VW und Multicar) der 1-Tonnen-Klasse, 3 Winterdienst-Lastkraftwagen, 2 Traktoren für die Deponie einschließlich Güllefaß, Miststreuer und Schneepflüge, 2 Lastkraftwagen für die Deponie einschließlich Sprühaufbauten, 1 Geländewagen für die Deponie, 1 Kleinbus, 15 Personenkraftwagen und Kombi, 1 Wohnanhänger, 8 Radlader für die Abfallbehandlungsanlage und Sandlagerplätze, ferner für die Abfallbehandlungsanlage 1 Mobilkran, 2 Hubstapler, 1 Kompostiermaschine und 1 Siebmaschine, schließlich 26 Lastkraftwagen-Schneepflüge, 6 Schneepflüge für Unimogs, 15 Anhängestreuer für Winterdienst-Lastkraftwagen, 15 Anbaustreuer, 5 Abschleppgarnituren für die Fahrzeugabschleppung, 1 elektronischen Motortester, 250 Funkgeräte und 51 Personenrufempfänger.

Die Abteilung hat insgesamt 545 Mobilfunkgeräte, 25 Handfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale im Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Rautenweg, Schafflerhof und Gerasdorf, der Kfz-Verwahrstelle Eibesbrunnnergasse und die Notfunkanlage in der Zentrale. Wenn diese Geräte ausfallen, werden sie von Privatfirmen repariert. Für die Instandhaltung waren 103 Arbeitsaufträge notwendig. Ferner werden 239 Tonrufempfänger verwendet, die von der Technik repariert und evident gehalten werden.

Eine Überarbeitung des Alarmierungssystems der privaten Winterdienst-Lastkraftwagen erbrachte eine Dreiteilung des Gebietes von Wien. Es ist dadurch möglich, bei entsprechendem Bedarf nur in bestimmten abgegrenzten Gebieten die privaten Winterdienst-Lastkraftwagen zum Einsatz zu bringen. Durch die Technik-Zentrale wurden rund 1.100 Kraftfahrzeuge an- und abgemeldet, ebenso die damit zusammenhängenden Versicherungen, ferner 550 Garnituren neuer Kennzeichen bestellt, die Anträge zur Befreiung von der Kfz-Steuer beim Finanzamt für 160 im Winterdienst eingesetzte Fahrzeuge und die versicherungsmäßige Abmeldung von 31 Fahrzeugen während der Sommermonate durchgeführt sowie 35 Einzelgenehmigungen für diverse neue bzw. umgebaute Fahrzeuge und 74 Routengenehmigungen bei der zuständigen Behörde erwirkt. Für fünf Fahrzeugüberstellungen in das Ausland und diverse Ersatzteillieferungen ausländischer Erzeuger waren die erforderlichen Zollformalitäten zu besorgen. Weiters wurden für Fremdbteilungen 2.880 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen bestellt und die Rechnungen auf die Preisangemessenheit geprüft. 1.680 Fahrzeuge der Abteilung waren für Fremdbteilungen eingesetzt.

Die Abteilung beschäftigte im Laufe des Jahres über Beauftragung durch die Technik-Fahrzeuggestelle für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung 5.874 Kranwagen, 3.156 Kipper, 241 Kehrmaschinen, 1.204 Waschmaschinen, 987 Sauge-Lastkraftwagen, 3.132 Multilift-Transporter, 3.962 Abschlepp-Lastkraftwagen, 844 Bobcat und 1.320 Unimog von privaten Unternehmungen. An eigenen Fahrzeugen waren 313 Kranwagen, 5.544 Kipper, 6.244 Kehrmaschinen, 2.436 Waschmaschinen, 959 Schlammsauger, 1.141 Multilift-Transporter und 1.453 Abschleppwagen für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung eingesetzt. Drei Spezialbusse der Abteilung beförderten täglich 4 körperbehinderte Schüler von und zur Schule, aber auch bei Sonderfahrten. Zusätzlich organisierte die Fahrzeuggestelle den täglichen Transport von 295 körperbehinderten Kindern über ein Privatunternehmen.

Die Fahrzeuggestelle verfaßte die Leistungsverzeichnisse, führte die technische Beurteilung der angebotenen Fahrzeuge durch und vergab die Aufträge für die Schneeräumung, Schneeabfuhr, Fahrzeugabschleppung, Fahrzeugwrackentfernung, Schlammsauger, Kehr- und Waschmaschinen, Kleinlader mit Kehrbesen, Ladegeräte und Laderaupen für den Winterdienst und Katastropheneinsatz sowie die Altpapiersammlung in den Bezirken 2, 21, 22, 16, 17, 18, 11. Gemeinsam mit dem Dezernat 4 der Stadtbaudirektion wurden die Verhandlungen über „Tariferhöhungen 1988“ im Güterbeförderungsgewerbe durchgeführt. 80 Bedienstete bzw. Stellungswerber, die bereits die Lenkerberechtigung der Gruppe C haben, mußten auf ihre Fahrfähigkeit überprüft werden. Weiters wurden für den gesamten Magistrat die Verkehrssteuerabrechnungen, 84 Lenkererhebungen und 74 Sondereinsätze durchgeführt bzw. organisiert. Für die Skartierung der Fahrzeuge, Maschinen und Geräte wurde die interne Vorgangsweise, um die Wirtschaftlichkeit zu steigern, neu geregelt. Für die zum Verkauf vorgesehenen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte wurden nicht nur im Amtsblatt, sondern auch in Tageszeitungen Anzeigen eingeschaltet, wodurch ein größerer Interessentenkreis angesprochen werden konnte.

Das Hauptlager in der Hauptwerkstätte wurde durch den Ausbau des Dachgeschosses um 170 m² vergrößert. Die Reparaturen an den Rasant-Kommunal-Traktoren samt Zusatzgeräten und den Winterdienstgeräten für die Kleinfahrzeuge der Straßenpflege wurden in den Zweigbetrieb der Hauptwerkstätte nach Grinzing verlegt. In der Hauptwerkstätte wurden 2.168 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 152 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 1.722 Stückreparaturen, 1.065 Reparaturen an Schneepflügen und 1.124 Reparaturen an Streugeräten durchgeführt. Weiters erfolgten 1.444 Fahrzeugüberprüfungen gemäß §§ 55 (1)/57 (1) KFG 1967 an den Fahrzeugen aller Magistratsabteilungen, ausgenommen die der MA 68. An 220 Fahrzeugen mußten, da sie nicht durch die Überprüfung kamen, Nachprüfungen durchgeführt werden. Aufgrund von Streuversuchen durch die Hauptwerkstätte wurde der Anhängerstreuer mit „Salznocken“ komplett neu ausgerüstet. Weiters wurden praktische Versuche zur Feststellung der Korrosionseigenschaften von Salz und Plantabon Eisex durchgeführt. Schließlich sichern die laufenden Schulungen des Werkstättenpersonals eine zeitgemäße Lehrlingsausbildung in der Hauptwerkstätte für bis zu 18 Mechanikerlehrlingen.

In den drei Großgaragen wurden Fahrzeuge der Müllbeseitigung (Unternehmerbereich) gewartet, und zwar 223 Müllwagen, 4 Multilift-Transportfahrzeuge, 16 Planier- und Ladegeräte, 14 Radlader und Gabelstapler (davon 1 Leihfahrzeug), 1 Kranrüstwagen, 5 Kübeltauschfahrzeuge, 3 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 1 Tiefladeanhänger, 12 Glassammelfahrzeuge, 5 Spitalmüllfahrzeuge, 34 Kehrmaschinen, 3 Spezialfahrzeuge, 60 Personenkraftwagen-Kombi- und Kastenwagen, 5 Lastkraftwagen für Wechselaufbau, 3 Trinkwasseraufbauten, 14 Kehraufbauten und Anhänger, 14 Traktoren (davon 2 geleast) und 17 Papierkorbsammler. Diese Fahrzeuge und Geräte haben 3.127.801 l Dieselkraftstoff, 31.122 l Vergasertreibstoff, 35.048 l Motoröl, 6.415 l Getriebeöl, 18.204 l Hydrauliköl und 2.179 l Frostschutzmittel verbraucht bei einer Fahrleistung von 5.573.943 km. Dies entspricht einer Steigerung von 12,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Weiters wurden die Fahrzeuge und Geräte der Straßenreinigung gewartet, und zwar 64 Lastkraftwagen mit Schneepflugeinrichtungen (davon 5 Leasingfahrzeuge), 29 Unimog mit Schneeräumgeräten, 4 Vorbaubesen (Anbaugerät für Unimog), 13 Waschmaschinen, 7 Waschaufbauten, die im Sommer auf Winterdienst-Lastkraftwagen aufgebaut werden, ferner 7 Schlammsauger (3 davon explosionsgeschützt), 21 Radlader und Gabelstapler, 3 Autobusse zur Beförderung körperbehinderter Kinder, 89 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar, Eurocar), davon 16 Leasingfahrzeuge, 22 Lastkraftwagen bis 1 t Nutzlast, 411 Streuanhänger, 473 Schneepflüge (davon 47 Leasing), 2 Eisbrecher (1 davon Leasing), 143 Aufbaustreugeräte (davon 2 Leasing), 1 Spezialabschleppanhänger für Multicar, 3 Lastkraftwagen für Fahrzeugabschleppung und

37 Personenkraftwagen-Kombi Kastenwagen (davon 5 Leasing). Die Kilometerleistung der Fahrzeuge der Straßenreinigung (Hoheitsbereich) betrug 2.628.890 km; dies ergibt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 2,6 Prozent. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung benötigten 658.926 l Dieseltreibstoff, 107.940 l Vergasertreibstoff, 14.152 l Motoröl, 2.376 l Getriebeöl, 4.972 l Hydrauliköl und 1.568 l Frostschutzmittel.

Die Garagen haben 2.327 Sondereinsätze (Trinkwassereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinrichtungen, Beseitigung von Straßenverunreinigungen usw.) geleistet, was gegenüber 1987 eine Steigerung von rund 22 Prozent bedeutet. In den Garagen wurden die praktischen Versuche für die Ölfilterung von Hydraulikölen sowie der Einbau von zwei Nebenstromfeinstfiltern für die Motorölsäuberung durchgeführt. Für die versuchsweise Soleausbringung zur Glatteisbekämpfung wurden zwei Waschmaschinen entsprechend adaptiert, infolge mangelnder Kälte konnten die praktischen Versuche jedoch nicht vorgenommen werden. Weiters erfolgten praktische Versuche mit asbestfreien Bremsbelägen und beim Einsatz der automatischen Doppelschüttung.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes umfaßte 99 Personenkraftwagen, wovon 19 an andere Abteilungen verliehen wurden, ferner 13 Busse oder Kombi, von denen sieben anderen Dienststellen zur Verfügung gestellt wurden, sowie 1 Büroanhänger, der beim mobilen Bürgerdienst eingesetzt war. Diese Fahrzeuge legten im Jahr 1988, die verliehenen Fahrzeuge ausgenommen, 1.245.568 km zurück; dies ergibt gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme der Fahrleistung um 5,2 Prozent. An Betriebsmitteln wurden 12.850 l Dieseltreibstoff, 165.754 l Vergasertreibstoffe, 2.112 l Motoröl, 67 l Getriebeöl, 21 l Hydrauliköl und 125 l Frostschutzmittel verbraucht. Um die Wirksamkeit der Katalysatoren in den Dienstkraftwagen überprüfen zu können, schaffte die Abteilung einen neuen elektronischen Prüfstand an und schulte das Bedienungspersonal.

Durch die Neuorganisation und Neuausschreibung der Abschleppung von Fahrzeugen, für die eine Verzichtserklärung in der Abteilung aufliegt, konnten 1988 die Abschleppkosten pro t von 746,34 S auf 571,04 S, das sind 23,5 Prozent, reduziert werden. 1988 wurden 12.079 (1987: 10.795) Fahrzeuge ohne Kennzeichen gemäß § 89 StVO 1960 von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. In dieser Zahl sind 7.678 (1987: 7.126) Kraftfahrzeuge enthalten, die aufgrund von Verzichtserklärungen entfernt wurden. Durch die Veräußerung d.h. Verkauf über das Dorotheum oder Verschrottung, der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks konnten Einnahmen in der Höhe von rund 3,5 Millionen Schilling erzielt werden. Weiters wurden 20.989 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen kostenpflichtig entfernt und 180 Ortsveränderungen durchgeführt. Insgesamt sind dies 21.169 Entfernungen; dies entspricht gegenüber dem Vorjahr (1987: 18.434) einer Zunahme um rund 13,9 Prozent. Die Ausfolgung der abgeschleppten Fahrzeuge einschließlich aller administrativen Arbeiten erfolgt nunmehr rund um die Uhr ausschließlich in 12, Eibesbrunnengasse. Es wurden erfolgreiche Versuche mit privaten Abschlepp-Lastkraftwagen, die pro Einsatz zwei Fahrzeuge abtransportieren, durchgeführt. Für die Abschleppung der Fahrzeuge mit Kennzeichen und der Fahrzeuge ohne Kennzeichen, die sich noch in halbwegs brauchbarem Zustand befanden, waren drei Abschleppfahrzeuge der Abteilung und zwölf Fahrzeuge von Firmen kontinuierlich eingesetzt. Für die Wrackabschleppung („Hülsen“ ohne Verzichtserklärung und Fahrzeuge mit Verzichtserklärung) waren je nach Anfall zwei bis vier Kranfahrzeuge im Einsatz.

Mit der Polizei und der MA 70 wurde ein Arbeitskreis gebildet, der Unterlagen für eine noch effizientere Abschleppung erarbeiten soll. Um dies zu ermöglichen, werden Gesetzesänderungen (Rückhalterecht der Fahrzeuge, kürzere Verwahrungsdauer usw.) und die Installierung einer Aktionsgruppe angestrebt.

Für andere Magistratsabteilungen wurden nach vorhergehender Beratung 443 Fahrzeuge und Geräte angeschafft, und zwar 26 Personenkraftwagen oder Kombi, 45 Lastkraftwagen bis 3,5 t Nutzlast, 20 Lastkraftwagen über 3,5 t Nutzlast, 16 Spezialfahrzeuge (Rettung — Krankentransportwagen und dgl.), 7 Motorräder und Mopeds, 34 Traktoren und Kleintraktoren sowie 295 Geräte und Kleinfahrzeuge (Anhänger, selbstfahrende Arbeitsmaschinen usw.) Für diese Fahrzeuge und Geräte wurden rund 70 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet.

374 Fahrzeuge und Geräte wurden gemäß den §§ 55 (1)/57 (1) KFG 1967 am Einsatzort in und außerhalb Wiens überprüft. Es handelt sich um diejenigen Fahrzeuge und Geräte, deren Transport zur Prüfstraße in der Hauptwerkstätte zu aufwendig gewesen wäre. Ferner wurden rund 3.300 Reparaturenrechnungen von Fahrzeugen und Geräten anderer Abteilungen auf Preisangemessenheit überprüft. In den meisten Fällen war eine Überprüfung in den Reparaturwerkstätten selbst erforderlich.

Die Arbeiten der Müllbeseitigung waren von den Zielsetzungen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes bestimmt. Die Erweiterung der getrennten Altstoffsammlung, die Intensivierung der Problemstoffsammlung, die Einrichtung der Mistplätze und dazu ergänzende Maßnahmen im Mistzelt waren die Schwerpunkte bei der Verwirklichung der angestrebten Ziele. Ein wichtiger Punkt im System der Abfallverringerung und -vermeidung ist eine verursachergerechte Gebührengestaltung, die im Mistzelt erprobt wird. Der Wiener Gemeinderat hat in einer Sitzung vom 30. November 1988, Pr.Z. 3507, ein neues Tarifsystem für die Annahme von Abfallstoffen genehmigt, demzufolge je nach Abfallart und Reinheitsgrad verschiedene Preiskategorien festzulegen sind. Unter dem Motto „je sortenreiner — umso billiger“ sollen bereits am Entstehungsort Anreize zur Vorsortierung geschaffen werden. Mitgewirkt hat die Betriebsabteilung auch beim Entwurf eines Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes, das die Ziele des Abfallwirtschaftskonzeptes berücksichtigen und das Müllabfuhrgesetz 1965 — die zur Zeit gültige gesetzliche Grundlage für die Müllentsorgung — ersetzen soll.

Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985 stellt die konzeptive Grundlage für die Arbeit der Müllbeseitigung dar. Da 1988 wesentliche Teile dieses Programms bereits verwirklicht wurden oder kurz vor dem Abschluß waren, stand dieses Jahr im Zeichen der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes. Dabei wurden die in- und ausländischen Erfahrungen und Entwicklungen der letzten Jahre eingehend betrachtet. An der Prioritätenfolge

- quantitative Abfallvermeidung (d.h. Abfallmengenreduktion) und qualitative Abfallvermeidung (d.h. Einflußnahme auf die Müllzusammensetzung und Reduktion der Schadstofffracht);
- stoffliche, biologische und thermische Verwertung der Abfälle aus dem Haushalt, aus Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen;
- Umweltverträgliche Endlagerung der Reststoffe und Rückstände sowie Minimierung der Umweltbelastung durch die Abfallbehandlung selbst

wurde festgehalten. Neu tritt der Aspekt der Inertisierung von Abfällen hinzu: Damit soll gewährleistet werden, daß abgelagerte Abfälle auch in der Zukunft kein Umweltgefährdungspotential darstellen. Diese Zielsetzungen werden durch die Einrichtung geeigneter Sammel- und Verwertungssysteme für Alt- und Problemstoffe, angepaßte Gebührenordnungen — etwa bei der Abfallbehandlungsanlage —, technische Umweltschutzeinrichtungen bei den Müllverbrennungsanlagen und auf der Deponie sowie durch verstärkte Information der Öffentlichkeit und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verwirklicht.

Von Bedeutung für die Abfallwirtschaft in Wien war 1988 der brandbedingte Stillstand der Müllverbrennungsanlage II Spittelau, wodurch große Mengen Hausmüll in Wien und auf Anlagen in Niederösterreich deponiert werden mußten. Die Kapazität der sanierten Deponie Rautenweg mußte in dieser Situation weit mehr als geplant in Anspruch genommen werden. Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung müssen aus diesem Grund mit höchster Priorität weiterbetrieben werden.

Das Problem der Altlasten gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Sanierung der Altlast „Im Gestockert“ konnte 1988 mit einem Gesamtaufwand von 43,822.769 S abgeschlossen werden. Die Sanierung der Altlasten „Himmelteich“, „WIG 64“, „Heuberggstätten“, „Lackenjöchelgasse“ und „Wienerberg West“ wurden in Angriff genommen.

1988 mußten von den Müllbehandlungsanlagen der Stadt Wien insgesamt 681.727 t Müll verarbeitet werden. In den Aufstellungen werden die Herkunft der Müllmenge sowie die Art der Behandlung dargestellt:

Herkunft der Müllmenge	1988		1987	
	abs.	rel.	abs.	rel.
MA 48 — Müllbeseitigung	554.780 t	81,4	523.005 t	78,0
MA 48 — Straßenreinigung	28.441 t	4,2	39.169 t	5,8
Privatanlieferung zu Deponien	64.506 t	9,4	14.518 t	2,2
Privatanlieferung zum Mistzelt	25.361 t	3,7	81.568 t	12,2
Privatanlieferung zur MVA I	8.639 t	1,3	6.968 t	1,0
Privatanlieferung zur MVA II	—	—	5.649 t	0,8
Zusammen	681.727 t	100,0	670.877 t	100,0

Art der Behandlung	1988		1987	
	abs.	rel.	abs.	rel.
MVA I — Flötzersteig	114.982 t	16,9	102.302 t	15,3
MVA II — Spittelau	—	—	100.825 t	15,0
EBS	6.951 t	1,0	4.802 t	0,7
Mistzelt	49.442 t	7,3	171.473 t	25,6
Muldenzentrale	11.152 t	1,6	4.715 t	0,7
Deponien	499.200 t	73,2	286.760 t	42,7
Zusammen	681.727 t	100,0	670.877 t	100,0

Nicht enthalten in diesen Mengenangaben sind die von der EBS behandelten Sonderabfälle mit Ausnahme der über die Abteilung verrechneten Menge an krankenhauspezifischem Müll und aussortierten Sonderabfällen aus Gewerbe- und Industriemüll von 6.951 t sowie Bauschutt und Aushubmaterial.

Die gesamte 1988 von der Abteilung-Müllabfuhr eingesammelte Müllmenge betrug 554.780 t oder 5,988.106 m³. Diese Müllmenge ist nach den verschiedenen Sammelsystemen aufgliedert, wie folgt:

Sammelleistung der Müllabfuhr	Gewicht in t		Volumen in m ³	
	abs.	rel.	abs.	rel.
Systemmüllabfuhr:				
102-l- bis 4.400-l-Behälter (90% Füllgrad)	459.279 t	52,8	5.393.570 m ³	90,1
Muldenabfuhr (Gewerbemüll):				
12-m ³ -, 20-m ³ -Container	85.072 t	15,3	436.701 m ³	7,3
Lkw-Abfuhr (Sperrmüll)	3.494 t	0,6	30.820 m ³	0,5
Spitalmüll-Abfuhr	6.935 t	1,3	127.015 m ³	2,1
Zusammen	554.780 t	100,0	5.988.106 m ³	100,0

Unter Systemmüllabfuhr versteht man staubarmes Sammeln und Transportieren von Abfällen unter Verwendung aufeinander abgestimmter Abfallsammelbehälter (120-l- bis 4.400-l-Behälter) sowie Abfallsammelfahrzeuge mit Einfüllvorrichtungen nach dem Umleersystem.

Die mit der Systemmüllabfuhr eingesammelte Hausmüllmenge von 459.279 t und deren Abtransport verteilte sich auf die einzelnen Müllfahrzeuge und Schüttsysteme wie folgt:

Schüttungssysteme/Behälter	Müllmenge in %	Müllfahrzeuge	Ladepersonal
120/ 240 l	28,8	72	285
770/1.100 l	61,6	96	192
2.200/4.400 l	9,6	9	18
Zusammen	100,0	177	495

Als Gesamtmüll bezeichnet man jenen Müll, der ohne getrennte Sammlung von Alt- und Problemstoffen zu entsorgen wäre. Der Beitrag, den die getrennte Sammlung über verschiedene Systeme in Wien zur Verringerung der Systemmüllmenge leistet, ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Gesamtmüllzusammensetzung nach Stoffströmen in t	1988		1987	
	abs.	rel.	abs.	rel.
Systemmüll	459.279	88,0	430.194	89,6
Altpapier (MA 48)	19.729	3,8	10.232	2,1
Altglas (MA 48)	11.657	2,2	8.411	1,8
Sonstige Altstoffe (MA 48)	587	0,1	166	0,0
Modellversuch Biotonne	737	0,1	122	0,0
Altstoffe von Mistplätzen	2.306	0,5	—	—
Problemstoffe	766	0,1	601	0,1
Altstoffe (AREC*)	26.868	5,2	30.586	6,4
Zusammen	521.929	100,0	480.312	100,0

*) privater Sammler

Im Rahmen der alljährlich durchgeführten Entrümpelungsaktion zur Reinhaltung der Stadt Wien und des Wienerwaldes wurden 1.749 t Großcontainer an Sperrmüll (1987: 1.720 t) kostenlos entleert. Die laufend durchgeführte Entrümpelungsaktion mit insgesamt 2.877 Entrümpelungen im Jahr 1988 erfolgt gegen Bezahlung durch den Verursacher.

Die neue Form der getrennten Sammlung von Altstoffen nach dem Wiener Abfallwirtschaftskonzept wurde seit 1985 schrittweise eingeführt und war zu Beginn des Jahres 1988 für etwa 594.000 Einwohner im 2., 10., 19., 20., 21. und 22. Bezirk oder rund 40 Prozent der Wiener Wohnbevölkerung eingerichtet.

Dieses Sammelsystem wurde im Laufe des Jahres weiter ausgedehnt. Die intensivierte Altpapiersammlung umfaßte somit zu Jahresende 17 Bezirke mit über 1,3 Millionen Einwohner oder 87 Prozent der Wohnbevölkerung, die Sammlung von Altglas und anderen Altstoffen (Altmetalle und Getränkedosen) alle Bezirke mit Ausnahme der Inneren Stadt. Insgesamt wurden durch die Abteilung im Jahr 1988 31.973 t Altstoffe oder um 70 Prozent mehr als 1987 getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt (1987: 18.808 t); dazu kommen noch 737 t (1987: 121,7 t)

kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle, die im Rahmen des Modellversuchs „Biotonne“ gesammelt wurden. Zur Zeit sind in vier unterschiedlichen Siedlungsstrukturen etwa 18.000 Einwohner an die getrennte Sammlung für kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle (Modellversuch „Biotonne“) angeschlossen. Der Versuch hat das Ziel, schadstoffarmen Kompost zu erzeugen, der auch in der Landwirtschaft und im Landschaftsbau eingesetzt werden kann. Erste Analysen ergaben, daß mit einem solchen nahezu schadstofffreien Kompost zu rechnen ist. Darüber hinaus werden Altstoffe an den Mistplätzen gesammelt und aus dem Industrie-, Gewerbe- und Sperrmüll in der Abfallbehandlungsanlage gewonnen.

Die getrennte Erfassung von umweltbelastenden Substanzen aus den Haushalten dient der Verminderung der Schadstofffracht, d. h. der Entgiftung des Hausmülls. Durch diese Maßnahme werden die Umweltschutzeinrichtungen der Müllverbrennungsanlagen entlastet und die gesammelten Problemstoffe einer umweltgerechten Verwertung oder Entsorgung zugeführt. Sammelstellen sind die 25 besonders ausgerüsteten Container an frequentierten Stellen des Stadtgebietes — häufig an Marktplätzen — und die 18 Mistplätze der Abteilung.

Die Sammlung von Problemstoffen wird durch die Kooperation mit dem Handel verdichtet: Die Abteilung trug die Entsorgungskosten für die 112,9 t (1986: 99 t) in den Wiener Apotheken abgegebenen Altmedikamente sowie für die 24,8 t über den Handel zurückgenommenen Altbatterien. Die Sammelleistung an krankenhausspezifischen Abfällen („Spitalmüll“) betrug 6.935 t (1987: 6.393 t) bzw. 127.015 m³ (1987: 116.730 m³). Die Verbrennung dieses Mülls erfolgte zu 100 Prozent (6.934,9 t) in der Sonderabfall-Verbrennungsanlage EBS.

Zusätzlich zur Entrümpelungsaktion gegen Bezahlung stehen als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten der Wiener Bevölkerung als Serviceleistung 18 Mistplätze kostenlos zur Verfügung. Gewerbeabfälle werden auf den Mistplätzen nicht entgegengenommen. Auf den Mistplätzen stehen 12-m³- bis 20-m³-Mulden für Pappe und Kartonagen, Altmetalle, kompostierbare Abfälle, Altreifen, sonstigen Sperrmüll, Bauschutt und Restmüll sowie Sammelbehälter für Altstoffe und Problemstoffe bereit. Auf diesen Mistplätzen wurden 7.872 t gesammelt. Aus den ersten Ergebnissen einer im Auftrag der Abteilung erstellten Studie kann künftig mit einem Jahresaufkommen von rund 23.000 t pro Jahr gerechnet werden.

Der Betrieb der Sortieranlage für Industrie-, Gewerbe- und Sperrmüll (IGS-Müll) Rautenweg verfolgt nachstehend angeführte Ziele:

- Sichtung des Industrie-, Gewerbe- und Sperrmülls (IGS-Müll) sowie Aussortierung von Sonderabfällen aus IGS-Müll;
- Gewinnung, Zwischenlagerung und Vermarktung von verwertbaren Altstoffen und Altstoffenenergieträgern;
- Volumensreduktion des sperrigen Anteils und Verlängerung der „Lebensdauer“ der Deponie;
- Statistische Erfassung der Müllmengen aus dem Gewerbe- und Industriebereich sowie des Sperrmülls und der zu deponierenden Müllmengen;
- Mechanische Sortierung von Altstoffen (Weißblech- und Aludosen) aus der getrennten Altstoffsammlung.

Im Jahr 1988 wurden 67.723 t altstoffarmer IGS-Müll und — durch Anlagenstillstände betriebsbedingt — 9.925 t altstoffreicher IGS-Müll nach der Eingangskontrolle und Verwiegung direkt zur Deponie Rautenweg verbracht. Aus 52.517 t an altstoffreichen Abfällen, die der Sortieranlage zugeführt worden sind, konnten 17.931 t Altstoffe und 171 t Sonderabfälle aussortiert werden. Die Altstoffe Papier, Pappe, Eisenschrott, Buntmetalle und Styropor werden vom österreichischen Altstoffhandel bzw. von Verwerterbetrieben übernommen. Die Altholzfraktion wird zerkleinert, von Eisenteilen befreit und als Energiehackgut verkauft. Ein Teil befindet sich noch auf Lager. Die aussortierten Kunststoffolien und Leergebinde aus PE-Kunststoff, die normalerweise als Sonderabfall in den EBS entsorgt werden, konnten in der Kunststoffaufbereitungsanlage der Firma Andritz AG zu Regranulat verarbeitet und in der österreichischen Kunststoffindustrie verwertet werden. 61 t ausgeschiedene Müllbehälter (120-l- und 240-l-Behälter aus Kunststoff), die bisher deponiert bzw. in den Müllverbrennungsanlagen verbrannt werden mußten, wurden 1988 zu Mahlgut als Rohstoff für neue Behälter verarbeitet. Am Kompostplatz des Mistzertes erfolgte ferner die Vorbehandlung der biogenen Stoffe, um diese schließlich unter wissenschaftlicher Betreuung auf der Deponie Rautenweg in verschiedenen zu erprobenden naturnahen Rotteverfahren behandeln zu können. Ein wichtiger Schritt zur Vermeidung umweltschädlicher Emissionen von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW) aus angelieferten Kühlschränken und Gefriertruhen usw. war schließlich die Errichtung einer Anlage für die Absaugung verflüssigter Kältemittelgase.

1988 standen Deponien zur Verfügung, auf denen insgesamt 1.610.285 t Abfälle abgelagert wurden, und zwar für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus der Müllverbrennung die Deponie „Rautenweg“ (Deponieklasse 3), für Aushub und Bauschutt die Deponie „Gerasdorf“ (Deponieklasse 2), für Aushub die Deponie „Schafflerhof“ (Deponieklasse 1) sowie für Hausmüll die privaten Deponien „Fischamend“ und „Breitenau“ in Niederösterreich. Bedingt durch den Ausfall der Müllverbrennungsanlage II Spittelau mußten große Teile des Hausmülls deponiert werden. Zur Entlastung der Deponie „Rautenweg“, der einzigen Hausmülldeponie im Bereich der Stadt Wien, standen auch die Anlagen „Fischamend“ für 13.300 t und „Breitenau“ für 78.263 t Müll in Niederösterreich zur Verfügung. Am Rautenweg mußten 476.496 t Hausmüll, 396.779 t Bauschutt- und Aushubmaterial sowie 89.224 t Schlacke und Asche, insgesamt 962.499 t (1987: 728.343 t) Abfälle, deponiert werden. Die im Jahr 1987 begonnenen Arbeiten der Wasserhaltung sowie der Ausgestaltung der Randbereiche auf der Deponie „Rautenweg“

konnten bis Ende 1988 abgeschlossen werden. Die Arbeiten bestanden in der Herstellung eines Sammel- und Retentionsgrabens rund um die Deponie, der Installation des Pumpensystems mit insgesamt 62 Pumpen, der Begrünung der fertiggestellten Böschungen, der Installation eines Beregnungssystems zur Anwachspflege der Begrünung und in der Ausgestaltung eines Sicht- und Lärmschutzdammes. Das Gassammelsystem konnte mit der Errichtung von 70 Gasbrunnen und den dazugehörigen Gassammelleitungen weiter ausgebaut werden. Die Planung der Gasverdichterstation ist abgeschlossen, die Ausschreibung für ihre Herstellung in die Wege geleitet. Die Baulichkeiten (Wiegehaus, Betriebsgebäude und Garagen) sind nach Fertigstellung im Jahr 1988 in Betrieb genommen worden.

In der städtischen Müllbehälter-Reparaturwerkstätte und Kübelwäscherei wurden insgesamt 51.006 Müllbehälter gereinigt, 15.727 Müllbehälter repariert sowie laufend anfallende Reparaturen und Wartungsarbeiten an Einrichtungen und Geräten durchgeführt.

Bedingt durch die Neuorganisation der Straßenreinigung wurde für die gesamte Betriebsabteilung IIa ein neues Organisationsschema geschaffen. Die Neuverteilung der Aufgaben innerhalb der Zentrale sowie Personalneu- und -umbesetzungen waren die Folge. Weiters mußten mit Dienstanweisungen, die es in dieser Form noch nicht gab, die Aufgaben der Kehrbezirksleiter, Aufseher und Platzwarte neu definiert werden. Die Tätigkeiten der Zentrale umfaßten weiters alle kehrbezirksüberschreitenden organisatorischen Arbeiten (auch für den Winterdienst), Verrechnungen, Personalangelegenheiten und Verwaltungsarbeiten.

Die Straßenreinigung wurde im Sommer umorganisiert, um die Einsatzbereitschaft sowie den Personaleinsatz zu verbessern. So gibt es jetzt 12 neuorganisierte Kehrbezirke mit 65 Sektionen, die alle politischen Bezirke einbeziehen, und die Nachtschicht, die als 13. Kehrbezirk geführt wird. Im 1. Bezirk, der aufgrund der hohen Besucher- und Fußgeherfrequenz erstmals als eigener Kehrbezirk ausgewiesen ist, wurde zusätzlich zum Tagdienst, der um 14.30 Uhr endet, eine Nachmittagsschicht bis 19.00 Uhr eingerichtet. Die Nachtschicht, die um 20.30 Uhr beginnt und bis 5.00 Uhr dauert, wird vor allem im 1. Bezirk, aber auch in Marktgebieten sowie in Einkaufsstraßen eingesetzt.

Erstmals wurde im Rahmen der Dezentralisierung den Bezirksvorstehern ein Verfügungsrecht über Kapazitäten der Straßenreinigung eingeräumt. So stehen jedem Kehrbezirksleiter 3 Kleinfahrzeuge mit 45 Mann zur Verfügung.

Die Betriebsabteilung IIa hatte 737 Mann ständiges Personal für die händische Reinigung und als Lenker der Kleinfahrzeuge der Straßenreinigung, 107 Saisonarbeiter und 79.384 Mann, die dreimal wöchentlich als Tagelöhner oder Schneearbeiter eine Leistung von 635.072 Stunden erbracht haben.

Im Stadtgebiet waren 6.705 Papierkörbe mit 50 l Inhalt, 975 Altstadtpapierkörbe mit 20 l, 37 Betonabfallbehälter mit Einsatz, 57 Lamellen mit Einsatz und 37 Elefantfüße aufgestellt. Die Straßenreinigung entleerte die 7.811 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu 3mal täglich. Durch die Aufstellung der Altstoffsammelcontainer wurde die Anbringung von zusätzlichen Papierkörben für die anfallenden Tragtaschen usw. vermehrt erforderlich. Die Umstellung von den Kunststoffpapierkörben auf die gängigen, nicht brennbaren Metallbehälter wurde fortgesetzt.

Bei 7.252 Einsätzen wurden von 34 eigenen Kehrmaschinen 294.020 km, bei 243 Einsätzen von privaten Kehrmaschinen im Auftrag der Abteilung 4.860 km gefahren. Bei 2.953 Einsätzen wurden von 20 eigenen Waschmaschinen 159.335 km, bei 1.237 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 52.324 km geleistet. Ferner werden seit September 1985 Hunde-Reinigungssets über 12 Automaten der Bevölkerung angeboten. Im Jahre 1988 waren es 3.373 Sets. Die regelmäßige Reinigung von insgesamt 37 Brunnen in Verwaltung der MA 7 wurde veranlaßt und überprüft.

Der Journdienst ist wochentags von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen rund um die Uhr wie auch der Funkraum mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt und übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbereitstellungen der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, des Permanenzingenieurs, der Straßenreinigung (wie z. B. Kehrmaschinen, Waschmaschinen) und, wenn der Funkraum der Abschleppgruppe nicht besetzt ist, die Steuerung der Abschleppfahrzeuge. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über den Journdienst. An Wochentagen werden von 6.00 bis 15.30 Uhr alle Agenden bis auf die Abschleppungen von der Betriebsabteilung — Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst 1987/88 wurde bei einer Gesamtschneehöhe von 60 cm eine Schneemenge von 74.250 m³ abgeführt, wobei 34.445 t Streuriesel, 1.015 t Eisex verbraucht wurden. Die Zahl der planmäßigen vollen Einsätze betrug 15, an 3 Tagen kam es zur Salzstreuung. 186 abteilungseigene Fahrzeuge und 185 Lastkraftwagen von privaten Firmen waren mit Winterdienstgeräten der Abteilung eingesetzt.

Aufgrund der Erfahrungen aus dem Winter 1987/88 wurden im Laufe des Sommers folgende organisatorische Änderungen getroffen, die bereits für den Winterdienst 1988/89 ihre Gültigkeit hatten: So wurden neue Routenpläne, ein neues Alarmierungssystem über das „Schneetelefon“ sowie ein neues Programm für die Datenverarbeitung, das die Abrechnung des privaten Fuhrwerkverkehrs vereinfacht, ausgearbeitet, zusätzliche Kleinfahrzeuge (Reform-Muli, Unimog, Rasant-Traktoren) angeschafft, die Wetterinformation durch Einschulung der im Winterdienst eingesetzten Mitarbeiter verbessert und täglich viermal eine aktualisierte Wettervorhersage durch die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik über Telefax übermittelt, ferner eine flächendeckende Schneeräumung nach dem Pflügen und Streuen mit Kranfahrzeugen anhand der Fixpunkte in den Routenplänen eingerichtet, den Bezirksvorstehungen über Kapazitäten des Winterdienstes Verfügungsrechte eingeräumt, Versuche über das Verhalten von

Auftaumitteln sowie über die Wiederaufbereitung von gebrauchtem Streusplitt durchgeführt, ein 3-Schicht-Betrieb für die Winterdienstlenker eingerichtet, ein Einmannbetrieb für Fahrzeuge der Abteilung und des privaten Fuhrwerkes eingeführt sowie der Winterdienst-Fuhrpark zu den Lagerplätzen zugeteilt, um eine gleichmäßige Auslastung zu garantieren.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Betriebsabteilungen der Abteilung anfallen. Die Funkstelle wurde von Kaiser-mühlen in die Zentrale verlegt, so daß der Funkdienst nunmehr konzentriert ist. Der Funkraum der Abteilung ist jetzt rund um die Uhr besetzt, und alle Einsätze wie auch der Winterdienst werden zentral gesteuert. Für notstands-polizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen u. dgl.) wurden 7.888 Ausfahrten durchgeführt und mit den drei dafür eingesetzten Fahrzeugen (VW-Kombi) eine Kilometerleistung von 91.351 km erbracht. Weiters wurden 148 Sonderveranstaltungen (Reinigungen während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhän-gern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlaßt.

Die bestehenden 13 Winterdienstlagerplätze wurden um einen Platz erweitert, der sich in 21, Stammers-dorfer Straße, befindet. Zu den vorhandenen 8 Silos für Auftaumittel wurden weitere 20 Silos mit je 60 m³ Inhalt neu aufgestellt, so daß auf jedem Platz zwei Silos für den Winterdienst bereitstehen. Durch eine organisatorische Umgestaltung der Lagerplätze und bedingt durch die neuen Silos wurden die Wartezeiten bei der Fahrzeugbeladung mit Streusplitt bzw. Auftaumittel erheblich verkürzt.

Im Zuge der Einrichtung der Lagerplätze, die der Bevölkerung auch als Mistplätze ganzjährig zur Verfügung stehen, wurden 10 Plätze neu befestigt und teilweise mit einer Kanalisation versehen. Die Straßenreinigung betreut seit Juli 1988 insgesamt 17 Mistplätze, die Montag bis Samstag von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr geöffnet haben. Mit dem von der Müllbeseitigung betreuten Mistplatz in der Abfallbehandlungsanlage Rautenweg gibt es nunmehr 18 Plätze, die von Juli bis Dezember 1988 von insgesamt 162.640 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperr-müll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten angenommen wurden.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die Abteilung ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder, der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark, der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe sowie der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betreut. Hierzu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Das Ausmaß der Grundflächen, die von der Abteilung verwaltet wurden, betrug, im Bereich des Landes Wien 8.199,1687 ha, im Bereich der Quellenschutzforste 32.220,1562 ha, insgesamt 40.419,3249 ha. Die landwirt-schaftlich genutzten Flächen machten 2.379 ha aus. Die Forstflächen wurden unter Berücksichtigung ihrer spezifi-schen Widmung bewirtschaftet. So wurde im Nahbereich der Stadt, in dem die Bestände in erster Linie der Erholung der Bevölkerung dienen, überwiegend in Form der Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Außerdem wurden zur Förderung der natürlichen Verjüngung Auflichtungen der Bestände vorgenommen. Das Eichensterben, das seit einigen Jahren auftritt, erfordert darüber hinaus stärkere Eingriffe in Eichenrein- und Mischwaldbestände, als dies unter normalen Umständen der Fall wäre. Das Augebiet, das ein ganz spezieller Lebens-raum mit einem üppigen Vegetationsreichtum ist, wird nach der bewährten Methode in Form von kleinflächigen Kahlhieben genutzt, wobei jedoch den ökologischen und erholungswaldorientierten Überlegungen der Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Aspekten eingeräumt wurde. Die Forste in den Quellenschutzgebieten werden in Entsprechung ihrer speziellen Widmung genutzt, wobei ein Hauptaugenmerk auf die Einleitung der Verjüngung überalterter Bestände gelegt wurde. Auch in diesen Forsten wird in zunehmendem Ausmaß die Nutzung in Form von Einzelhieben oder kleinstflächigen Kahlhieben vorgenommen.

Der Holzeinschlag im Jahr 1988 betrug:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	6.878,80	4.940,47	15.110,55	26.929,82
Quellenschutzforste	27.101,22	8.436,88	7.836,38	43.374,48
Zusammen	33.980,02	13.377,35	22.946,93	70.304,30
in Prozent	48,4	19,0	32,6	100,0

Gegenüber dem Jahr 1987, in dem insgesamt 79.769,41 fm geschlägert wurden, bedeutete dies eine Verminderung um 9.465,11 fm (rund 11,9%).

In den Wienerwaldforsten hat der Einschlag gegenüber 1987 um 1.692,81 fm zugenommen, was in erster Linie auf die Notwendigkeit der Schlägerung der von der Eichenwelke befallenen Eichen zurückzuführen ist. In den Quellenschutzforsten war bei allen Holzsortimenten eine Einschlagsminderung zu verzeichnen, die insgesamt 11.157,92 fm betrug. Der Anteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag lag mit 48 Prozent unwesentlich niedriger als im Vorjahr, der Anteil des schwer absetzbaren Brennholzes nahm gegenüber 1987 etwas zu.

Die Holzabgabe dient im Bereich der I. Wiener Hochquellenwasserleitung vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang, in den übrigen Verwaltungen wurde das anfallende Holz vermarktet.

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	11.875,26	14.455,00	26.330,26
Quellenschutzforste an Fremde	26.726,20	7.726,40	34.452,60
an das Sägewerk Hirschwang	8.814,41	—	8.814,41
Zusammen	47.415,57	22.181,40	69.597,27

Die Preise am Holzmarkt steigen seit Mitte 1988, vor allem für die Nadelrundholzsortimente der oberen Stärkeklasse (Media 3a, 3b). Mit Schwach- und Braunblochen sowie astiger Ware (C-Bloche) werden nach wie vor unbefriedigende Erlöse erzielt. Dieser Umstand hat zur Folge, daß der Preisauftrieb nur in der Haubarkeitsnutzung und in Form einer den Käuferwünschen entsprechenden Länge- und Stärkesortimentierung zur Wirkung kommt. Der derzeit im städtischen Waldbesitz praktizierte Übergang zur Einzelstammentnahme im Wege der Durchforstung läßt keine wesentliche Steigerung der Einnahmen zu, zumal das Schleifholzkartell die Abnehmerpreise seit Jahren durch Billigimporte in der Nähe der Gesteungskosten halten kann. Eine Änderung dieser Situation wird sich erst durch die nunmehr erfolgende Kapazitätsausweitung der Papierindustrie ergeben. Unbefriedigend ist die Preisentwicklung weiterhin am Laubholzsektor, da das Eichensterben (Welkekrankheit, Mistelbefall) und die Immissionseinwirkungen zwar keine Beeinträchtigung der technologischen Eigenschaften, jedoch den Verlust der usancenmäßig erforderlichen Farbqualität bewirken. Auch die Preise für Brennholz lassen infolge ihrer Abhängigkeit vom Heizölangebot und dem milden Winter eine sinkende Tendenz erkennen. Um einen Preisverfall zu verhindern und im Hinblick darauf, daß der Heizwert des Hartholzes nach längerer Lagerdauer zunimmt, wurden größere Kontingente auf Lager genommen. Die Preise für Schnittholz stiegen 1988 von 200 bis 400 S/fm. Dies betrifft jedoch nur Erzeugnisse der Güteklasse 0—III und Spezialdimensionen. Die sogenannte Bauware sowie mindere Sortimente werden laufend von Billigimporten unterboten. Ausgelöst wurde der zwar seit langem erhoffte, jedoch zu einem unerwarteten Zeitpunkt einsetzende Preisanstieg durch eine Belebung der traditionellen Auslandsmärkte sowie durch eine bedeutende Erweiterung des Anwendungsbereiches für Schnittholz im Bauwesen (Leimbinder, Vollholzplatte, Fenstererzeugung usw.). Hierzu dürften auch die Abkehr von der verschiedentlich mit Immissionen behafteten Spanplatte und die Wiederentdeckung des Massivholzes als körperfreundlichen Baustoff nicht unwesentlich beigetragen haben. Im Jahr 1988 wurden insgesamt 9.694 fm verschnitten, um 20 fm mehr als im Vorjahr. Die Schnittholzmenge betrug 6.471,219 m³; das entspricht einer Ausbeute von 66,75 Prozent. Abgegeben wurden 6.552,654 m³. Somit konnte eine geringe Vorratsmenge des Vorjahres abgebaut werden.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte der Anbau in der bewährten Form. Auf einer Bestellfläche von 1.788 ha (ohne Weinbau) wurden 1.285 ha (71,90%) Getreide, 255 ha (14,20%) Ölfrüchte, 20 ha (1,10%) Körnerleguminosen, 14 ha (0,80%) Mais, 178 ha (9,90%) Hackfrüchte, 26 ha (1,50%) Hülsenfrüchte und 10 ha (0,60%) Gemüse angebaut. Die Fläche an Weingärten betrug 32 ha. Durch optimale Witterungsverhältnisse während der Vegetationszeit und das Ausbleiben von Frostschäden bei den Wintersaaten konnte bei Getreide mengenmäßig das beste Ergebnis seit Bestehen des Landwirtschaftsbetriebes erzielt werden. Auch die Qualität war hervorragend, was sich beim Erlös auswirkte. Bei den Alternativkulturen (Raps, Körnererbse, Sojabohne) konnten ebenfalls gute Erträge erzielt werden. Die Sojabohne wurde im Rahmen einer vom Bund geförderten Kontraktion in den Anbauplan aufgenommen. Der Ertrag der Zuckerrüben lag, da während der Vegetationszeit der Niederschlag und hohe Temperaturen ausblieben, unter dem des Vorjahres. Gravierende Änderungen, insbesondere in der Getreidewirtschaft, brachte die Marktordnung, die mit 1. Juli 1988 in Kraft getreten ist. Sie bestehen in der Aufhebung der amtlichen Preisregelung für Brotgetreide. An deren Stelle wurden Richtpreise eingeführt, die im Rahmen der Aktionen des Bundes (Lageraktionen für Kontraktgetreide) abgesichert sind. Diese Richtpreise gelten nur für bestimmte limitierte Mengen. Übermengen an Weizen und Roggen können nur als Futtergetreide übernommen werden. Die Erzeugernettopreise wurden für Weizen und Mais leicht abgesenkt, für Gerste, Hafer und Leguminosen hingegen entsprechend angehoben. Die Preis- und Absatzsicherung ist nur für Lieferungen bis 30. September (bei Mais bis 31. Dezember) gesichert.

An landwirtschaftlichen Produkten wurden 1988 5.765 t Getreide, 96 t Mais, 371 t Raps, 7.002 t Zuckerrüben, 124 t Sonnenblumen, 107 t Grünerbsen, 73 t Grüne Bohnen, 583 t Kartoffel, 35 t Sojabohnen, 79 t Körnererbsen, 12 t Zwiebel, 26 t Gurken, 29 t Karotten, 41.000 Bund Radieschen sowie 1.020 hl Wein erzeugt.

Bei den Aufforstungsarbeiten war nach wie vor die Notwendigkeit gegeben, Nachbesserungen in den Kulturflächen der letzten Jahre vorzunehmen, da durch trockene Witterung und andere Faktoren (Wild) die Ausfallsrate immer noch relativ hoch war. In den Quellenschutzforsten mußten 244.300 Pflanzen als Ersatz für abgestorbene Bäumchen gesetzt werden (1986: 242.450, 1987: 418.700). Gegenüber dem Vorjahr zeichnete sich somit eine Besserung ab. Im Wiener Raum mußten 52.900 Pflanzen nachgebessert werden (1987: 55.500). Insgesamt wurden 1988 nachstehend angeführte Zahl an Pflanzen versetzt:

	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	139.800	79.800	219.600
Nachbesserungen	201.700	95.500	297.200
Neuaufforstungen (Ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	—	2.400	2.400
Zusammen	341.500	177.700	519.200

Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Abnahme um 218.000 Pflanzen, die in der schon genannten Verringerung der Nachbesserungen begründet ist. Wie bereits in den letzten Jahren wurde in den Quellenschutzforsten der Laubholzanteil der versetzten Pflanzen stark forciert — er beträgt 24 Prozent —, was sehr deutlich die Bestrebungen zur Begründung standortgerechter stabiler Mischwaldbestände zum Ausdruck bringt. Im Bereich der Wälder in Wien lag der Laubholzanteil mit 80 Prozent erwartungsgemäß hoch. Die Schäden am Wald durch Windwurf, Insekten, Eisbruch und Lawinen hielten sich 1988 im üblichen, durchaus vertretbaren Rahmen. Besorgniserregend ist, wie bereits angeführt, das unvermindert anhaltende Eichensterben im Wienerwald. Da keine Gegenmaßnahmen bekannt sind, bleiben als einzige Möglichkeit die unverzügliche Schlägerung und Abfuhr der sichtbar befallenen Bäume.

Die durch Verbiß und Rindenschälung verursachten Wildschäden konnten durch mechanische und chemische Kulturschutzmittel sowie durch die Errichtung von Zäunen in Grenzen gehalten werden. Der Wildbestand wurde unter Berücksichtigung der jagdlichen Bewirtschaftung der Reviere weiter reduziert. Durch die Anlage von Wildäsungsflächen und Wildäckern ist man ferner bestrebt, die Verbißschäden in forstlichen Jungwuchsflächen zu reduzieren. Da sich die Wintergatter in der Forstverwaltung Naßwald voll bewährt haben, ist die Anlage weiterer Gatter in den Forstverwaltungen Hirschwang-Stixenstein (Revier Gahns) und Wildalpen geplant. Der Wildbestand betrug, laut den im Laufe des Fütterungszeitraumes 1988 mehrmals durchgeführten Zählungen, in den Eigenjagdgebieten, wie folgt:

Wildart	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Rotwild	237	1.391
Rehwild	1.047	1.412
Gamswild	—	2.118
Muffelwild	856	30
Damwild	245	—
Schwarzwild	1.003	—
Steinwild	—	100

Die Fallwildquote war auch 1988 trotz eines milderen Winters außergewöhnlich hoch, lediglich beim Gamswild reduzierte sich der Ausfall auf weniger als die Hälfte des Vorjahres.

Der Gesamtabgang (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahr 1988

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	35	485	520
Rehwild	277	520	797
Gamswild	—	516	516
Muffelwild	84	10	94
Damwild	29	—	29
Schwarzwild	1.070	—	1.070
Steinwild	—	8	8

Die Wildbreterlöse haben nach den Einbrüchen der letzten zwei Jahre, bewirkt durch den Reaktorunfall in Tschernobyl im Jahr 1986, wieder das gewohnte Niveau erreicht. Die Nachfrage ist zufriedenstellend. Auch nach Einzelabschüssen herrschte rege Nachfrage, die erfreulicherweise alle Preiskategorien betraf.

Die Forstaufschließung kann als abgeschlossen betrachtet werden. Zur Feinerschließung und zur Verringerung der Rückedistanzen werden vereinzelt Forststraßen zweiter Ordnung, überwiegend in Form von Stichwegen, angelegt. 1988 wurden in der Forstverwaltung Hirschwang-Stixenstein 1.162 lfm Forststraßen hergestellt. In zunehmendem Maße werden zur Rückung des Holzes mobile Seilkrananlagen verwendet, da sie einerseits die größtmögliche Schonung des verbleibenden Bestandes und der Bodennarbe gewährleisten, andererseits die Bringung von Holz aus unzugänglichen Waldorten erst ermöglichen. 1988 wurden 14.320 fm Holz mit Hilfe von Seilkränen geliefert.

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und anteilmäßig, auf folgende Arbeiten:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Holzgewinnung	9,85	13,13
Kulturarbeiten	14,28	4,85
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	3,41	5,24
Gebäudeerhaltung	13,79	16,57
Erholungswaldmaßnahmen	12,87	—

Der auffallend niedrige Anteil an Holzgewinnung und Kulturarbeiten erklärt sich aus der Tatsache, daß für zeitaufwendige Arbeiten, wie z.B. Durchforstungen, Kulturarbeiten und Dickungspflege, Fremdfirmen herangezogen werden. Nur so ist der z.B. für Kulturarbeiten in kürzester Zeit zu erledigende enorme Leistungsumfang zu bewältigen. Außerdem werden auf diese Weise in den Monaten, in denen weniger Arbeit anfällt, Leerläufe vermieden.

Die Untersuchungen über die neuartigen Waldschäden wurden durch Ermittlungen der Abteilung sowie durch Vergabe von Forschungsaufträgen an zahlreiche wissenschaftliche Institute in verstärktem Maße weitergeführt. Die Voruntersuchungen zum Projekt „Waldbodensanierung Wienerwald“ des Institutes für Forstökologie (Prof. Glatzel) ergaben, daß die Hypothese, nach der zunehmende Wildschäden durch Bodenversauerung entstehen, im Untersuchungsgebiet nicht bestätigt werden kann. Die gemessenen pH-Werte sind für bodensaure Eichenwälder typisch. Der schlechte Zustand der Altbestände ist zum Teil auf Überalterung, zum Teil auf die Eichenmistel zurückzuführen. Untersuchungen des Wasserhaushaltes durch das Institut für Forstökologie (Prof. Krapfenbauer) ergaben, daß das Aufnahmevermögen aufgrund der Schädigung stark vermindert ist, obwohl hohe Bodenwasserhalte im Bereich der geschädigten Bäume festgestellt werden konnten. Der Einfluß von schädlichen Luftverunreinigungen auf die Vegetation muß noch näher untersucht werden. Im „Walddüngungsversuch Hirschwang-Gahns“ (Prof. Glatzel) zeigte sich, daß der allgemein schlechte Gesundheitszustand der Altbestände auf Nährelementmangel durch Nährstofffixierung in der Auflage zurückzuführen ist.

Zur Feststellung des Waldzustandes anhand von Infrarot-Luftbildern wurde das Projekt „Luftbildinterpretation Quellenschutzforste“ (Umweltdata-GesmbH) eingeleitet. Die Teilabschnitte Bildflug, Felderhebungen, Interpretationsschlüsselerstellung wurden bereits abgeschlossen.

1988 konnte festgestellt werden, daß sich der Zustand der schwach geschädigten Bäume etwas gebessert hat, bei den Buchen hat sich vor allem der Kronenzustand deutlich geändert (70% guter Kronenzustand gegenüber 39% im Vorjahr), während bei den Eichen nur eine unwesentliche Besserung festgestellt werden konnte. Diese Aussagen beruhen auf den Ergebnissen der Waldzustandsinventur, die von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt österreichweit durchgeführt wird und in Wien 19 Referenzflächen umfaßt.

Unter dem Titel „Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels“ konnten im Verlauf des Jahres 1988, ausgehend vom „Aufforstungsprogramm“, weitere 14,8 ha aufgeforstet werden. Die meisten dieser neubewaldeten Flächen (8,7 ha) liegen im 22. Bezirk, die restlichen Flächen (6,1 ha) verteilen sich auf den 10., 18., 19., 21. und 23. Bezirk. Insgesamt wurden 164.660 Stück Bäume und Sträucher gepflanzt.

Bei den Jungbürgerfeiern wurde am 26. Oktober im 22. Bezirk an der Wagramer Straße von Jungbürgern ein Wald gepflanzt. Dies war eine Aktion, die die MA 13 und MA 53 gemeinsam durchgeführt haben.

Im Rahmen des „Landschaftsgestaltungsprojektes Wienerberg-Ost“ konnten weitere zwei Bauteile zum Abschluß gebracht werden. Dem Landschaftsplan entsprechend wurden Geländemodellierungen, Aufforstungen sowie die Anlage von Wiesen und Wegen durchgeführt. Am 5. und 6. November hatte die interessierte Wiener Bevölkerung die Möglichkeit, an der Aufforstung teilzunehmen. Dies war eine Aktion, die gemeinsam mit der Bezirksvertretung 10 durchgeführt wurde.

Zur Information der in steigendem Maß an den Vorgängen in der Natur interessierten Bevölkerung Wiens und um die Waldbesucher über die notwendigen Verhaltensregeln in den Erholungsgebieten aufzuklären, wurde die Öffentlichkeitsarbeit in verstärktem Umfang weitergeführt. So wurde in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien die „Woche des Waldes“ vom 18. bis 24. April unter dem Motto „Tu was für den Wald“ durchgeführt. Zum Abschluß der Woche wurde zusammen mit der MA 13 und der MA 53 der „Wiener Waldtag“ auf dem

Wilhelminenberg abgehalten. Diverse Familiensonntage und Ferienspiele wurden mit der MA 13 veranstaltet. Gemeinsam mit verschiedenen Organisationen, dem Bundesheer und der Naturwacht wurden mehrere Säuberungsaktionen in den Erholungsgebieten durchgeführt.

Mitarbeiter der Abteilung nahmen an mehreren wissenschaftlichen Seminaren insofern aktiv teil, als sie Vorträge hielten, so beim Waldkongreß 1988, bei mehreren Seminaren und Symposien an der Universität für Bodenkultur und an der Technischen Universität, beim Lehrerseminar des Pädagogischen Institutes usw. Weiters wurden Vertreter in- und ausländischer Institute, von Vereinen sowie Delegationen durch die Neuaufforstungen, Naturschutzgebiete und die Quellenschutzforste geführt: Es waren dies unter anderem ungarische und russische Forstexperten, Vertreter der Bezirksforstinspektion Lienz und Neunkirchen, des Forstvereines für Niederösterreich und Wien sowie Schweizer Forstexperten. Lehrwanderungen mit Schülern und Studenten sowie Vorträge in Schulen wurden auf Wunsch durchgeführt. Schulen wurden die fachliche Beratung und Mithilfe bei der Anlage von Biotopen und Gehölzlehrpfaden im Schulgebäude angeboten. Die Erholungseinrichtungen wurden laufend instand gehalten, Fehlbestände ergänzt. Mitarbeiter haben schließlich über die Presse die Öffentlichkeit informiert, und zwar über Waldschäden, Erholungswaldanlagen usw.

Im Jahr 1988 wurde das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau in die Abteilung eingegliedert, dessen Aufgabe die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, die Untersuchung seines volkswirtschaftlichen Stellenwertes und die Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen ist. Das Institut war ferner in diversen Kommissionen und Arbeitskreisen an der Erstellung von Richtlinien und Regelungen beteiligt. Es betreute Dissertationen bzw. Diplomarbeiten, beantwortete 93 schriftliche und 243 telefonische Anfragen. 51 Referate wurden abgehalten. 30 Publikationen dokumentieren die wissenschaftliche Arbeit des Institutes; 9 waren im Druck, 7 weitere in Vorbereitung.

Sportangelegenheiten

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurde dem ASKÖ-Landesverband Wien eine zweite Baurate in der Höhe von 7,100.000 S für den Bau einer Eishalle auf der Sportanlage „Eisring Süd“ in 10, Windtenstraße, zur Verfügung gestellt. Die Union erhielt 2,020.000 S und der ASVÖ 615.000 S für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich 800.000 S. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt — 150.000 S —, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 400.000 S angewiesen. Für die im Jahre 1977 ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern wurden 1988 400.000 S aufgewendet. Es fanden drei Sitzungen des Präsidiums und vier des Landessportrates statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 15. Dezember 1988 seine Vollversammlung ab, der Fachausschuß trat viermal zusammen.

Die Aktion „Komm zum Sport“ wurde 1988 erstmals in der Form durchgeführt, daß ausschließlich Amateurevereine in 10 verschiedenen Sportarten gefördert wurden. Die Vereine kamen nur dann in den Genuß der Subvention, wenn sie selbst Aktivitäten zur Hebung des Zuschauerinteresses setzten und eine gewisse vorgegebene Mindestzuschaueranzahl erreichten.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1988 19 Jugendspielplätze und 18 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen wurden. Die neun von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb kostenlos zur Verfügung gestellt. Weitere sieben Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlage in 10, Triester Straße, Laxenburger Straße—Heuberggärtenstraße,

Franz-Koci-Straße, in 16, Kandlerstraße 38, Roterdstraße, und in 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt.

Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Auf dem Cobenzl wird von der Stadt Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt den Service. Aufgrund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, im Gelände des Böhmisches Praters in Oberlaa, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

Presse- und Informationsdienst

Über das Fernschreibnetz der Austria Presse-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.246 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfaßte 2.640 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliederte sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgesehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitschriften sowie an andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erstellt. Im Jahre 1988 wurden 196 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Pressinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenates im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt. Zusätzlich waren 178 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, mit Redakteuren des PID zu besetzen. Wöchentlich wird eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese Wochenübersicht „RK-intern“ wurde in rund 2.000 Exemplaren im PID verfaßt, gedruckt und aufgelegt. Zum Bezieherkreis gehören leitende Beamte, städtische Funktionäre sowie Interessenten im In- und Ausland. Im Rahmen des Medienservices wurden insgesamt 30.121 Aussendungen mit Fotos an Zeitungen, Zeitschriften usw. verschickt, darüber hinaus 693 Fototermine wahrgenommen.

Zu bestimmten Themen erschienen 18 Ausgaben der „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar: „Abschließende Empfehlungen der Jury des Wettbewerbes Chancen für den Donaauraum“, „Wien 1938“, „Tag des Gedenkens an den März 1938“, „Fünf Jahre zweite Ausbauphase der Wiener U-Bahn“, „Konferenz ‚Gesundheit in Städten‘ in Wien“, „Rechnungsabschluß 1987“, „Ergebnisse des ‚Wiener Risikokinderprogrammes‘ Bilanz der Familienhebammen“, „Wiens städtische Krankenanstalten 1987“, „Chancen für den Donaauraum“, „Weltausstellung 1995 — Standortbewertung“, „Tag der offenen Tür 17. September 1988“, „U3-Tunnel-Begehungen/Bellaria—Stephansplatz“, „Umweltbewußt Einkaufen“, „Standortentscheidung Wien ‚EXPO 95‘“, „Studie des Ökologie-Instituts über das Atomkraftwerk Temelin“, „Enquete ‚Mensch und Tier in der Großstadt‘“, „Enthüllung des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus“, „Wiener Straßenbauvorhaben im Jahr 1989“ sowie „Wiener Gesundheitsbericht 1987“. Ferner wurden zu diversen Themen 507 Flugblätter in einer Auflagenhöhe von etwa einer Million Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt werden. Für diesen Zweck wurden zum einen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, die „Neue AZ“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, die „Volksstimme“, das „Volksblatt“ und „Der Standard“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Salzburger Nachrichten“, „Oberösterreichische Nachrichten“, „Oberösterreichisches Tagblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden unter Berücksichtigung der „Rathaus-Korrespondenz“ Artikel in den Wochen- und Monatszeitungen „Profil“, „Wochenpresse“, „Neue Freie Zeit“, „Die Furche“, „Trend“, „Basta“, „Wiener“ und „Falter“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Kurzfassungen, die aus kommunalpolitisch relevanten Sendungen des ORF zusammengestellt wurden, ergänzt. Mitgeschnitten wurden regelmäßig die Sendungen „Wien-heute“ (vor der Programmreform: „Österreich-Bild“), „Wir“, „Zeit im Bild 1“ (FS 2), „Zeit im Bild 2“, „Kulturjournal“, „Schilling“, „Stadtradio“ (montags bis freitags), „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, „Mittagsinformation Radio Wien 12.45 Uhr“ und „Abendinformation Radio Wien 17.15 Uhr“, „Club 2“, „Pressestunde“, „Argumente“, „Inlandsreport“, „Ein Fall für den Volksanwalt“ und „X-Large“. Im Handarchiv wurden wieder Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchives nach Schlagworten archiviert.

Von „wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahr 1988 21 Ausgaben.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ wurden 52 Nummern mit einer Auflage von 8.000 Stück und insgesamt 2.464 Seiten herausgebracht, weiters wurden 66 Sonderdrucke aufgelegt.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden 35 Stück mit 120 Seiten herausgegeben.

Der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger“ erschien sechsmal und brachte auf 96 Seiten Tauschangebote.

Die Postwurfzeitung „Unser Wien“ erschien dreizehnmal. Zu den Themen „Verkehrsplanung und -organisation“, „Wichtige Großprojekte“, „Festwochen“, „Freizeitsommer in Wien“, „Tag der offenen Tür“, „Umwelt“, „Wohnen“ wurden Sonderbeilagen produziert.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien als Ergänzung zur Zeitung „Unser Wien“ und brachte wichtige Informationen für Mieter in Gemeinde- und Genossenschaftshäusern. „Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien 1988 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Im Jahr 1988 hat der PID 372 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt 123 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden. Die Inserate behandelten unter anderem die Themen „Umweltbewußt einkaufen“, „Mist-Telefon“, „Verpackungskampagne“, „Tag der offenen Tür“, „März 1938“ und „Sondermüllsammelstellen“. Für die Personalwerbung wurden gezielt Einzelinserate in den „Salzburger Nachrichten“ und in den Wiener Tageszeitungen „Kronen-Zeitung“, „Kurier“, „Die Presse“, „Wiener Zeitung“ und „AZ“ eingeschaltet.

Der PID hat folgende Broschüren, Prospekte und Folder herausgegeben: „Leiter für die Wien-Aktion“, „Donauinsel“, „Wasserball“, „Volleyball“, „Fechten“, „Stadtrundfahrten 1988“, „Die Wiener Berufsschulen“, „Feuerwehrmuseum“, „Das Wiener Wasser“, „Berglöschfahrzeug“, „Wiener Sportwoche“, „Krankenhausbroschüren Gersthof und Poliklinik“, „Wir erwarten ein Kind“, „Ihr Kind ist angekommen“, „Impfen schützt unsere Kinder“, „WHO – Gesundheit in Städten“, „Parkgaragen“, „1938 – Gedenkstätten“, „Novemberpogrom“, „Einkaufssamstage vor Weihnachten – Information für ungarische Gäste“, „Wegwerfen ist keine Lösung“ (23 Mutationen), „Krankenpflegeschulen“, „Wiener Stadtverfassung“, „Türkenschanzpark“, „Nahversorgungserhebung“, „Sozialakademie“ und „Ballkalender“. Als neue Informationsschriftenreihe erschien 1988 erstmals der Wiener Stadatlas zu den Themen „Freizeit“, „Umwelt“, „Wohnen“ und „Konsumentenschutz“ in einer Auflage von jeweils 40.000 Exemplaren, die im Direktvertrieb an interessierte Wienerinnen und Wiener verschickt wurden.

Das Auslandsreferat ist die Anlaufstelle für österreichische Journalisten außerhalb Wiens, hauptsächlich aber mit der Betreuung von Auslandsjournalisten befaßt. Es werden sowohl rund 170 ständig in Wien akkreditierte Journalisten regelmäßig mit Informationen über Wien versorgt, als auch jene Auslandsjournalisten betreut, die auf Einladung des Bürgermeisters, des Fremdenverkehrsverbandes oder des Bundespressedienstes sowie auf Auftrag ihrer Redaktion für wenige Tage in die Bundeshauptstadt kommen, um über Spezialthemen zu berichten. Die Artikel, die diese Journalisten verfassen, werden, soweit sie zugänglich sind, ausgewertet und regelmäßig Wiener Mandataren und sonstigen Meinungsträgern übermittelt.

Ferner wurden 13 „Hallo Kino“-Produktionen à 5 Minuten erstellt. Die Themen waren unter anderem „Bäder der Stadt Wien“, „1938“, „Festwochen“, „Müllsammelstellen“, „Donauraum“, „Freizeit“, „Bürgerdienst“, „Umweltpolizei“, „Viennale“ und „Gürtel-Ausstellung“. Neu produziert wurden Rundfunkspots à 25 Sekunden zum Thema Festwochen. Die Video-Produktionen „Hochwasserschutz Folge III“, „Weltausstellung 1995“, „Bio-Landbau“, „V.S.O.P. Wien-Videoclip“ wurden in Auftrag gegeben. Für die MA 17 wurde die Serie „Pflegeheimradio“ für das Pflegeheim Lainz und das Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum Ost zusammengestellt. Mit Hilfe von Monitoren wurden das Hundertwasserhaus, die Ausstellung „Chancen für den Donauraum“ im Messepalast und die Ausstellung „Stadterneuerung“ audiovisuell betreut. Weiters waren Drehgenehmigungen für 400 Spielfilme,

Dokumentationen, Ländersendungen, Werbefilme sowie für den ORF („ZiB“, „Wir“ usw.) zu organisieren. Das „Bädertelefon“, ein Tonbanddienst von Hallen- und Sommerbädern der Stadt Wien, sowie das Programm für „Radio Adria“ und „Radio Lignano“ wurden gestaltet. Schließlich waren diverse Filme und Videos im österreichischen Filmservice, deutschen Filmservice und Filmkontakt zu verleihen.

Zahlreiche Veranstaltungen wurden organisiert. Es waren dies die Großkundgebung auf dem Rathausplatz zum Gedenken an das Jahr 1938 (10. März), die Preisverteilung „Wien im Blumenschmuck“ (7. 4.), der „1. Wiener Waldtag“ in Ottakring (24. 4.), die Eröffnung des Schönbornparkes (22. 4.), die Eröffnung des Sommerbades Döbling (1. 5.), die Veranstaltungen im Rahmen der „Sportwoche“ (27. 5. bis 4. 6.), ferner „Sievering — das Dorf in der Stadt“ (29. 5.), der „Tramway-Tag“, das „European Disco Championship“ (4. 6.), der Wien-Tag bei der internationalen Verkehrsausstellung in Hamburg (10. 6.), das Kulturfest Ottakring (10. 6.), der „Tag der Musik der AKM“ im Prater (18. 6.), das „3. Gänsehäufel-Familien Sommerfest“ (18. 6.), der „Penzinger Kirtag“ (24. bis 26. 6.), die Eröffnung des Kongreßbades (15. 7.), das Straßenmusikantenfest im Bermuda-Dreieck (26. 8.), das Praterstraßenfest (2. bis 3. 9.), der „Tag der offenen Tür“ unter dem Motto „Wien—Budapest“ (17. 9.), das Jubiläum „100 Jahre Türkenschanzpark“ (30. 9. bis 7. 10.), das „Fit-Fest“ in Oberlaa (26. 10.), der Spatenstich für das Sommerbad Simmering (29. 10.), die Waldpflanzung in Favoriten (5. und 6. 11.), die „Hrdlicka“-Denkmalenthüllung (24. 11.), die erste Füllung eines Rohrstranges zur Überleitung der Pfannbauernquelle in die I. Wiener Hochquellenwasserleitung (21. 12.) sowie verschiedene Kleinveranstaltungen. Weitere Aktionen, die der PID durchführte, waren die zwei Kampagnen zum Thema „30/40 km/h“ und „Getrennte Müllsammlung“. Schließlich wurde das Plakat „Wiener Festwochen“ affiziert. Sehr bewährt hat sich wieder der Einsatz von Informationshostessen am Stock-im-Eisen-Platz und in Schönbrunn in den Monaten Mai bis August. Ebenso erfolgreich war der Einsatz des „Packerlbusses“ für die Gratisaufbewahrung von Weihnachtspaketen am Graben in der Zeit vom 19. November bis 24. Dezember sowie in der Mariahilfer Straße an den Einkaufssamstagen.

Der PID veranstaltete verschiedene Ausstellungen, und zwar „1938“ auf historischen Plätzen in der Innenstadt, „Aquatherm“ (13. bis 16. April) und „300 Jahre öffentliche Beleuchtung“.

Auf verschiedenen Auslandsbällen, und zwar in Berlin (15. Jänner), München (27. Jänner), Brügge (29. Jänner), Rom (30. Jänner), Mailand (23. Februar), Athen (27. Februar), Madrid (12. April), Lissabon (7. Mai), Singapur (9. September) und Hamburg (22. Oktober), war der PID gleichfalls vertreten.

An den Rundfahrten „Modernes Wien“ nahmen 118.643 Personen teil. Die Zahl der Führungen in fremden Sprachen für die Gäste der Stadt Wien betrug 105. Die Gesamtausgaben für die Rundfahrten beliefen sich auf 3.877.203 S, der Erlös aus dem Verkauf der Fahrkarten betrug 275.345 S.

Die Stadtinformation verzeichnete im Jahre 1988 insgesamt 133.647 Kontakte mit Bürgern der Stadt sowie mit Fremden, was gegenüber 1987 eine Zunahme um 7 Prozent bedeutete. Die Anfragen wurden telefonisch (96.297), persönlich (23.625) und schriftlich (455) gestellt. Weiters waren 953 schriftliche Erledigungen zu verzeichnen, außerdem wurden 9.985 Prospekte versendet. Wenn die Stadtinformation nicht besetzt ist, haben die Bürger die Möglichkeit, ihre Anfragen auf den Anrufbeantworter zu sprechen. Im Jahre 1988 waren es insgesamt 2.332 Anrufe. Zusätzlich hat die Stadtinformation einen Tonbanddienst 15 25 („Stadtnachrichten“).

Die Aufgabe dieser Einrichtung besteht in der Information über die Aktivitäten des PID sowie in der Auskunftserteilung, welche Dienststelle für den jeweiligen Fall zuständig ist. Geben Personen Hinweise auf Unzukömmlichkeiten, werden sie informiert, wo sie ihr Anliegen vorbringen können. Besondere Problemfälle werden zum Teil direkt an die zuständigen Stellen weitergegeben. Die Mitarbeiter der Stadtinformation betreuen auch die im Rathaus vorsprechenden Touristen. Im Jahre 1988 wurden 664 Führungen durch das Rathaus abgehalten, wobei 22.842 Personen die Repräsentationsräume besichtigen konnten. Die Rundgänge sind für die Besucher (Touristen, Schulklassen und Gäste der Stadtverwaltung) kostenlos. In der Schmidt-Halle wurden laufend aktuelle Plakate affiziert und Broschüren zur freien Entnahme aufgelegt, Restplakate, deponiert in einer Plakatwiege, gratis abgegeben. Während des „Ferienspiels“ hatte die MA 13 einen Stand in diesen Räumlichkeiten. Ferner können das ganze Jahr hindurch Altbatterien abgegeben werden. Die Stadtinformation gestaltete weiters Sonderaktionen, wie die Fotoausstellung „Der Dom im Bild“ (Februar/März), die Jubiläumsausstellung „100 Jahre Wiener Lokalbahnen“ (September) und die Fotoausstellung „Club Österreichischer Amateurfotografen“ (Oktober). Als Weihnachtsaktion wurde für die jüngeren Besucher eine Modelleisenbahnanlage aufgestellt. Der in der Schmidt-Halle installierte „Luftmeßwert-Terminal“ kann von den Besuchern selbst bedient werden. Die Stadtinformation ist auch Anlaufstelle der „Umweltpolizei“ und erteilt generell Auskünfte über Umweltfragen oder gibt größere Problemfälle der jeweiligen Fachdienststelle weiter. Schließlich ist die Stadtinformation auch Verbindungsstelle zur „Stadtarchäologie“ und nimmt Meldungen über Funde entgegen. Dem Wunsch des Herrn Bürgermeisters nach Erreichbarkeit der Stadtinformation auch an Samstagen, Sonn- und Feiertagen wurde durch das Telefon-Service, das mit Mai 1988 geschaffen wurde entsprechen. Diese Einrichtung wurde vor allem bei Großereignissen wie z. B. bei der Eröffnung der Festwochen, den Weihnachts- und Silvesterveranstaltungen, dem Wiener Faschingsumzug usw. rege in Anspruch genommen.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Wie schon im Jahre 1987 war bei den Einsatzzahlen ein Rückgang zu verzeichnen. Mit 26.606 Einsätzen im Jahr 1988 waren es 3.583 weniger als im Vorjahr. Dies bedeutet einen Rückgang um 13,5 Prozent, wobei aber auch wieder einige spektakuläre Einsätze die Aufmerksamkeit der Bevölkerung erregten. Insgesamt ist jedoch festzustellen, daß die Zahl der technischen Einsätze und vor allem der Einsätze im Zusammenhang mit gefährlichen Stoffen (Chemikalien) steigt. Um alle anfallenden Einsätze so gut wie möglich durchführen zu können, wurden 1988 die neuen Nachrichtenanlagen in Betrieb genommen.

Die Nachrichtenanlagen wurden in der Nachkriegszeit, ab Beginn der fünfziger Jahre, nach und nach in Betrieb genommen. Es handelte sich im wesentlichen um eine Notruf- und eine Telefonanlage für den Geschäftsverkehr, eine Alarmierungsanlage zur Alarmierung der Feuerwachen, die aus Alarmfernreiber, Verstärkeranlage und Fernwirksystem mit Fahrzeugstandanzeiger bestand, sowie um die Funkanlagen. Zum Zeitpunkt der Installation hatte die Feuerwehr ungefähr 5.000 Einsätze im Jahr zu leisten. Aus diesem Grund waren die Kapazitäten für rund 15.000 Einsätze ausgelegt worden. Die Anlage wurde von der im zweiten Stock der Zentralfeuerwache gelegenen Nachrichtenzentrale bedient, von der in einem Raum die Notrufannahme, der Telefongeschäftsverkehr, der gesamte Alarmdienst sowie in einer abgetrennten Koje der Funksprechdienst abgewickelt wurden. Für den damaligen Stand der Technik war die Anlage hochmodern. So gab es beispielsweise ein relaisgesteuertes Fernwirksystem, über das die Bereitschaftszustände der einzelnen Feuerwehrfahrzeuge der Außenwachen in die Nachrichtenzentrale übertragen wurden, wie die Möglichkeit der gleichzeitigen Alarmierung mehrerer Feuerwachen mit Alarmfernreibern, Alarmlichtsteuerung und Sprechdurchsage. Damals rechnete niemand mit dem sprunghaften Ansteigen der Zahl an jährlichen Einsätzen. Im Jahre 1986 wurde erstmals die „magische“ Zahl 30.000 überschritten. Die vielen Einsätze mußten natürlich ebenso mit den Arbeitsbedingungen in Einklang gebracht werden wie der Umstand, daß die alten Anlagen in den letzten Jahren immer schlechter und problematischer in der Instandhaltung geworden sind, da die Beschaffung von Ersatzteilen, wie z. B. spezielle Relaisausführungen, Verstärkerröhren, Fernschreibmaschinen, immer schwieriger wurde. Dieser Umstand bewirkte, daß Nachrichtenanlagen zum Teil ausfielen und einige Anlagenteile manchmal ganz abschalteten. Aus diesen Gründen war die Erneuerung der Nachrichtenanlagen unbedingt erforderlich geworden. Mit den ersten Planungen wurde bereits in den Jahren 1979 und 1980 begonnen. Damals zeichnete sich schon ab, daß wie auf vielen anderen Gebieten die elektronische Datenverarbeitung auch im Feuerwehrwesen eingesetzt wird. In den Folgejahren wurde die Detailplanung in Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen durchgeführt. So konnte im Jahre 1984, nach Beschaffung der erforderlichen Geldmittel, die öffentliche Ausschreibung der Nachrichtenanlagen abgeschlossen werden. Bei der Planung wurde besonders darauf geachtet, daß das an sich gut funktionierende und eingespielte Arbeitssystem der diensthabenden Beamten beibehalten wird und Arbeitsvorgänge keinesfalls durch den Einsatz von Rechneranlagen „verkompliziert“ werden dürfen. Große Anforderungen mußten auch an die Betriebssicherheit der Systeme, besonders der Rechneranlagen, sowie an den Notbetrieb der einzelnen Komponenten gelegt werden. Für den Fall einer Stromnetzstörung mußte durch Einbau einer unterbrecherlosen Stromversorgung ebenfalls vorgesorgt werden. Nach umfangreichen baulichen Vorkehrungen wurde im Jahre 1985 mit der Errichtung der Anlagen begonnen, wobei die Hauptschwierigkeiten für alle Beteiligten darin lagen, daß die neuen Anlagen praktisch parallel zu den in Betrieb befindlichen alten Systemen aufgebaut werden mußten, und dies bei einem rund um die Uhr durchgehenden Dienstbetrieb und ohne die Möglichkeit von Anlagenabschaltungen. Weiters war der Betrieb auch durch die erforderlichen baulichen Maßnahmen beeinträchtigt, da nicht nur die zentralseitigen Anlagenteile, sondern auch die wachseitigen Anlagen adaptiert werden mußten. Die Behinderung betraf die Errichterfirmen ebenso wie die auf den einzelnen Feuerwachen diensthabenden Mannschaften.

Die neuen Anlagen bestehen im wesentlichen aus sechs Teilbereichen, und zwar aus den Bedienplätzen der neuen Nachrichtenzentrale, den Telefonanlagen, den Verstärkeranlagen, der Rechnerunterstützung, den Funkanlagen sowie der Adaptierung der Außenwachen. Die Geräteschränke der neuen Anlagen (Hardware) wurden in einem neu geschaffenen Technikraum in der Zentralfeuerwache untergebracht. Dieser Raum ist vollklimatisiert und vor möglichen Wasserschäden besonders geschützt. Die Anlagen werden von der neuen Nachrichtenzentrale aus bedient, die im 4. Stock der Zentralfeuerwache untergebracht ist. In der Nachrichtenzentrale gibt es drei Teilbedienungsbereiche, und zwar den Hauptalarm- und den Einsatzbearbeitungsbereich sowie die Telefonvermittlung. Jeder Bereich kann bei Bedarf durch mobile Trennwände abgeteilt werden und ist derart ausgerüstet, daß die jeweiligen Dienste völlig autark durchgeführt werden können. Überdies stehen im 4. Stock weitere Räumlichkeiten dem Dienstpersonal zur Verfügung, und zwar ein Schul- und Besprechungszimmer, der Raum für die Notrufannahme im Katastrophenfall (kurz K-Annahme genannt) sowie ein Aufenthaltsraum mit angeschlossener Teeküche. Aus Gründen der optimalen Raumnutzung ist der Raum für die K-Annahme so ausgeführt, daß er im Normalfall für Referatsarbeiten und zur Datenpflege verwendet werden kann. Im Katastrophenfall kann sodann nach minimalen Umrüstarbeiten die Notrufannahme durchgeführt werden, das Schulzimmer steht in diesem Fall dem Führungsstab zur Verfügung. Für diese Doppelnutzung wurden die Räume mit den erforderlichen Anschlüssen (Telefonleitungen und Anschlüsse für EDV-

Geräte) ausgestattet. Ständig besetzt ist jedoch nur der Hauptalarmbereich, in dem sich vier Hauptalarmplätze befinden. Diese Plätze sind an einem sternförmigen Tisch so angeordnet, daß die diensthabenden Beamten miteinander Sichtkontakt haben. Diese Anordnung hat sich bereits in der alten Nachrichtenzentrale bewährt, da der Blickkontakt oftmals für eine schnelle Verständigung untereinander notwendig ist. Von diesen Plätzen aus erfolgen Notrufannahmen, Auswahl und Alarmierung der für den Einsatz erforderlichen Kräfte und die Abwicklung des Funkverkehrs. Zusätzlich kann in der Zeit, in der die Telefonvermittlung unbesetzt ist, auch der Telefonverkehr durchgeführt werden. Weiters sind noch die Bedienung der hausinternen Rundspruchanlage und die Zugangskontrolle für den Bereich des 4. Stockes möglich. Bei Großeinsätzen sowie im Katastrophenfall kann jedoch mit den Hauptalarmplätzen nicht das Auslangen gefunden werden. In derartigen Fällen wird auch der Einsatzbearbeitungsbereich besetzt, der aus drei Einsatzbearbeitungsplätzen und einem 4. Platz besteht, der der Funkkommunikation mit anderen Dienststellen und der Organisation (z. B. Freiwillige Feuerwehr Niederösterreichs, Rettung usw.) dient. Die Anordnung der Plätze ist analog zu den Hauptalarmplätzen ausgeführt. Es tritt nur eine Aufgabenverteilung ein, wobei von den Hauptalarmplätzen die Notrufannahme und die Alarmierungen durchgeführt werden, während die ausgedrückten Kräfte in weiterer Folge von den Einsatzbearbeitungsplätzen aus betreut werden. Dies gilt insbesondere für Rückfragen, die Nachalarmierung von Sonderfahrzeugen und die Materialanforderungen. Im Katastrophenfall — dieser liegt vor, wenn innerhalb kürzester Zeit z. B. bei Sturm- oder Unwettereinsätzen eine Vielzahl von Notrufen einlangt, — tritt zusätzlich die bereits genannte Änderung ein; die Notrufe werden dann in der K-Annahme entgegengenommen, womit im Hauptalarmbereich nur mehr dringende Einsätze (das sind Einsätze mit Menschenrettung und Brände) abgewickelt werden. Die in der K-Annahme entgegengenommenen Einsätze werden nach Stadtgebieten vorsortiert, nach Prioritäten geordnet und in weiterer Folge den Hauptalarmplätzen zur Alarmierung übergeben. Den Hauptalarmplätzen stehen Direktleitungen für die Verständigung anderer Dienststellen, wie Rettung, Polizei, Wiener Stadtwerke-Gaswerke, zur Verfügung. Weiters besteht ein Zugriff auf sämtliche Funkkanäle der Wiener Feuerwehr. Alle auf Funkkanälen und Notrufleitungen geführten Gespräche werden von einer zentralen Dokumentationsanlage aufgezeichnet. Darüber hinaus befinden sich auf jedem Alarmplatz ein Arbeits-tonbandgerät, das bei Bedarf den eigenen Sprechverkehr aufzeichnet. Der Telefon-Geschäftsverkehr wird, wie bereits erwähnt, von den beiden Telefonvermittlungsplätzen abgewickelt, von denen auch die hausinterne Rundspruchanlage betätigt und die Zutrittskontrolle durchgeführt wird. Während der Nachtstunden, in denen praktisch kein Geschäftsverkehr abzuwickeln ist, können einlangende Telefonate auch von den Hauptalarmplätzen entgegengenommen und vermittelt werden. Der gesamte Bereich der neuen Nachrichtenzentrale ist mit einem Computerboden ausgestattet, so daß sich eventuell später erforderlich werdende Kabelverstärkungen oder Erweiterungen ohne neuerliche bauliche Arbeiten durchführen lassen. Die Telefonanlagen wurden ebenfalls komplett erneuert und den heutigen Erfordernissen angepaßt. So stehen mit der modernen Digitaltechnik nun Möglichkeiten wie Rufumleitung, Nummernspeicher, Mithören, Tastenapparate, Direktwahl zum Teilnehmer der Außenwache (bisher mußten ankommende Gespräche auf den Wachen händisch weiterverbunden werden) zur Verfügung. Außerdem konnte die Anzahl der Postleitungen entsprechend aufgestockt werden, so daß damit von Anrufern oftmals geäußerte Beschwerden, daß die Dienststelle infolge Überlastung der Telefonleitungen schwer zu erreichen ist, der Vergangenheit angehören. Die Verstärkeranlagen ermöglichen die Alarmdurchsagen von der Zentrale in die einzelnen Wachen. Zu diesem Zweck wurden alle Feuerwachen mit modernen Verstärkern ausgestattet. Die Verbindung zwischen der Zentrale und den Außenwachen wird normalerweise rechnerunterstützt (Fernwirkrechner) hergestellt. Ebenso werden der Verstärker und das Alarmlicht der betreffenden Wache automatisch aktiviert. Ist ein Rechner gestört, gibt es eine Notsteuerung, womit auch bei Ausfällen Durchsagen gezielt an die Wachen gemacht werden können. Zusätzlich wurde in den Haupt- und Zugwachen für die Nachtstunden eine Selektionalarmierungsmöglichkeit vorgesehen. Damit werden nur diejenigen Räume alarmiert, die mit den entsprechenden Fahrzeugbesetzungen belegt sind. Mit den neuen Anlagen hat auch die elektronische Datenverarbeitung bei der Feuerwehr Einzug gehalten, das heißt, es stehen ein Fernwirkrechner und ein Einsatzleitrechner in Verwendung. Der Fernwirkrechner, ein Doppelrechnersystem, verwaltet die Bereitschaftszustände der Fahrzeuge aller Wachen (z. B. einsatzbereit, im Einsatz, über Funk erreichbar usw.), sowie sämtliche Alarmierungen und Ereignisse. Für die Fahrzeugverwaltung steht der Rechner über die Fernwirkanlagen (Übertragungseinrichtungen für Befehle und Meldungen) mit den Wachen in Verbindung und erfährt auf diesem Wege alle Änderungen im Fahrzeugstand, die auf den Wachen eingegeben werden. Der jeweilige Bereitschaftszustand der Fahrzeuge wird über sechs Farbbildschirme in der Nachrichtenzentrale angezeigt, womit die momentane Auslastung der Wachen auf einen Blick erkennbar ist. In umgekehrter Richtung sendet der Fernwirkrechner über die Fernwirkanlagen Alarmbefehle an die betreffenden Wachen, womit die Verstärker und das Alarmlicht der Wache eingeschaltet werden und auf den Bildschirmen die alarmierten Einsatzfahrzeuge aufscheinen. Die Anweisungen für die Alarmierung erhält der Fernwirkrechner normalerweise vom Einsatzleitrechner, bei eventuellem Ausfall über die sechs Farbbildschirme, die ein Ersatz für den alten Fahrzeugstandanzeiger sind. Einlaufende Notrufe oder Brandmeldealarne werden ebenfalls vom Fernwirkrechner registriert. Es werden dann Meldungen an den Einsatzleitrechner abgesetzt, der weitere Reaktionen selbständig durchführt. Der Einsatzleitrechner steht in der Hierarchie über dem Fernwirkrechner und den Verstärkeranlagen. In diesem Fall handelt es sich aus Gründen eines möglichen Ausfalles ebenfalls um ein Doppelrechnersystem. Die Kommunikation mit dem Einsatzleitrechner

erfolgt über Farbbildschirme, von denen sich jeweils zwei Stück auf jedem Alarmplatz befinden. Dieser Rechner ermöglicht die Adressensuche bei der Notrufannahme und liefert, basierend auf den Fahrzeugstandsmeldungen des Fernwirkrechners und der Angabe der Einsatzart (z. B. Zimmerbrand, Verkehrsunfall usw.), einen Alarmierungsvorschlag mit den jeweils erforderlichen Einsatzfahrzeugen. Dieser Vorschlag kann vom diensthabenden Beamten noch verändert werden. Nach der Alarmfreigabe am Einsatzleitreechner leitet dieser die Alarmdaten an den Fernwirkreechner weiter, der dann die Alarmierung der betreffenden Feuerwachen durchführt. Gleichzeitig wird automatisch aus den Alarmdaten ein Alarmferschreiben erstellt und über den Einsatzleitreechner an die alarmierte Wache gesendet. Dieses Fernschreiben wird in der Fahrzeughalle ausgedruckt, enthält alle für den vorliegenden Einsatz erforderlichen Angaben und ist somit der schriftliche Einsatzbefehl für die ausrückenden Kräfte. Wird dem Einsatzleitreechner vom Fernwirkreechner das Einlaufen eines Brandmeldealarms — derzeit sind ungefähr 750 Brandmeldeanlagen an die Auswertezentrale der Feuerwehr angeschlossen — gemeldet, so wird ebenfalls automatisch ein kompletter Alarmierungsvorschlag erstellt. Bei Ausfall der Fernwirkanlage oder des Fernwirkrechners steht ebenfalls ein Notalarmsystem zur Verfügung, womit direkt die Verstärkeranlagen der Feuerwachen angesprochen werden können. Das Alarmschreiben wird in jedem Fall unabhängig vom Fernwirkreechner übertragen. Weiters erfolgen über den Einsatzleitreechner die Nachbehandlung der Einsätze (Erstellung des Einsatzprotokolls) sowie die Übermittlung von Geschäftsschreiben zwischen den einzelnen Wachen und der Zentrale sowie ins öffentliche Telexnetz. Im Bereich der Funkanlagen wurden ebenfalls wesentliche Verbesserungen durchgeführt. So gibt es zur Erhöhung der Funkqualität mehrere über das Stadtgebiet verteilte Funkempfänger, die ihre Empfangssignale an die Zentrale weiterleiten. Hier wird dann das qualitativ „stärkste“ Signal ausgewählt und an die Funkstelle oder den Datenfunkauswerter weitergeleitet. Zwei Standardfunkmeldungen, nämlich „am Einsatzort angekommen“ und „über Funk einsatzbereit“ werden nun in Form von Datentelegrammen übertragen. Die Meldungen gelangen über den Datenfunkauswerter an den Fernwirkreechner, der wiederum den Bereitschaftsstand der Fahrzeuge entsprechend korrigiert und die Meldung an den Einsatzleitreechner weitergibt. Hat ein Feuerwehrfahrzeug entsprechend korrigiert und die Meldung „über Funk einsatzbereit“ abgesetzt, so wird dieses Fahrzeug vom Rechner für etwaige weitere Einsätze berücksichtigt und kann über Funk alarmiert werden.

Für die neuen Anlagen mußten natürlich auch sämtliche Haupt-, Zug- und Gruppenwachen mit neuen Fernwirkanlagen und Endgeräten ausgerüstet werden. Für diesen Zweck waren umfangreiche Installationsarbeiten und bauliche Änderungen durchzuführen. Auf den Wachen wurden auch neue Telefonanlagen installiert, wobei bei Haupt- und Zugwachen Einbindungen in das öffentliche Telefonnetz bestehen. Die Gruppenwachen sind über die Telefonzentralen der jeweiligen Hauptwachen erreichbar. Erst durch die Fertigstellung der neuen Telefonanlagen der Außenwachen ist das Feuerwehrtelefonnetz, das über ein feuerwehreigenes Kabelnetz betrieben wird, mit den Möglichkeiten der Digitaltechnik voll betriebsfähig. Die Nachrichtenzimmer der Haupt- und Zugwachen wurden im Zuge der Umbauarbeiten mit neuen Nachrichtentischen ausgestattet, die im Aussehen und der Ausstattung den Tischen der Nachrichtenzentrale angeglichen sind. Problematisch erwies sich der Umstand, daß die Nachrichtenzimmer unterschiedlich groß sind. Aus diesem Grund mußte eine Tischform entwickelt werden, die arbeitstechnisch und auch optisch in das kleinste wie auch in das größte Nachrichtenzimmer paßt. Weiters war der Umstand zu berücksichtigen, daß im Katastrophenfall zwei Beamte Dienst versehen und eine Arbeitsteilung möglich sein muß. Alle diese Umstände führten zur Konzeption eines U-förmigen Tisches, der bei Bedarf durch Beistelltische vergrößert werden kann. Bei den technischen Einbauten galt der gleichen Anordnung der Bedienelemente auf allen Tischen das besondere Augenmerk. Mit der Erneuerung der kompletten nachrichtentechnischen Anlagen steht nun der Feuerwehr ein hochmodernes Nachrichtensystem zur Verfügung, das von seiner Konzeption her geeignet erscheint, weit über das Jahr 2000 hinaus in Betrieb zu stehen. Ermöglicht wurde dies nur dadurch, daß alle veralteten Anlagenteile gleichzeitig modernisiert, nicht aber nur einige punktuelle Erneuerungen durchgeführt wurden.

Einen völlig neuen Weg beschritt die Feuerwehr auch mit der Erprobung eines neuen Feuerwehrhelmes. Seit rund 15 Jahren haben sich die für den Körperschutz zuständigen Bediensteten mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Sie haben sich mit den im westlichen Ausland in Verwendung stehenden Feuerwehrhelmen befaßt, aber auch Fachartikel und Studien gelesen sowie Helmprototypen begutachtet. 1988 wurden Versuche mit einem, von einem deutschen Erzeuger vorgestellten Helmsystem durchgeführt. Das neue System besteht aus einem Schutzhelm mit Ohrenschutz, Gesichtsschutz, Nackenschutz und Atemschutzmaske. Der Schutzhelm bildet das Grundelement. Er bietet außer einem erhöhten Kopfschutz die Aufnahmemöglichkeit verschiedener moderner Baukomponenten. Im Vergleich zum heutigen Feuerwehrhelm sind folgende Verbesserungen gegeben: Erstens gibt es einen wesentlich erweiterten Schutz des Hinterkopfes dadurch, daß die Helmschale in den Nacken hinabgezogen ist, ohne daß sie das Zurückbeugen des Kopfes behindert. Mit dem Ohrenschutz sind die Ohren zum größten Teil bedeckt; der Schallzutritt wird nicht wesentlich beeinträchtigt. Die Helmvorderkante liegt höher und beschränkt das Blickfeld nach oben weniger ein als bisher, besonders in gebückter Haltung oder beim Kriechen am Boden. Der Helm sitzt fest auf dem Kopf. Ein Klappvisier ist fester Bestandteil des Helmkonzeptes und gibt einen Gesichtsschutz. Ein speziell entwickeltes Material ersetzt das bisher mancherorts verwendete Nackenleder. Der Nackenschutz überdeckt einen großen Bereich der Nacken- und Schulterpartie. Um die Belastung durch das zusätzliche Helmgewicht möglichst gering zu halten, sind die Befestigungsteile für die Komponenten und Baugruppen soweit wie möglich im Helm

integriert. Die Helmschale ist in ihrer Form einem Jethelm ähnlich, aus Polykarbonat gefertigt und äußerst widerstandsfähig. Was die Innenausstattung betrifft, so gewährleisten Material und Bauart einen optimalen Sitz und ermöglichen ein stufenloses Anpassen an beliebige Kopfgrößen zwischen 55 und 62 cm Kopfumfang. In Verbindung mit dem neuen Schutzhelm können die bei der Feuerwehr der Stadt Wien gebräuchlichen Panorama-Atemschutzmasken ohne Bänderung und Befestigungslaschen verwendet werden. Die Masken werden an der Helmaußenseite befestigt. Das Befestigungssystem ist aus Edelstahl gefertigt und bietet folgende Vorteile: Die Atemschutzmaske ist in sehr kurzer Zeit angelegt, die Handhabung beschränkt sich auf wenige Handgriffe, die Maskenspannung (Anpreßdruck) liegt konstruktiv fest, so daß eine fehlerhafte Bedienung durch den Geräteträger ausgeschlossen ist. Die Erprobung des neuen Systems wurde unter Aufsicht des sachlich zuständigen Referenten durchgeführt. Die Versuche bestanden in einem Langzeitpraxistest durch Mitarbeiter in zwei Hauptfeuerwachen, in verschiedenen Tests in der Werkstätte für Atemschutz, in Erprobungen im Rauchkeller sowie in Untersuchungen, die der Sachbearbeiter durchgeführt hat. Die bei diesen Versuchen gewonnenen Erfahrungen werden laufend an den Hersteller weitergegeben und haben Verbesserungen des Systems mit sich gebracht. Da die genannten Versuche positiv abgeschlossen werden konnten, wurden noch im Dezember 1988 100 Helme mit Adaptern angekauft. Die Ausrüstung aller Feuerwehrbeamten mit dem neuen Helm soll bis spätestens 1991 abgeschlossen sein.

Auf dem Fahrzeugsektor wurden die Einsatzfahrzeuge weiter erneuert. So konnte die Anzahl der „Berglöschfahrzeuge“ auf elf Einheiten erhöht werden. Für den Schadstoffdienst wurde einerseits ein zweiter „Wechselaufbau Umweltschutz“ in Dienst gestellt, andererseits wurde mit der Modifizierung von 30 Gas-Säureschutz- und Kontaminationsanzügen ein weiterer Beitrag zur persönlichen Sicherheit der eingesetzten Beamten geleistet.

Die immer höher werdenden Anforderungen im Einsatzdienst machen besonders auf dem Sektor der „Gefährlichen Stoffe“ eine intensive Schulung notwendig, so daß ein Fortbildungsseminar für Bereitschaftsoffiziere abgehalten wurde. Ein weiterer Schwerpunkt in der Ausbildung wurde mit einer Schulung für „Tierrettungseinsätze“ geschaffen. So wurde am Gelände des Schlachthofes St. Marx mit Tierärzten der MA 60 der Umgang mit Großtieren geübt. Die Annäherung und das Führen dieser Tiere wurden von Tierärzten und Tierwärtern demonstriert, wobei besonders die Annäherung an freilaufende Jungtiere und nervöse Vollblutpferde sowie das Einfangen von freilaufenden Schweinen gezeigt wurden.

Um das bekannt hohe Ausbildungsniveau im Wasserdienst weiter halten zu können, wurden im Rahmen der Aufnahmeprüfungen für den Feuerwehrdienst 30 Personen in den Schwimm- und Tauchgrundkenntnissen überprüft. Im Rahmen der Ausbildung zum Feuerwehrmann muß dann die Ausbildung zum Rettungsschwimmer positiv absolviert werden. Für die Weiterbildung auf diesem Sektor wurden für 64 Feuerwehrbeamte Wasserdienstkurse abgehalten. Alle Bediensteten, die die Kurse besuchten, erreichten das Ausbildungsziel. Eine Neuerung auf diesem Gebiet war der Ausbildungskurs für die Mitglieder der „Feuerwehrjugend der Stadt Wien“. 25 Buben nahmen an dieser Veranstaltung teil und legten über ihr Wissen und Können vor einer Kommission eine Prüfung ab. 1988 wurde auch die Betriebsfeuerwehr des Allgemeinen Krankenhauses in Dienst gestellt. 10 Angehörige der Abteilung wurden als Kaderpersonal zur Betriebsfeuerwehr versetzt sowie 27 Mann neu aufgenommen. Die Neuaufgenommenen wurden auf den Feuerwachen der Abteilung ausgebildet, im Anschluß daran absolvierten sie einen Volontärdienst auf Gruppenfahrzeugen der Berufsfeuerwehr, um auch Einsatzerfahrung sammeln zu können. Mit dieser Betriebsfeuerwehr hat sich der Stand dieser Feuerwehren in Wien im Jahre 1988 auf 45 erhöht.

In baulicher Hinsicht konnte 1988 die Generalsanierung der Feuerwachen „Kahlenbergerdorf“ (Gesamtkosten: rund 8 Millionen Schilling) und die Sanierung des Hauptgebäudes der Feuerwache „Steinhof“ (Gesamtkosten: rund 9 Millionen Schilling) abgeschlossen werden. Die Sanierung des Hintergebäudes der Feuerwache „Steinhof“ wurde mit einer völligen Erneuerung der Tragwerke sowie der Verstärkung der Deckenkonstruktion auf Brückenklasse I und der Erneuerung des Daches begonnen. Auf den Hauptfeuerwachen „Leopoldstadt“ und „Hernals“ wurden die Kanalisationsanlagen, einschließlich der erforderlichen Benzin- und Ölabscheider, mit einem Kostenaufwand von 5,5 Millionen Schilling fertiggestellt. Ebenso konnten die Arbeiten am Übungshof und der Fahrzeughalle der Hauptfeuerwache „Favoriten“ abgeschlossen werden (Kosten: rund 6,8 Millionen Schilling). Im Sommer wurde mit den Bau- und Renovierungsarbeiten auf den Feuerwachen „Penzing“ und „Speising“ begonnen.

Im Zuge des „Küchenprogramms“ wurde die Küche auf der Hauptfeuerwache „Mariahilf“ fertiggestellt, mit diesen Arbeiten in der Hauptfeuerwache „Hernals“ begonnen. In den Hauptfeuerwachen „Favoriten“ und „Floridsdorf“ wurden Kühlhäuser eingebaut. In der Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ wurde auch der Übungsturm saniert sowie im Zuge der Notstromkonzepts die Wache mit einem Notstromaggregat ausgerüstet.

Auf dem Gebiet des vorbeugenden Brandschutzes wurden 1988 brandschutztechnische Gutachten abgegeben und Beratungen für Architekten und Bauherrn durchgeführt. Mit der Wiederherstellung der Rauchgasreinigung der Müllverbrennungsanlage Spittelau, der Rauchgasreinigungsanlage der Entsorgungsbetriebe Simmering und der Planung eines Kraftwerkblocks im kalorischen Kraftwerk Simmering wurden Großbauvorhaben im Hinblick auf Umweltschutz geprüft.

Die Abteilung hat auch Brandschutzsachverständige in die technischen Gremien zur Erarbeitung von Gesetzesvorlagen für den Bund und das Land Wien, in den österreichischen Verband für Elektrotechnik und in Fachnormenausschüsse über baulichen Brandschutz und Ausstattungsmaterialien entsendet. Als ein Ergebnis dieser Arbeiten

wurde zum Beispiel die Verordnung nach den §§ 112 Abs. 2 und 5 sowie 15 Abs. 9 des Wiener Feuerpolizeigesetzes, die sog. „Abgas- und Emissionsgrenzwertverordnung“, und die zugehörige Verordnung nach § 15 Abs. 9 des Wiener Feuerpolizeigesetzes, die sog. „Überprüfungsentgeltordnung“, fertiggestellt.

Im folgenden werden Berichte über die größten und gefährlichsten Einsätze im Jahre 1988 gebracht, die die Arbeit und Schlagkraft der Feuerwehr verdeutlichen:

Bei Verscharbeiten im Bereich des Zentralverschiebebahnhofs Kledering war am 9. Februar ein Waggon mit austropfender Flüssigkeit wahrgenommen worden. Nach Überprüfung durch Organe der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) wurde festgestellt, daß es sich bei der austretenden Flüssigkeit um Butylacrylat (eine giftige, ätzende und leicht brennbare Flüssigkeit) handelte. Der Waggon wurde vor Eintreffen der Feuerwehr auf das Umweltschutzgleis verfahren. Bei näherer Untersuchung des Waggons stellte sich heraus, daß er mit 97 Barrels beladen war, wovon eines undicht war. Unter Atemschutz und mit Gasschutzanzügen wurde das beschädigte Faß geborgen und in einen Edelstahlbehälter gasdicht eingeschlossen. Der ausgeflossene Schadstoff wurde im Waggon und auf dem Bahngelände mit Hilfe eines Bindemittels aufgesaugt und der Gleiskörper mit Wasser gereinigt. Bindemittel und verunreinigtes Erdreich wurden von der MA 48 zu einer ordnungsgemäßen Entsorgung in die EBS gebracht. Fünf Bedienstete der ÖBB wurden mit Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus gebracht, während des Einsatzes mußten vier weitere Bedienstete in Krankenhäuser eingeliefert werden.

Durch Brandlegung waren am 12. Februar auf dem Lagerplatz in 21, Satzingerweg 228, Holzstapel, die ein Ausmaß von 15 m Breite, 60 m Länge und rund 6 m Höhe hatten, in Brand geraten. Bei Ankunft der Feuerwehr standen etwa 30 m³ Holz in Vollbrand, der anfangs mit drei Rohren und zwei Großtankfahrzeugen niedergehalten wurde. Die Holzstapel wurden zu diesem Zeitpunkt händisch und mit einem in der Zwischenzeit eingetroffenen Radlader abgetragen. Durch den aufkommenden Wind wurde der Brand neu entfacht, und es kam zu starkem Funkenflug auf eine rund 20 m entfernte Gartensiedlung. Aus diesem Grund wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Von der zweiten Löschbereitschaft wurde der Schutz der Gartensiedlung mit drei Rohren übernommen. Vom Radlader wurde eine Schneise durch die Holzstapel gelegt, so daß der Brand auf etwa 1.000 m² eingeschränkt werden konnte. Bei dieser Brandbekämpfung bildete die Wasserversorgung ein Problem, da der nächste Hydrant rund 1 km vom Brandort entfernt war. Ein zweiter Radlader, der zur Unterstützung angefordert wurde, versank im Gelände und mußte während der Brandbekämpfung von einem Kranfahrzeug geborgen werden. Die Löscharbeiten dauerten bis in die Vormittagsstunden des nächsten Tages an.

Am ÖBB-Gelände der Pottendorfer Linie befindet sich im Bereich des Bahnhofes Inzersdorf ein Altreifenlager im Ausmaß von 300x70 m. Aus unbekannter Ursache war am 13. Juni an der Ostseite ein Brand ausgebrochen, der in weiterer Folge auf weite Teile des Lagers im Gesamtausmaß von rund 2.500 m² übergriff. Im Brandbereich hatte das Reifenlager eine Höhe bis zu 6 m. Im umfassenden Angriff wurde der Vollbrand unter Einsatz von drei transportablen Wasserwerfern, einem Dachwerfer von einem Großtankfahrzeug und einem weiteren Rohr bekämpft. Ein Übergreifen des Brandes auf die restliche Betriebsanlage konnte verhindert werden. Zum Schutz der Feuerwehrfahrzeuge vor der großen Brandhitze mußte ein Rohr vorgenommen werden. Von den ÖBB wurde die Oberleitung im Brandbereich abgeschaltet, einige Tankwaggons wurden aus dem Gefahrenbereich gebracht. Die Versorgung mit Löschwasser war äußerst schwierig. Es mußten Zubringleitungen mit einer Gesamtlänge von 5 km verlegt werden. Zum Umschichten des Brandgutes war ein Radlader der MA 48 bis in die Mittagsstunden des folgenden Tages eingesetzt.

Auf der Kreuzung Schönbrunner Allee — Edelsinnstraße war am 3. Juli ein Tanksattelschlepper bei einem Abbiegemanöver umgekippt, wobei die Tankwand aufgerissen wurde und rund 5.000 l Superbenzin ausflossen. Der Lenker konnte sich vor Ankunft der Feuerwehr aus eigener Kraft aus dem Fahrzeug befreien. Zur Sicherung der Einsatzstelle wurden vier Rohre, ein Pulverrohr und drei Schaumrohre vorgenommen und sofort ein Schaumteppich gelegt. Die umliegenden Kanaleinläufe wurden abgedichtet, der noch austretende Kraftstoff wurde in Behälter aufgefangen. Der restliche Kraftstoff, etwa 28.000 l Superbenzin, wurde in ein Fahrzeug, das in der Zwischenzeit bereitgestellt wurde, umgepumpt. Das umliegende Kanalsystem wurde mit Schaum gefüllt und mit Wasser gespült. Die in der Umgebung befindlichen Häuser wurden regelmäßig auf explosives Gemisch überprüft; auch im Kanalnetz wurden regelmäßig Messungen im Hinblick auf explosive Gemische durchgeführt. Das unmittelbar an der Einsatzstelle gelegene Haus mußte evakuiert werden. Von den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerken wurden sämtliche in der Nähe liegenden Stromquellen abgeschaltet. Nach den Umpumparbeiten wurde das umgestürzte Fahrzeug von einem Kran wieder auf die Räder gestellt. Der Streudienst der MA 48 hat den gesamten Kreuzungsbereich mit Kiesel gestreut und anschließend mit einem Kehrfahrzeug gereinigt. In der Zeit des Einsatzes hat die Polizei die Einsatzstelle großräumig für den gesamten Verkehr gesperrt.

Bei der Ankunft der Feuerwehr am 26. Mai drang Rauch aus den gassenseitigen Fenstern des Hauses in 10, Quellenstraße 86. An den Fenstern im dritten Stock standen Personen, denen der Fluchtweg durch das Stiegenhaus abgeschnitten war. Eine ältere Frau im zweiten Stock war in Panik und schrie lautstark um Hilfe. Der Brand selbst war in einem Zimmer im zweiten Stock des Wohnhauses ausgebrochen, die Flammen schlugen aus dem hofseitigen Fenster sowie in das Stiegenhaus. Sofort nach Ankuft der Feuerwehr wurden die gefährdeten Personen durch einen Lautsprecher beruhigt und eine Drehleiter zur Rettung eingesetzt. Gleichzeitig wurde über das Stiegenhaus eine

Löschleitung unter Atemschutz vorgetragen. Von einem zweiten Atemschutztrupp wurde das gesamte Stiegenhaus begangen und gefährdete Personen mittels Fluchtfiltermasken in Sicherheit gebracht. Insgesamt 15 Personen hat die Feuerwehr gerettet, vier davon über die Drehleiter. Die Geretteten wurden in einem Bus der Wiener Verkehrsbetriebe untergebracht. Vier Hausbewohner, unter ihnen zwei Kleinkinder und eine in Panik geratene Wohnungsinhaberin, wurden vom Rettungsdienst in Krankenhäuser eingeliefert. Nach Lokalisierung des Brandes wurde das Stiegenhaus belüftet und das Brandgut ausgeräumt; des weiteren mußte die Decke im Brandraum geöffnet werden.

Ein aus der Anilingasse kommender Pkw war am 1. Juli in der Mitte der Reinprechtsdorfer Brücke nach links von der Fahrbahn abgekommen, hat das Brückengeländer durchstoßen, war nach rund 4 m auf die Trennmauer zwischen Wienflußbett und U-Bahn gestürzt, ist von dort in den Wienfluß gerollt und auf den Rädern stehengeblieben. Die beiden Insassen des Wagens waren bereits von einem Polizisten aus ihrer Zwangslage befreit worden. Nach dem Abseilen von Feuerwehrbeamten und Geräten wurden sie mit Hilfe eines Rettungstuches aus dem Flußbett geborgen und mit Verletzungen unbestimmten Grades dem Rettungsdienst übergeben. Nach der Unfallaufnahme durch die Polizei wurde das Auto mit einem Kranfahrzeug aus dem Wienflußbett gehoben und gesichert auf der Straße abgestellt. Das auf einer Länge von 5 m zerstörte Brückengeländer wurde mit vorhandenem Bauholz und Bindendraht gesichert. Durch den Feuerwehreinsatz kam es für eine halbe Stunde zu einer starken Beeinträchtigung des Verkehrs auf der Reinprechtsdorfer Brücke.

Bei Ankunft der Feuerwehr stand am 4. Dezember ein aus Holz errichtetes Kleingartenhaus in 22, Mickertsweg 95, in Vollbrand. Der Brand wurde zunächst mit zwei Rohren bekämpft. Die Hydranten der Umgebung waren nicht ausreichend für die Löschwasserversorgung, es mußte mit einer Tragkraftspritze Wasser aus der Alten Donau angesaugt werden. Durch den starken Funkenflug kam es zu einer Gefährdung der umliegenden Gartenhäuser, so daß Alarmstufe 2 ausgelöst wurde. Die zweite Löschbereitschaft hat Sicherungsarbeiten in der Umgebung des Brandobjektes durchgeführt. Um den Brand endgültig löschen zu können, mußte das Gartenhaus fast zur Gänze abgetragen werden, da zwischen den isolierten Holzkonstruktionsteilen Glutnester vorgefunden wurden. Während der Brandbekämpfung wurden durch den Störtrupp der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke die elektrischen Zuleitungen zum Brandobjekt getrennt. Die Brandursache konnte nicht festgestellt werden.